

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Herausgeber: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 12. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Herausgeber: Amt IV. Nr. 1984.

Der Anarchismus der schweizerischen Bundesanwaltschaft.

Büch, 6. Juni 1907.

Die schweizerische Bundesanwaltschaft hat sich jüngst wieder einmal durch eine Tat hervorgetan, die einen klassischen Beweis bildet für den Anarchismus, dem man in Regierungskreisen auch bei uns immer mehr zu verfallen droht. Bevor wir auf den Vorfall näher eingehen, mag es am Platze sein, daran zu erinnern, wie die Schweiz überhaupt zu der schönen Institution einer Bundesanwaltschaft gekommen ist und welche hervorragenden „Kulturaufgaben“ diese zu erfüllen hat. Ihre Schaffung hängt ja bekanntlich mit den letzten Ereignissen eng zusammen, und es dürften deshalb die nachfolgenden Reminiscenzen, namentlich für die jüngere Generation der deutschen Parteigenossen nicht ohne Interesse sein.

In der Sitzung des deutschen Reichstages vom 27. Januar 1888, in welcher über die Verlängerung des Sozialistengesetzes verhandelt wurde, hatte der Reichstagsabgeordnete Genosse Paul Singer aufsehenerregende Enthüllungen über ehrlose Treibereien preussischer Spitzel in der Schweiz gemacht, auf die Herr Puttkamer nur mit unerschämten Ausfällen auf die Schweiz zu antworten wußte. Die Folge war nicht etwa ein geharnischter Protest der schweizerischen Regierung, sondern die Schaffung einer besonderen politischen Polizei, deren Aufgabe in der Bespitzelung von öffentlichen und geheimen Versammlungen, von Zeitungen und Publikationen, Referenten, Redakteuren und Mitarbeitern bestand und heute noch besteht. Die ersten Opfer dieser Spitzelbande waren die Genossen Bernstein, Schlüter, Motzeler und Tauscher, die am „Sozialdemokrat“ beschäftigt waren. Sie wurden auf Beschluß des Bundesrats am 18. Mai 1888 aus der Schweiz ausgewiesen.

Die Liebedienerei der schweizerischen gegenüber der deutschen Regierung hatte aber damit ihren Höhepunkt noch nicht erreicht: Am Osterfesttag 1889 wurde in Rheinfelden der Polizeinspektor Wohlgenut durch einen aargauischen Bezirksamtmann verhaftet. Der Aufenthalt Wohlgenuts in Rheinfelden galt der Verhandlung mit dem Schneider Luch, den er als Spitzel zu gewinnen versuchte und dem er in einem „berühmt“ gewordenen Briefe geschrieben hatte: „Halten Sie mich beständig auf dem Laufenden und wühlen Sie lustig drauf los...“ Waren schon die Enthüllungen des Genossen Paul Singer geeignet, die Blamierten in Berlin in große Aufregung zu versetzen, so mußte diese zweite Blamage der preussischen Polizei noch viel stärker empfunden werden. Aber wie von Puttkamer am 27. Januar 1888, so erging sich jetzt Bismarck in groben Schimpfereien, wobei er sich sogar zu der blöden Drohung hinreissen ließ, daß er die Frage prüfen lassen werde, „ob die Neutralität der Schweiz nicht hinfällig geworden sei!“ Und wie im Jahr zuvor das Geschimpfe von Puttkamers, so tat auch jetzt, so unglaublich es scheint, die Beleidigungen und Drohungen Bismarcks ihre Wirkung. Die Schweiz, d. h. der schweizerische Bundesrat, fühlte sich schuldig, machte „pater peccavi“ und beeilte sich, den eidgenössischen Räten einen Entwurf zu einem Bundesgesetz, betreffend die Bundesanwaltschaft, vorzulegen. Die eidgenössischen Räte mußten offenbar auch der Auffassung sein, mit der Schaffung einer Bundesanwaltschaft komme man einer veräumten internationalen Verpflichtung nach; sie genehmigten am 28. Juni 1889 das Gesetz einstimmig!

Weist schon die historische Folge der Ereignisse unverkennbar darauf hin, daß politische Polizei und Bundesanwaltschaft uns beschert wurden, weil in der Schweiz deutsche Spitzel unlarvt worden sind, so muß gar jeder Zweifel über diese Ursache verschwinden angesichts der Erklärung, die Staatssekretär Herbert von Bismarck im November 1889 abgab: „Bei dem Meinungsaustrausch, welchen wir meistens in schriftlicher Form im Laufe dieses Sommers mit der schweizerischen Regierung gehabt haben, haben wir uns lediglich von der Absicht leiten lassen, die Bundesgenossenschaft der Regierung dieses befreundeten Nachbarstaates in dem notwendigen, aber schweren Kampfe gegen die umstürzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie zu gewinnen... Die geordneten schweizerischen Verhältnisse werden auf die Dauer die sozialdemokratischen Umtriebe ebensowenig vertragen wie jedes andere Staatswesen.“

Noch deutlicher sprach sich Fürst Bismarck gegenüber einem Reporter des „Petit Journal“ im Juni 1890 aus: „In der Affäre Wohlgenut verfolgte ich nur ein Ziel: von der Schweiz zu verlangen, daß sie selbst die Treibereien der internationalen Sozialisten überwache. Es ist mir über Erwarten gealückt, daß die Schweiz sich in dem Sinne, wie ich es wünschte, organisiert hat.“ Diese beiden Auserfernungen orientieren uns zugleich über die Aufgabe, welche die Bundesanwaltschaft zu erfüllen hat: Sie hat sich um die innere und äußere Sicherheit, vornehmlich aber um die „innere Sicherheit“ der Schweiz zu bemühen.

Dieser Aufgabe befreit sich unsere Bundesanwaltschaft denn auch mit allen Kräften nachzukommen. Rein Hülfsmittel ist ihr dabei zu gemein: Spitzelwirtschaft, Spionage,

Bestechung, ja sogar die Verletzung des verfassungsmäßig garantierten Postgeheimnisses. Aber das schandbarste von allem, was bisher geleistet wurde, ist die Tat, über die wir nun hier berichten wollen.

Im April dieses Jahres standen sechs Italiener vor dem Schwurgericht in Winterthur, angeklagt, eine Sprengstoffbombe hergestellt und nach dem Pflanzspiz, einer öffentlichen Anlage in Zürich, verbracht zu haben. Sie sollten nach Antrag der zürcherischen Staatsanwaltschaft, welcher die Bundesanwaltschaft die Vertretung der Anklage übertragen hatte, auf Grund des eidgenössischen Sprengstoffgesetzes vom 12. April 1894 wegen Gebrauchs von Sprengstoffen zu verbrecherischen Zwecken, bezw. wegen Herstellung von Sprengstoffen, von denen sie annehmen mußten, daß sie zu Verbrechen gegen die Sicherheit von Personen oder Sachen gebraucht werden sollen, bezw. wegen Aufbewahrung von Sprengstoffen prozessiert und zu schweren Strafen verurteilt werden. Die Verhandlungen führten zur Verurteilung von zwei der Angeklagten und zur Freisprechung der übrigen vier. Es sind dies: Rombelli, Di Leo, Mariani und Castella.

In Nr. 21 des Bundesblattes von 1907 wurde nun einige Zeit nach jenen Verhandlungen folgender Bundesratsbeschluss publiziert:

Der schweizerische Bundesrat, nach Einsicht eines von der Bundesanwaltschaft erstatteten Berichtes, aus welchem sich ergibt, daß die zurzeit in Zürich verhafteten: Rombelli, Di Leo, Mariani, Castella durch Gebrauch von Sprengstoffen zu verbrecherischen Zwecken die innere Sicherheit der Schweiz gefährdet haben, beschließt: Rombelli, Di Leo, Mariani und Castella sind aus dem Gebiete der Schweiz ausgewiesen.

Dieser Beschluß bedeutet, daß sich die Bundesanwaltschaft und auf deren Veranlassung auch der Bundesrat über das rechtskräftige Urteil eines verfassungsmäßig eingefetzten Gerichts hinwegsetzen und Tatsachen bejahen, die von diesem ausdrücklich verneint worden sind! Genosse Rechtsanwält Dr. Farbstein hat sofort im „Volksrecht“ das Angelegliche dieses Vorgehens nachgewiesen. Darauf brachte die bürgerliche „Neue Zürcher Zeitung“ eine „Rechtfertigung“ des Bundesanwalts, in welcher sich dieser darauf beruft, daß der Wahrspruch der Geschworenen nicht begründet sei (nach zürcherischem Prozederfahren werden die Urteile der Schwurgerichte überhaupt nicht begründet) und daß deshalb nicht behauptet werden könne, es sei durch den Gerichtsentcheid festgestellt worden, daß die tatsächliche Grundlage der Anklage nicht nachgewiesen sei; die Geschworenen hätten lediglich erklärt, daß nach ihrer Auffassung die Verhandlung die Anwendung des Bundesgesetzes vom 12. April 1894 gegenüber vier der Angeklagten nicht genügend gerechtfertigt habe.

Wie total falsch diese Auffassung des Bundesanwalts ist, ergibt sich ohne weiteres aus den an die Geschworenen gestellten Fragen. Mit deren Verneinung ist in bezug auf die vier Freigesprochenen ausdrücklich jede strafbare Manipulation mit Sprengstoffen, nicht nur deren Gebrauch, sondern auch deren Herstellung, Aufbewahrung und Inbesitznahme verneint, so daß über den Willen der Geschworenen nicht der leiseste Zweifel aufkommen kann. Es bleibt also trotz der „Rechtfertigung“ des Bundesanwalts Tatsache, daß dieser ein rechtskräftiges Urteil in der willkürlichen Weise korrigiert hat, wie in Rußland Polizei- und andere Administrativbehörden die Urteile der Schwurgerichte korrigieren und in ihr Gegenteil verwandeln. Er hat sich skrupellos über die Verfassung hinweggesetzt, nach welcher niemand seinem verfassungsmäßigen Richter entzogen werden darf und keine Ausnahmegerichte eingeführt werden dürfen. Die Bundesanwaltschaft hat sich zum Richter aufgeworfen in einer Sache, die vom verfassungsmäßigen Richter schon entschieden war; sie hat sich selbst zu einem Ausnahmegericht gemacht. Und der hohe Bundesrat billigt das alles und macht sich zum Mitschuldigen an diesem unerhörten Verfassungsbruch. So weit ist es gekommen im Lande der freien Demokratie!

Die bürgerliche Presse unseres „Rechtsstaates“ aber bleibt stumm. Sie hat keine Mißbilligung für den Rechtsbruch an vier Menschen, der unerhörte Skandal läßt sie kalt und gleichgültig. Zu der Schande der demokratischen Regierung gefestigt sich die Schande der demokratischen Bourgeoisie! Der „umstürzlerischen“ Sozialdemokratie bleibt es auch hier wieder vorbehalten, sich gegen den verfassungswidrigen Umsturz der Bourgeoisie und ihrer Regierung zur Wehr zu setzen.

Reichs-Pumpwirtschaft.

Die neue Aera der Welt- und Kolonialpolitik, in die Deutschland eingetreten ist, stellt an den Geldbeutel der deutschen Steuerzahler stetig steigende Anforderungen. Obgleich die Einnahmen des Reiches im vergangenen Jahre durch die Einführung des neuen Zolltarifs sowie Frau-, Zigaretten-, Fabrikarten-, Automobil-, Erbschaftsteuer usw. eine beträchtliche Steigerung erfahren haben, reichen sie doch nicht entfernt hin, um die wachsenden Kosten der Meeres- und Flottenvermehrung, besonders aber die Ausgaben für unsere prächtigen Kolonien zu decken. Die im April zum Vorteil der großen Bankinstitute begebenen 200 Millionen Mark Zprozentiger Schatzanweisungen haben nur vorläufig dem dringendsten Bedürfnis genügt. Nach Abrechnung des Kursverlustes sind dafür der Reichskasse 198 Millionen zugeflossen. Bei der Verabschiedung des Hauptetat sind jedoch bereits weitere Anleihekredite bewilligt worden, die

sich mit dem obigen Betrag von 200 Millionen Mark insgesamt auf ungefähr 398 Millionen Mark stellen. Nach Abzug der eingegangenen 198 Millionen Mark sind also noch rund 200 Millionen zu decken. Zu diesem Betrage kommen aber noch einige andere ganz respektable Summen. Zunächst die beiden Nachtragsetats für die südwestafrikanischen Dattelpalmenaine im Betrage von zirka 88 Millionen Mark und die noch von früher ausstehenden unbezogenen Kredite, die auf 40 Millionen Mark eingeschätzt werden. Demnach bleiben noch rund 138 Millionen Mark aufzubringen. Doch auch damit sind die neuen Forderungen noch nicht erledigt. Außerdem sind noch allerlei Staatsüberschreitungen aus den Jahren 1905/06, die der Herero- und Gontententrieg dem Reich als angenehme Erbschaft hinterlassen hat, zu decken. Sie werden sich voraussichtlich auf ungefähr 60 Millionen Mark stellen, so daß das Reich sich baldigt gezwungen sehen wird, wiederum eine Anleihe von 200 Millionen Mark zu erheben. Und diesem Pump wird, da es sich bei ihm um bereits verausgabte Summen handelt, alsbald eine dritte, vierte und fünfte Anleihe folgen, denn die Kolonialpolitik kostet Geld — und das Deutsche Reich hat bekanntlich noch sehr viele gleich dringliche zivilisatorische Aufgaben in Afrika und im Bismarck-Archipel zu erfüllen.

Die Verschuldung des Reiches schreitet demnach mit raschen Schritten vorwärts. Ende 1876, nach der Gründung des neuen Reiches, stellte sich die Gesamtreichsschuld nur auf 120 Millionen Mark. Seitdem, und zwar besonders nach dem Beginn der neuen Kolonialerwerbssära, ist sie ständig gestiegen. Nach dem jüngst veröffentlichten Berichte der Reichsschuldenkommission stellte sich am Schluß des Etatsjahres 1906, also am 31. März 1906, die Reichsschuldenlast bereits auf 4013 Millionen Mark (die verzinsliche Schuld auf 3543, die unverzinsliche Schuld auf 470 Millionen Mark), und wir befinden uns auf dem besten Wege, bald zur fünften Milliarde zu gelangen. Ein glorreicher Erfolg! —

Können Sozialdemokraten in Preußen Beamte sein?

Artikel 4 der preussischen Verfassungsurkunde besagt: Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich... Die öffentlichen Ämter sind unter Einhaltung der vor den Befehlen festgestellten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Danach kann nicht zweifelhaft sein, daß weder religiöse noch politische Ueberzeugungen von Einfluß auf das Amt eines Beamten sein dürfen. Ob jemand gar keine politische Ueberzeugung hat, ob er seine Ueberzeugung nach der jeweiligen politischen Strömung in der Regierung richtet, ob er konservativ, liberaler, ultramontaner Ansicht ist, berührt sein Recht, Beamter zu sein, nach der Verfassung nicht. Anders hat das Oberverwaltungsgericht dieser Lage entschieden.

Am 6. Juni fand auf Grund folgenden Sachverhalts ein höchst peinliches Disziplinarverfahren vor dem Disziplinarhof für nicht-richterliche Beamte statt. Der Gemeindevorsteher Gersonde, der erste Schöffe Gaulle und der Schöffensstellvertreter Kasische zu Biarikum in Pommern waren im Juli 1906 der sozialdemokratischen Partei beigetreten. Das wurde rüchbar und bereits am 15. August fand eine „Vernehmung“ der drei neuen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei statt. Es wurde ihnen „amtlich“ eröffnet, der Beitritt zur sozialdemokratischen Partei sei eine Pflichtverletzung, und ihnen nahegelegt, den Schritt rückgängig zu machen. Die drei blieben dabei, der Partei weiter angehören zu wollen. Rummeh wurde durch den Landrat ein förmliches Disziplinarverfahren gegen die drei Sünder auf Grund des beschriebenen § 2 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1853 eröffnet, der da besagt:

Ein Beamter, welcher 1. die Pflichten verlegt, die ihm sein Amt auferlegt, oder 2. sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amt der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt, unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes.

Ein Untersuchungskommissar vernahm die angeblich durch Vertäglichung ihrer politischen Ueberzeugung sündenfällig gewordenen am 11. September 1906. Hierbei eruierte er, daß der Anlaß des Eintritts in die Partei für die drei Gemeindevorsteher der Herger über einen von der Gemeinde Biarikum verlorenen Prozeß sei. Da allein die Sozialdemokratie für Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit unerschrocken eintrete und sie ein solches Eintreten für eines Mannes würdig erachtet hätten, seien sie Sozialdemokraten geworden, um dem Kampfe der Sozialdemokratie gegen Ungerechtigkeit und Unrecht schneller zum Siege zu verhelfen. Der Untersuchungskommissar öffnete alle Schloßen seiner Veredsamkeit, um die drei Beamten zum Rücktritt von der Partei zu veranlassen. Gersonde und Kasische wurden weich: sie versprachen ihren Austritt aus der Partei der Parteileitung in Stettin erklären und auch ihren Austritt durch ein Inserat in der „Rummelsburger Zeitung“ bekannt machen zu wollen. Dies Versprechen erfüllten sie. Gaulle blieb fest. Er betonte, sein verfassungsmäßiges Recht der Freiheit politischer Betätigung wolle er nicht aufgeben, einer Heuschrecke, wie den Austritt aus einer Partei, die für Wahrheit und Recht eintritt, wolle er sich nicht schuldig machen. Nicht weil er Sozialdemokrat geworden, könne er seine Amtspflichten verlegt oder „der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert“, sich unwürdig gezeigt haben, sondern durch das Gegenteil, insbesondere durch infame Gesinnungsheuscherei.

Rummeh ließ der Landrat durch einen Katasterkontrolleur Fischer Anklage im Disziplinarverfahren erheben. In der Anklage wurde beantragt, bei den beiden reuevollen Ueberläufern und Rückläufern es bei einem Verweise bewenden zu lassen, gegen den

Die Interfions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonialpolitik oder deren Raum 20 Bfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Bfg., jedes weitere Wort 10 Bfg. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Charakterellen Schöffen Gauke aber auf Amtsentfernung zu erkennen. Denn die Sozialdemokratie hege „unfähigeren Bestrebungen gegen Monarchie und Gesellschaft“.

Der Kreisaußschuß gab der Anklage in vollem Umfange statt. Während sich der Gemeindevorsteher und der Schöffen-Stellvertreter bei ihrem Verweise beruhigten, legte Gauke, das zur Amtsentfernung beurteilte Parteimitglied, Verurteilung ein. In der Verhandlung vor dem Disziplinartribunal des Oberverwaltungsgerichts wurde er durch Rechtsanwält Dr. Heinemann vertreten.

Zur Begründung des Rechtsmittels wurde betont, die Vorkündigung seiner Ueberzeugung, wenn sie sich innerhalb der Gesetze halte, könne niemals einen Beamten unwürdig seines Amtes machen, sondern im Gegenteil die Unterdrückung seiner Meinung und das Schweigen müsse ihn unwürdig machen. Insofern könne zwischen dem allgemeinen Moral und der für den Beamten geltenden kein Unterschied sein. Es würde aber nicht bloß gegen die Moral, sondern auch gegen die Gesetze verstoßen, wenn man einen Sozialdemokraten für unfähig einer Beamtenstellung erachtete würde, das verstoße gegen die Verfassung. Ueberdies ist seit der Befestigung des Sozialistengesetzes die öffentlich-rechtliche Gleichstellung der Sozialdemokraten anerkannt. Das habe früher auch das Oberverwaltungsgericht im Urteil vom 13. Juni 1891 ausgesprochen. Damals sei in der Verwaltungsstreitsache Stören gegen den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein entgegen der Ansicht des Beklagten auf Grund der Reichsgesetzgebung und der Landesgesetzgebung ausdrücklich das Entziehen einer roten Fahne als des Zeichens der sozialdemokratischen Gesinnung aus Anlaß einer sozialdemokratischen Feier als zulässig bezeichnet, zumal die Gesetzgebung durch die Befestigung des Sozialistengesetzes anerkannt habe, daß die Sozialdemokratie als solche durchaus wie alle Parteien gleichberechtigt sei. Die Sozialdemokratie erstrecke auf gesetzlichen Wege die Umänderung der heutigen Gesellschaft. Sozialdemokraten könnten nach dem Gesetz auch Richter sein, Gewerberichter usw. Neuerdings hätten eine Reihe Justizverwaltungen, der Gerichtsverfassung entsprechend, direkt angefordert, Kulturbeamten seien Sozialdemokraten sogar Minister, und bei uns sollten sie nicht einmal Gemeindevorsteher sein? — Endlich aber sei entscheidend, daß es sich hier nicht darum handele, ob aus Opportunitätsgründen die Verwaltungsbehörde die Bestätigung verlangen könne, sondern hier sei ein ordentliches Gerichtsverfahren anhängig. Der Disziplinarrichter sei Richter. Er habe nicht nach politischen oder Zweckmäßigkeitsgründen zu entscheiden, sondern auf Grund zwingender Rechtsnormen. Und diese Normen verpflichteten ihn, der Anklage nur dann stattzugeben, wenn die Anklage positive Handlungen nachweisen könne, durch die der Beamte ein unwürdiges Verhalten sich habe zu schulden kommen lassen. Die politische Gesinnung dürfe nach der Verfassung und dem Gesetz der Richter nicht zur Grundlage seines Verdikts machen.

Der Senat wies die Verurteilung zurück. Der Präsident verurteilte, der Senat bleibe bei seinem früheren Standpunkt stehen, daß ein Sozialdemokrat aus den in der Anklage dargelegten Gründen Beamter nicht sein könne.

Die Entscheidung verfährt nicht nur, wie eingangs dargelegt, klar gegen den Wortlaut und Sinn der Verfassung. Sie würdigt die Beamten auch herab, da sie ihnen die freie Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung beschränkt. Dadurch sünnt sie dem Beamten das Streben an, eine der jeweiligen Regierungsrichtungen homogene Reizung zu entwickeln. Das Urteil trifft formell den Gesonnenen Gauke, trifft aber tatsächlich die Rechte der Beamten. Denn es stellt Charakterlosigkeit, Ueberzeugungstreue und eigene politische Ueberzeugung als etwas hin, das einen Beamten unwürdig seines Amtes macht.

Wie wird die lächliche Wahlrechtsvorlage beschaffen sein?

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Obwohl der Wahlgesetzentwurf der lächlichen Regierung schon monatelang im Aushaus des Ministeriums liegt, ist offiziell noch nichts darüber bekannt gegeben worden. Sicher ist aber, daß die Führer der Konservativen und der Nationalliberalen Einfluß in die Akten der Wahlrechtsreform erlangt haben. Die „Korrespondenz des nationalliberalen Landesvereins“ hat ansehnlich davon etwas veranlassen, was sie zur Orientierung im Landtagswahlkampf für nötig hielt. Danach soll der Wahlgesetzentwurf die direkte Wahl wieder herstellen wollen, ohne einem Wähler das Wahlrecht zu nehmen. Daraus geht hervor, daß das neue Wahlrecht keinen Zensus bringen wird; es spricht einiges für ein Verursachungsrecht.

Die genannte nationalliberale Korrespondenz stellt es auch als sicher hin, daß gleichzeitig mit dem Wahlgesetzentwurf eine Vorlage kommen soll, durch die die jetzige Wahlkreiseinteilung aufgehoben wird, die eine Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen zugunsten der Agrarier festlegt. Die nationalliberale Korrespondenz vertritt offenbar auf Grund sicherer Informationen die Ansicht, die Wahlkreiseinteilung werde einen Konfliktstoff in der zweiten Kammer abgeben.

Tatsächlich haben nun die Konservativen bisher immer erklärt, sie müßten an der bisherigen Wahlkreiseinteilung festhalten. Wenn Herr v. Hohenthal trotz dieser Ankündigung der herrschenden Partei eine neue Wahlkreiseinteilung vorschlägt, so geschieht das sicher nicht wegen der Mängel der jetzigen Wahlkreiseinteilung an sich, sondern offenbar nur deshalb, weil der neue Wahlgesetzentwurf eine ganz andere Wahlkreiseinteilung voraussetzt. Daraus läßt sich auch auf das neue Wahlgesetz schließen. Innerhalb der jetzigen 82 Wahlkreise könnte durchgeführt werden das allgemeine, gleiche Wahlrecht, ein indirektes Klassenwahlrecht mit Wahlmännerwahlen, ein Zensuswahlrecht und ein Pluralwahlrecht. Wenn Herr v. Hohenthal abfolgt die Wahlkreiseinteilung ändern will, so ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß der Regierungsentwurf keine der genannten Wahlsysteme enthält. Andererseits läßt sich ein direktes Dreiklassenwahlrecht oder ein Verursachungsrecht oder ein aus beiden Sorten zusammengesetztes Wahlrecht unter keinen Umständen innerhalb der jetzigen Wahlkreise verwirklichen. Dieser Umstand und die sonstigen Auslassungen lassen mit einiger Sicherheit erkennen, daß ein Verursachungsrecht kommen soll. Trifft das zu, so kann man in der Hauptsache auf eine Wiederanknüpfung der Wahlrechtsgrundlagen der Regierung von 1904 rechnen, die eine direkte Dreiklassenwahl (in 10 Wahlkreisen 48 Abgeordnete), die noch durch ein Verursachungsrecht vermittelte war (15 Vertreter der Landwirtschaft, zehn Vertreter der Industrie und 10 Vertreter des Gewerbestandes), befristet war. Das wäre also nur ein neues Wahlrecht, das den Willen des Volkes in etwas anderer Weise als bisher in der Gesetzgebenden Körperschaft nicht zum Ausdruck kommen lassen würde.

Bezeichnend für unsere Zustände ist, daß der Entwurf einigen führenden Politikern der Ordnungsparteien zugänglich gemacht wurde, während er dem Volke vorenthalten bleibt. Anscheinend mag die Regierung nicht, ihn vor den Landtagswahlen der Kritik der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juni 1907.

Für die Reichspolitik gar keine Bedeutung.

Die „Rhein. Neue Nachr.“ haben gar tröstliche Worte für den verstorbenen Reichstag, dem die Rheinbadsche Bräuführung zum Schluß des preussischen Landtags so bitter aufgestoßen ist. Sie schreiben:

Daraus auf eine bevorstehende Schwärzung in der inneren Politik des Reiches zu schließen, wie es in der „Freisinnigen Zeitung“ bereits geschieht, das ist freilich zu früh. Aber sicher läßt sich aus den ganzen Vorgängen schließen, wohin die Dinge treiben würden, wenn jetzt Fürst Bülow von der Leitung der politischen Geschäfte zurückträte. So lange er die Fäden in Händen behält, wird es vermuthlich beim Alten bleiben; wenigstens macht er, wie zuverlässig berichtet wird, kein Hehl aus seiner Auffassung, daß das Schlußtableau des preussischen Landtags, das Zusammengehen von Konservativen und Zentrum, ein Spiel des Zufalls gewesen ist, und daß die Vorgänge im Reich des preussischen Abgeordnetenhauses für die Reichspolitik gar keine Bedeutung haben. Der Reichskanzler denkt nicht daran, seine mit der Auflösung des vorigen Reichstages eingeschlagene Politik zu ändern.

Der Freistat mag sich also beruhigen. Für die Reichspolitik haben die Puffe, die ihm in Preußen verfeht wurden, gar keine Bedeutung. Er mag sich nur ruhig in Preußen weiter auf die Fäden treiben lassen, er darf deshöch im Reich doch weiter „nationale“ Trostbündnisse leisten und sich mit Bülow'schen Versprechungen einlassen lassen. Bernhard Bülow scheint ganz vergessen zu haben, daß er nebenbei auch preussischer Ministerpräsident ist.

Zur Eulenburg-Affäre.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet in seiner Dienstag-Abendnummer, daß soeben die Zustellung der Privatklage des Grafen Hugo v. Holte an Harden erfolgt sei. Danach hätte also der gemessene Gouverneur von Berlin darauf verzichtet, auf dem Beschwerdebewege eine Officialklage gegen den Herausgeber der „Zukunft“ zu erheben. Ob aber die Privatklage nicht an der Tatsache der Verjährung scheitern muß?

Ueber die sonstigen Prozesse, die die Affäre zeitigen soll, werden beständig einander widersprechende Meldungen verbreitet. So wurde die von uns in der Sonntagsnummer wiedereroberte Nachricht, die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin II habe einem Strafantrage des Fürsten Philipp Eulenburg gegen Harden stattgegeben, als unrichtig bezeichnet, dagegen behauptet, daß der Nebenberger bei der Staatsanwaltschaft des für Liebenberg zuständigen Landgerichts Prenzlau Strafantrag gegen sich selbst gestellt habe, um auf diese Weise eine gerichtliche Untersuchung der ganzen Angelegenheit zu veranlassen.

Wie mehren dieser Meldungen nicht allzuviel Glauben bel. Ist sie aber wahr, so wird die Staatsanwaltschaft von Prenzlau nicht sehr erbaud sein von dem Anfinnen Philips.

Obotriten-Verfassung.

Auch das Land der alten Obotriten, das Dorado der Feudalfamarrilla, Mecklenburg, soll eine „moderne“ Verfassung erhalten — natürlich eine, welche die berechtigten Erbsittlichkeiten dieses Junkerstaates unvermindert aufrecht erhält. Wie diese Verfassungscharakteristika beschaffen ist, zeigt folgende Mitteilung:

Die bisherigen Verhandlungen der beiden mecklenburgischen Ministerien haben das Resultat gezeitigt, daß die „neue“ Verfassung sich tatsächlich auf einen modernen Ausbau der alten Ständeversammlung beschränkt. Sowohl die Ritter-, als auch die Landmannschaft werden bestehen bleiben. Die Verleihung des Wahlrechtes an die Stadt- und Landbevölkerung ist in der Weise vorgesehen, daß zu den beiden bisherigen Ständen ein dritter Stand tritt. Wichtiger als die Wahlrechtsbestimmung und den liberalen Wünschen weiter entgegenkommend sind die übrigen Bestimmungen der Verfassung, besonders die, welche von dem öffentlichen Unterricht handeln. Danach wird die viel angegriffene Schulkfrage von Grund auf geregelt. Das Anstellungsrecht der Schulherren bleibt allerdings bestehen, aber die Gehaltsfrage, ebenso die Aufstufungsfrage werden durch Verfassungsbestimmungen im modernen Geiste geregelt. Der Regierung steht allein die Festsetzung des Minimalgehaltes für die Volksschullehrer, ebenso allein das Aufsichtswort zu. Die Frage der Ablösung der anderweitigen Nebenämter der Lehrer (mit Ausnahme des Küsterdienstes), ebenso die Personenzugehörigkeit nach den Erwägungen. Weiter bringt der Verfassungsentwurf eine Änderung des veralteten Verwaltungsverfahrens, und was besonders hervorzuheben ist, die Aufhebung der in polizeilicher und verwaltungsrechtlicher Hinsicht noch bestehenden Vorrechte einiger Bevölkerungsklassen, besonders der mecklenburgischen Frauen- und Ritterkaste.

Danach soll der Ritterschaft die beherrschende Stellung, die ihr der Erbvergleich vom Jahre 1755 eingeräumt hat, nicht nur erhalten bleiben, sondern auch verfassungsrechtlich für fernere Zeiten garantiert werden. Dafür tritt sie einige nebensächliche Verwaltungsrechte, die ihr bisher zugefallen, an den Großherzog oder vielmehr das von ihm berufene Ministerium ab. Außerdem erhält auch die wohlthätigere Bürger- und Bauernschaft ein beschränktes und schon verkaufliches Wahlrecht zum Landtag — aber nur insofern, daß dadurch die Macht der Ritterschaft, d. h. des feudalen Großgrundbesitzes nicht beeinträchtigt wird. Der Adelskopf im mecklenburgischen Wappen behält also seine charakteristische Bedeutung.

Agrarische Paarungssucht.

Aus Anlaß der Versammlung und Auflösung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Düsseldorf hat sich auch der Bund der Landwirte eingeladen und am Sonntag in Düsseldorf eine Versammlung abgehalten. Bundesdirektor Dr. Diederich Hahn erklärte in seiner Rede als das Ideal des Bundes einen nationalwirtschaftlichen Block im Reichstage, zusammengesetzt aus allem was konservativ und agrarisch sei, mit Einschluß des Zentrums. Mit dem Linkliberalismus gebe es keine Veröhnung, kein Zusammengehen; gegen ihn wie die Sozialdemokratie werde der Widerstand immer werden müssen. Auf einen Feldzug gegen das Zentrum werde der Bund sich niemals einlassen, denn in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen könne der Bund auf das Zentrum nicht verzichten. Im übrigen hofft der Bundesführer, daß das Zentrum im nächsten Herbst wieder ein Schwanken und in Fragen nationaler Politik, in Heeres- und Flottenangelegenheiten seinen früheren Standpunkt wieder einnehmen werde.

Der jetzige „nationale“ Block besteht aus der konservativ-liberalen Paarung und wendet sich gegen das Zentrum und Sozialdemokratie. Der nationalagrarische Block soll bestehen aus Konservativen und Ultramontanen, als Gegner betrachtet er die Linkliberalen und die Sozialdemokratie.

Die liberale „Stoßkraft“ in Bayern.

Die nationalliberale und freisinnige Presse faßelt nach dem seit der letzten Reichstagswahl Mode gewordenen Schema noch immer

über die Stoß- und Werbekraft, die der Liberalismus bei den jüngsten bayerischen Landtagswahlen bewiesen haben soll. Wie diese sonderbare Kraft beschaffen ist, lehrt folgende Zusammenstellung der liberalen Wählerliste. Von den 23 Mandatären, welche die Stoßpartei erreicht, haben sie den Konservativen und Wählern 8 in der Pfalz, 7 in Oberfranken und 1 in Unterfranken zu verdanken. Aus eigener Kraft hätten Nationalliberale, Jungliberale, Freisinnige und Demokraten zusammen höchstens 9 Sitze gewonnen; wahrscheinlich nicht soviel. Dr. Müller-Meinungen, Hammerstein, Goldschmidt, Gassmann usw., sie humpeln alle auf den Rücken der Konservativen und Wählern in die Abgeordnetenkammer. Das ist die „Werkkraft“, die „Stoßkraft“ des Liberalismus, der „Kaufkraft“, die „liberale Aera“ in Bayern! —

Erleichterung der Einfuhr dänischen Viehs

fordert der 30. Verbandstag des Deutschen Fleischerverbandes, der am Dienstag in Hamburg zusammentrat. Erschienen sind 550 Delegierte und außerdem 2000 Gäste aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Spanien, Italien, England, Frankreich und Amerika. Der Verbandstag nahm einstimmig einen Antrag an, nach dem der Vorstand den Bundesrat ersuchen soll, die Einfuhr dänischen Schlachtviehs unter denselben Bedingungen zu gestatten wie bei dem aus Oesterreich-Ungarn eingeführten, das heißt unter Wegfall der Quarantäne und der Tuberkulinsimpfung bei sofortiger direkter Ueberführung der Tiere nach öffentlichen Schlachthäusern mit Bahnanschluß und bei baldiger Abschachtung.

Die Spartan der Eisenbahnverwaltung.

Zu diesem Kapitel wird uns geschrieben:

Für die deutschen Regierungen sind die Staatsbetriebe, besonders die Verkehrsministerie, die Staatsbahnen, nichts weiter als Geldquellen, deren Ueberschüsse dazu dienen müssen, das wahnwitzige Wettrüsten zu Wasser und zu Lande fortzuführen. Von jeder falschen Finanz- und Eisenbahnminister ihre Hauptaufgabe in der Erzielung möglichst hoher Einnahmen, und es kann deshalb nicht wundernehmen, daß die Interessen des reisenden Publikums, wie der Staatsarbeiter und Beamten häufig zu kurz kommen. Der Plausibilist muß sich eben alle anderen Interessen unterordnen. Diese Erfahrung können gegenwärtig ganz besonders die Benutzer der 4. Wagenklasse machen. Die famose Steuer- und Tarifpolitik unserer Regierungen und bürgerlichen Parteien hat bewirkt, daß zahlreiche Jahrgäste, die früher die 3. Wagenklasse benutzten, jetzt in der vierten Klasse fahren. Anstatt nun aber dem gesteigerten Verkehr Rechnung zu tragen, sucht man dem Publikum die Rechnung, sich den Segnungen der „Tarifreform“ und der Fahrkartensteuer zu entziehen, dadurch auszuweichen, daß man die Wagen weit über das zulässige Maß vollpackt. Schreiber dieses hatte am Pfingstsonntag diese Gelegenheit, diese Beobachtung zu machen, als er die Berlin-Dresdener Bahn zur Heimreise benutzte. Trotz des schlechten Wetters, das den Reiseverkehr nach der sächsischen Schweiz bedeutend einschränkte, waren die Wagen erdrückend voll. Was aber zur Pfingstzeit noch zur Not entschuldigt werden kann, ist jedenfalls in normalen Zeiten nicht zu rechtfertigen. Der nachmittags 2 Uhr 25 Min. vom Anhalter Bahnhof abfahrende Zug war am vergangenen Sonntagabend wieder so vollgepackt, daß die Fahrgäste sich kaum bewegen konnten. Nach den an den Wänden angebrachten Inschriften sollte der betreffende Wagen für 50 Personen Platz bieten, 20 Sitz- und 30 Stehplätze. Wer die Wagen vierter Klasse kennt, weiß, daß dies schon zu viel ist, da das Reisegepäck einen Teil des Platzes wegnimmt. Im höchsten Grade empören uns aber, wenn über diese Zahl noch hinaus gegangen wird. Trotz des lebhaften Protestes der Fahrgäste wurden schon vor der Abfahrt in Berlin etwa 60 Personen in einem Wagen hineingepfercht und in Jossen kamen noch eine Anzahl Reisende hinzu, so daß sie jetzt tatsächlich wie die Kanonen standen. In den anderen Wagen war es nicht anders. Von der Station Neuhof bis Barnitz standen sogar mehrere Personen auf der Plattform. Warum nimmt man nicht noch einen oder zwei Wagen mehr mit? Wenn die Zahl der Reisenden sich allmählich vermindert, kann man doch, wie es ja sowieso geschieht, in Dohrbrunn oder Osterwerda einige Wagen abhängen. Aber die Spartan läßt es nicht zu, daß irgend welche Rücksicht auf das Publikum genommen wird. Das vollständige Glaslo, das unsere genialen Regentenminister mit der Fahrkartensteuer gemacht haben, muß das reisende Publikum entgelten. Als auf dem Anhalter Bahnhof sich einige Fahrgäste wegen der Ueberfüllung beschwerten, klappte man einfach die Wagentüre zu, ohne sich um die Proteste zu kümmern. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß solche Rücksichtslosigkeiten vor allem den Zweck haben, die Frequenz der höheren Wagenklassen zu heben und die Benutzung der vierten Klasse den Reisenden zu verfehlen. Gegen eine solche Politik muß die entschiedenste Verwahrung eingelegt werden. Die Eisenbahnverwaltungen haben die Pflicht, auf die Interessen des Verkehrs Rücksicht zu nehmen und sich nicht nur nach den Gesichtspunkten der Plausibilistik zu richten. Und zwar auch dann, wenn es sich „nur“ um Proleten handelt, die das Fahrgeld für eine höhere Wagenklasse nicht erschwingen können.

Im Lande der höchsten Brotpreise.

Aus Unterfranken (Agr. Sachsen) wird dem „Bogeländlichen Anzeiger“ berichtet: „Nachdem der Brotpreis wiederum beträchtlich in die Höhe gegangen ist, wird der Grenzverkehr immer reger. Die Einfuhr von Brot aus den benachbarten böhmischen Erbsittlichen ist jetzt ganz bedeutend; während der schneefreien Stunden sind zahlreiche Kinder auf den Weizen, um billiges Brot aus Oeden zu holen. Es lohnt sich, dorthin zu gehen; ein einem Taib beträgt die Differenz 20 bis 30 Pfennig.“

Die Differenz von 20 bis 30 Pfennig sagt genug über den „Egen“ der deutschen Reichspolitik.

Kleine politische Nachrichten.

Der Prozeß Pöplan wird, wie der „Deutsche Wote“ erzählt, noch ein ehrengerichtlich Nachspiel haben, und zwar innerhalb des Referatprozeßes im Berliner Bezirk. Das hier gegen Pöplan laufende ehrengerichtliche Verfahren war ausgesetzt worden bis zur Entscheidung des Gerichts über den Fall Pöplan und soll nach seiner nunmehr erfolgten Verurteilung beendet werden. — Der Abgeordnete Daxhoff will nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ wegen eines schweren Magenleidens sein Landtagsmandat niederlegen.

Ungarn.

Ein Ausnahmengesetz für Eisenbahner.

Man muß es gesehen — die ungarische Koalitionregierung verriecht gar keine Arbeit, und wenn es darauf ankommt, dann weiß sie auch rasch zu handeln. Kaum ist der Gesetzentwurf über die Regelung der Rechtsverhältnisse des landwirtschaftlichen Bundes, vom Volksmunde sehr zutreffend Prägung genannt, unter Dach und Fach gebracht, und schon wieder wird das Land mit einem neuerlichen Beispiel magyarischer „Sozialpolitik“ beglückt. Diesmal hat man es auf die Ueberführung der Eisenbahner abgesehen. Ein magyarischer ist dabei, daß die totale Entrechtung der Eisenbahner nicht unter offener Flagge, sondern unter der Maske einer „Gehaltsregulierung“ in die Wege geleitet werden soll. Aus den Bestimmungen des vom Handelsminister Franz Kossuth eingerichteten Gesetzentwurfes über die Dienstpragmatik der Eisenbahnangestellten ist folgendes hervorzugehen:

Sowohl die ständigen als auch die probatorischen Eisenbahnangestellten sind vom Gesichtspunkte der Anwendung des Strafrechts als öffentliche Beamte zu betrachten. Für den Fall eines Streiks oder der passiven Resistenz wird ein Ausnahmeverfahren vorgesehen. Hiernach kann die Direktion der Eisenbahn als Ausnahmebehörde mit Umgehung des ordentlichen Disziplinarverfahrens als Disziplinarstrafe die sofortige Entlassung verhängen, wenn ein Angestellter absichtlich seine Dienstpflichtungen bricht oder sich solche Handlungen oder Unterlassungen zuschulden kommen läßt, welche die Sicherheit der Angestellten oder des Publikums gefährden, ferner wegen Zeitnahme an „massenhafter Arbeitseinstellung“ (Streiks) oder wegen „lästiger Verletzung des Dienstes zu dem Zwecke, damit unter dem Vorwande der pünktlichen Einhaltung der Anweisungen der Verkehr erschwert oder behindert wird (passive Resistenz), ebenso wegen Teilnahme an Versammlungen, Versammlungen oder Aufreizungen hierzu. Die Entlassung ist sofort rechtskräftig. Diejenigen Angestellten, welche wegen Dienstvergehens, sowie wegen Aufreizung, Agitation oder wegen Mitgliedschaft in Organisationskomitees entlassen wurden, können in den Dienst der Eisenbahnen überhaupt nicht mehr aufgenommen werden.

Der Gesetzentwurf bezieht sich nicht mit der totalen Aufhebung des Streikrechts, sondern er konzipiert ebenso brutal das Koalitionsrecht der Eisenbahnangestellten. In Bezug hierauf normiert der Entwurf folgendes: Die Gründung eines Vereins der Eisenbahnangestellten kann nur nach vorheriger Zustimmung des Handelsministers vorbereitet werden. Der Statutenentwurf kann nur dann dem Handelsminister zur Genehmigung unterbreitet werden, wenn die interessierten Eisenbahndirektionen ihre Zustimmung erteilen! Dem Handelsminister steht das Oberaufsichtrecht über jeden derartigen Verein zu. Er hat das Recht, den Verein, falls er in einer den Statuten nicht entsprechenden Weise wirkt, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern aufzulösen. Die Eisenbahnangestellten dürfen nicht Mitglieder einer Vereinigung sein, deren Bestrebungen — nach Anschauung des Handelsministers — mit den Interessen des Eisenbahndienstes nicht vereinbar sind!

Schon aus den angeführten Bestimmungen ergibt sich, daß der Gesetzentwurf auf nichts Geringeres abzielt, als die Eisenbahnangestellten all ihrer bürgerlichen und Arbeiterrechte zu berauben und sie mit einem Federstrich den Soldaten gleichzustellen. Die sozialdemokratisch organisierten Eisenbahnarbeiter haben alsbald erkannt, was bei der Vorlage für sie auf dem Spiele steht, und haben sich rasch und entschlossen zur Abwehr bereit gemacht. In zahlreichen Versammlungen haben die Eisenbahnarbeiter gegen das schändliche Attentat auf die Vereins- und Versammlungsfreiheit und das Streikrecht protestiert, und sie sind entschlossen, zur Abwendung dieses Attentats zu den schärfsten Mitteln zu greifen, also gerade jene Waffen wieder zu erproben, deren Gebrauch ihnen der Entwurf in Zukunft unmöglich machen soll!

Auch die sozialdemokratische Partei hat gegen den Entwurf eine energische Aktion eingeleitet und im ganzen Lande Protestversammlungen abgehalten. Wenn bei der gegenwärtigen Zusammenkunft des Bundestages der Reichstages und auch keine Aussicht vorhanden ist, daß der Protest der Arbeiterschaft irgend ein direktes, positives Ergebnis zutage fördert, so wird diese neueste Glanzleistung sozialistischer Sozialpolitik doch vielleicht dazu beitragen, die teilweise noch patriotisch organisierten Eisenbahner endgültig der Sozialdemokratie zuzuführen.

Oesterreich.

Das neue Parlament tritt am 17. d. M. zusammen. Es feste nicht viel, so hätten die 87 Sozialdemokraten die stärkste Fraktion im Hause gebildet; denn die Christlichsozialen rangierten mit 66 Mandaten erst an zweiter Stelle. Nun ist aber der „roten Gefahr“ noch schnell vorbeugt worden, indem sich 31 Mitglieder des sogenannten „Krisen-Zentrums“ zum Uebertritt in die christlichsoziale Partei meldeten. Natürlich wurden die 30 Mann nicht offenen Armen aufgenommen. Gaben dadurch doch die Christlichsozialen nunmehr 98 Mandate, so daß sie die stärkste Fraktion im Hause repräsentieren und ihrem Herzenswunsch, den Präsidentensitz zu beanspruchen, mit einem größeren Anschein von Recht Folge geben können. Vereint werden die chauvinistischen Christlichsozialen und die nicht minder „nationalen“ konservativen Deutschösterreicher unter der Führung Ausgers ins Parlament einziehen. Wie lange der Reim halten wird, mit dem sich die neuen „Brüder“ zusammenkleben, das bleibt allerdings noch erst abzuwarten.

Frankreich.

Die Wingermanifestation.

Montpellier, 9. Juni. (Fig. Ver.)

Die Stadt ist bekränzt, besaggt, mit Inschriften versehen, die zum Teil recht interessant sind, so z. B. die des sozialistischen Gemeinderats Elloy. Diese ist 12 Meter lang, auf der linken Seite schwarz und von zwei schwarzen Fahnen überzogen. Hier die Worte: Kapitalistische Produktion: Egoismus, Betrug, Elend. Die andere Seite, in rot mit 2 roten Fahnen: Sozialistische Produktion: Solidarität, Rechlichkeit, Wohlstand.

Die Erregung unter den Weinbauern ist bis zum Sieben gestiegen. Ausgemergelt, höhlwängig ziehen sie einher, Alte und Junge, Frauen und Männer. Wild blüht es in ihren Augen; sie führen eine hölzerne Quilotine mit sich, — im Notfall sänden sie ein Eisen dazu. Es ist der Stadt unmöglich, alle unterzubringen; man wandte sich deshalb an Clementeau, um die konfiszirten Pfarrhäuser uho. benutzen zu können. Absage! Aber der Bischof von Montpellier stellt alle Kirchen als Logement zur Verfügung!

Die Stadt ist voller Soldaten und Gendarmen. Man ließ Dragoner und Husaren kommen und probierte so die Menge. Man fragt sich in vollem Ernst, ob die Soldaten wohl schießen würden oder nicht. Das heutige Meeting ist das sechste, das entscheidende, weil auf ihm 1. der Steuerstreik und die Demission der Gemeinde- und Generalräte dekretiert werden soll, 2. zum ersten Male während dieser Bewegung die sozialistische Partei und die Gewerkschaften mit eingreifen.

Schon in Almes hatten die Gewerkschaften zwar mit ihren roten Fahnen teilgenommen, indes zu vereinzelt und zu gesplittert, um in Betracht zu kommen. Die Arbeiterhöfe von Montpellier hat nun dank der Energie und dem Talente des Genossen Nils einen Aufruf erlassen, in welchem sie den Massenhandpunkt betont und die kapitalistische Wirtschaft für das Elend verantwortlich macht. Die Sozialisten veranstalteten vor dem Umzuge eine Volksversammlung, um ihren Standpunkt darzulegen. Das aber ist eine der bedeutendsten Ereignisse dieser Manifestation, wenn man bedenkt, daß bis jetzt alle sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen geschwiegen haben! Sogar die am meisten komplette Organisation, die Landarbeiterföderation, ließ ihren Mitgliedern „carte blanche“, worauf viele Arbeiter sich der Demonstration der Reaktion angeschlossen hatten. Deut weihen die roten Fahnen stolz in den Straßen der Stadt, und beziehungsweise führen ganze Gemeinben neben den Gemeindefahnen die rote Fahne mit sich! Marcelin Albert, der Ruffias, wie man ihn nennt, ist angekommen und förmlich begrüßt worden. Die Aufregung ist aufs höchste gestiegen, besonders die Catalanen mit ihrem heißen Blut und ihren wilden Inschriften sind voll revolutionärer Kampflust. Die Stadtpolizei existiert heute nicht, das heißt, sie ist in Zivil und trägt als einziges Erkennungszeichen eine rote Armbinde mit der einfachen Inschrift: „Montpellier“. Die Manifestanten können natürlich lang nicht alle am Zuge teilnehmen,

da die Zeit nicht reichen würde. Die Straßen sind ja hier so eng, daß der Zug von 600 000 Menschen 12 Stunden oder länger dauern müßte.

Das Meeting fand unter ungeheurem Jubrange statt: außer den 4 direkt beteiligten Departements hatten 11 andere Delegationen geschickt. Die Delegation von Algier konnte nur des Streiks der Seeleute wegen nicht kommen.

Die Serie der Meetings ist geschlossen, nun folgen die Taten, nicht mehr Worte. Wir sind einen Finger breit vom Bürgerkrieg, von der Revolution entfernt. Zahlreiche Gemeinden beabsichtigen, nach der Demission des Gemeinderats das Stadthaus zusammenzubauen, um den von der Regierung zu ernennenden Administrationskommissionen ihr Amt unmöglich zu machen. Ein kleiner Zusammenstoß bei solcher Gelegenheit, und die Flamme lodert auf!

Narbonne, 10. Juni. Vor einer äußerst zahlreichen Menschenmenge hielt Bürgermeister Ferroul eine Rede, in welcher er darauf hinwies, daß das an die Regierung gerichtete Ultimatum den in Montpellier proklamirten Streik der Steuerzahler und der Gemeindebehörden bestätigt. Ferroul hat mit dem Gemeinderat seine Entlassung eingereicht. Die Fahne auf dem Stadthaus wurde niedergebittet und an ihrer Stelle eine Trauerflagge gehißt. Unter dem Sturmgeläut der Glocken durchzog ein Manifestationszug die Straßen der Stadt.

Narbonne, 11. Juni. Die Demission des Bürgermeisters Ferroul wurde von der Bevölkerung mit lautem Jubel aufgenommen. Eine große Menschenmenge sang die Internationale und wollte nach der Kaserne gehen, um den Soldaten, die gestern gemeutert hatten, ihre Sympathie zu bezeugen; doch stand die Menge auf Rat Ferrouls von ihrem Vorhaben ab.

Paris, 11. Juni. Die Gemeinderäte von Montpellier und Perpignan haben ihre Ämter niedergelegt.

Montpellier, 11. Juni. Infolge des Rücktritts des Gemeinderates kam es gestern abend zu lärmenden Straßenkumgebungen. Bei einem Zusammenstoß zwischen den Ruheföhrern und der Gendarmarie wurde ein Leutnant mit Steinen und Flaschenwerfen verwundet und schwer verwundet. Mehrere Polizeibeamte und Gendarmen wurden ebenfalls verwundet. Erst nach Mitternacht gelang es, die Ruhe wiederherzustellen.

Gesetzgeberische Maßnahmen.

Paris, 11. Juni. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich mit der Krise im Weinbau. Kriegsminister Biquart teilte mit, daß er eine Untersuchung über die Verhältnisse eingeleitet habe, die sich am Sonntagabend bei dem 100. Infanterieregiment in Narbonne zugezogen haben sollen.

Paris, 11. Juni. (Deputiertenkammer.) Bei Besprechung der Weinsäufungen in der heutigen Vormittagsitzung erteilt Finanzminister Caillaud den Weinbauern den Rat, sich zu organisieren, um die Produktion zu regeln, den Anbau der mittelmäßigen Weine einzugehen zu lassen und die Unterdrückung der Fälschungen zu unterstützen. Der Berichterstatter, Cogeaux-Cagalet, meint, die Kontrolle könne sowohl bei den Weingroßhändlern wie bei den Weinbergbesitzern ausgeübt werden. In Beantwortung verschiedener Bemerkungen erklärt der Finanzminister, er werde auf fünf Jahre die Grundsteuer für Weinland, auf welchem zu anderen Kulturen übergegangen wird. Darauf wird die Generaldiskussion geschlossen.

Paris, 11. Juni. Jours wird heute in der Kammer den Vorschlag machen, den Vertrieb von Zucker, Alkohol und Wein zu verstaatlichen, als einziges Mittel, die Wingerkrise zu lösen.

Das Militär.

Paris, 11. Juni. Ein Offizier des 100. Regiments in Narbonne erklärte einem Redakteur des „Revue Militaire“, er sei überzeugt, daß nicht ein einziger Soldat des Regiments vorgehen werde, wenn der Befehl zur Unterdrückung eines Volksaufstands ergehen würde. Wie verlautet, soll das Regiment strafversetzt werden.

Antimilitarismus im Oeere.

Paris, 11. Juni. Der Justizminister hat den Kriegsminister davon verständigt, daß nach einer ihm zugegangenen Mitteilung seit einiger Zeit die antimilitaristische Propaganda innerhalb der Kasernen betrieben werde, und zwar hauptsächlich durch Verteilung von kleinen Zeiteln mit aufreißerischem Inhalt. Infolgedessen hat der Kriegsminister, wie der „Eclair“ berichtet, an die Korpskommandanten ein Rundschreiben gerichtet, in dem er diese auffordert, eine genaue Untersuchung einzuleiten und namentlich festzustellen, ob Soldaten an diesen Zeitereien teilgenommen haben.

England.

Das indische Drama.

London, 8. Juni. (Fig. Ver.)

Am 7. Juni bildete die Lage in Indien den Gegenstand einer Debatte im Parlament. Die Unruhen in Indien haben in den letzten Monaten der „angelsächsischen Demokratie“ etwas Unbehagen verursacht. Hier und da hörte man ein leises Murmeln, daß Hungertyphus wohl schwer mit Deportation und Anebelungsgesetzen gegen die Presse zu kurieren sei. Wie nun stellte sich das Parlament zu dieser Frage? John Morley, der Staatssekretär, mußte zugeben, daß der Hungertyphus in den letzten paar Monaten schlimmer gehauft hat, als in den letzten drei Jahren. Ihm sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres nicht weniger als 642 000 Menschen zum Opfer gefallen. Man vergesse nicht, gerade in Benghal, dem Gebiete, wo die Unruhen Platz griffen, hat die Plage am grausamsten gewütet! Von 1896 bis zu Anfang dieses Jahres sind dem Hunger nach offizieller Berechnung fünfundeinhalb Millionen Menschen zum Opfer gefallen! Natürlich leugnete der „liberale Denker“ John Morley den Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Zustand des Landes und den politischen Agitationen, die immer mehr um sich greifen. Die politischen Agitationen müßten mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, meinte der Minister, und das beste Mittel hierzu sei, daß man die Agitatoren einfach ergreife und sie über die Grenze setze, wo sie unter sicherem Gewohrham gehalten würden. — Gewiß seien in England Stimmen laut geworden, die dafür plädierten, man solle diesen Leuten wenigstens zuerst den Prozeß machen. Dadurch aber mache man nur Klamm für die Ideen dieser Leute und die Agitatoren würden zu Märtyrern...!

Mittel und Wege zur Verbesserung der traurigen Lage des indischen Volkes hat der Liberalismus nicht. 800 Millionen Menschen verschiedener Rassen mit großen Unterschieden in religiöser Beziehung werden mit dem eisernen Reifen eines autokratischen Regimes zusammengehalten. Näherlich preßt England 35 Millionen Pfund Sterling (700 Millionen Mark) aus diesem Volke zur Erhaltung dieses Regimes heraus. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn das indische Drama über kurz oder lang einen tragischen, sehr tragischen Verlauf nimmt.

Afrika.

Die Oranje-Kolonie hat durch königliches Dekret nunmehr die Selbstverwaltung garantiert erhalten, und zwar unter einer Verfassung, die mit der Transvaals gleichlautend ist. Die Veröffentlichung der Verfassung für den Oranje-Staat wird nach einem Telegramm aus

London sogar von den konservativen Blättern, angenommen den „Standard“, mit Gelassenheit besprochen, obwohl doch das holländische Liebergewicht Südafrikas nach den nächsten Kapwahlen fürderhin gesichert ist. „Times“ bemerkt dazu, nach General Bothas Londoner Besuch und Smuts Schulvorlage, welche die rein holländischen Schulen abschafft, könne England der Zukunft hoffnungsvoll entgegensehen.

Das Oberhaus der Oranje-Kolonie wird aus elf Mitgliedern bestehen, welche vom Gouverneur ernannt werden. Das Unterhaus wird aus 38 Mitgliedern bestehen, welche auf Grund des allgemeinen Wahlrechts von der männlichen weißen Bevölkerung gewählt werden. Das neue Parlament der Kolonie wird in Bloemfontein tagen. Beide Sprachen, englisch und holländisch, sind amtlich anerkannt und werden im Parlament gesprochen werden.

Die britische Regierung versteht es in der Tat, sich die Herzen ihrer „Kolonisten“ zu erobern — eine unrühmliche Ausnahme, Englands Vorgehen in Indien, abgerechnet. Man vergegenwärtige sich, wie im analogen Falle etwa Preußen-Deutschlands heutige Regierung verfahren würde, die ja sogar ihre regulären „Untertanen“ viel rigorosere behandelt, als England es den von ihm mit Waffengewalt unterjochten „Afrikanern“ gegenüber für angebracht und staatsklug hält. Deutschland in der — ungebildeten — Welt voran! —

Amerika.

Das Kreuzverhör mit Orchard ergab, daß der Feuge im Softe der Grubenbesitzer stand, daß er für Geld zu jeder Schandtat bereit war, daß er seine Kameraden verriet, daß er als Mörder, Dieb und Räuber bekannt war. Er verurteilte vor zwei Jahren eine Explosion in der Bindichtormine in Colorado, durch die 50 Menschen ihr Leben verloren; Orchard erhielt dafür 200 Dollar Belohnung und die Tat wurde dem Bergarbeiterbund zur Last gelegt!

Die Verteidigung bemüht sich zu zeigen, daß die Grubenbesitzer sich verschworen hatten, die Gewerkschaft der Bergarbeiter zu zerstören und daß sie sich zu diesem Zweck des Verbrechers Orchard als Werkzeug bedienten.

Die russische Revolution.

„Vollste Zufriedenheit“ mit Stolypin.

Petersburg, 11. Juni. (W. G.) Die Stellung des Ministerpräsidenten Stolypin ist durch den Zusammenstoß sämtlicher gemäßigter Parteien zum Zwecke friedlicher Arbeit wieder eine vollständig befestigt. Der Jar drückte ihm in der gestrigen Audienz seine vollste Zufriedenheit aus.

Einen Tag heißt es: Stolypin geht, den nächsten Tag wieder: er bleibt! Es scheint beinahe, als wenn Nikolaus sich das Vergnügen macht, an den Knöpfen abzuzählen, ob „er“ nun gehen oder bleiben soll.

Agrararbeiten.

Auf Grund der im russischen Ministerium des Innern eingelaufenen Berichte der Gouverneure finden momentan Agrararbeiten in folgenden Gouvernements statt: Kurok, Rind, Drel, Poltawa, Smolensk, Tula, Tschernigoff, Wloneck sowie in allen Gouvernements des Wolgagebietes.

Reichsduma.

Petersburg, 11. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die lokale Gerichtsbarkeit. Die Debatte beschränkte sich auf juristische Reagen, insbesondere gelangte die Frage der Anwendung des Wohnortrechts und des positiven Rechtes bei den Ortgerichten zur Erörterung.

Aus der Partei.

Die Presse der „Niedergerittenen“ und der „Sieger“. Im Wahlkreise Dresden-Altsadt hat bekanntlich bei der letzten Reichstagswahl der Jungliberalismus die Sozialdemokratie „niedergeritten“, und der liberale Landrichter Dr. Heinz zog als Sieger Grandnauers im Reichstags ein. Dieser Wahlkampf wurde auf liberaler Seite in erster Linie durch die „Dresdener Zeitung“ geführt, die das anerkannte Organ der Dresdener Liberalen und ihres Kandidaten war. Wie jubelte das Blatt nach dem Siege über den Ausschlag der nationalen und liberalen Sache, von der Wiedergeburt des liberalen Bürgerturns als unüberwindliches Hindernis gegen die Sozialdemokratie! Wie es mit dieser liberalen Wiedergeburt wirklich bestellt ist, hat das liberale Blatt kürzlich wider Willen selbst herausgesprochen. Es mußte den Bankrott anjagen, nicht nur etwa den geistigen, nein auch den geschäftlichen. Das Konkursverfahren ist eröffnet worden, nachdem ein Concursversuch auf Grund eines Riesensumpfs von 200 000 M. ergebnislos verlaufen war. Daraus erhebt man so recht, aus wela hallosem Material der ganze jungliberale und nationale Hummel besteht.

Während die Presse der „Sieger“ rettungslos dem Bankrott verfallen ist, erstickt die der Niedergerittenen immer mehr. Die „Sächs. Arbeiterztg.“ hat nach den Reichstagswahlen um 6000 Abonnenten zugenommen; dem Verlag ist dadurch die Möglichkeit gegeben worden, das Blatt der Dresdener Genossen inhaltlich reicher auszustatten zu können. In diesem Aufschwunge, der so recht zeigt, wie wohl sich die niedergerittenen sächsische Sozialdemokratie befindet und wie sie durch die letzten Kampfe immerlich gestärkt worden ist, hat aber die gesamte sächsische Parteipresse teilgenommen. Die Abonnentenziffer ist kurz vor, während und vor allem nach der Reichstagswahl von 142 000 auf 178 000, also um 36 000 angewachsen. Die wiedergeborenen jungliberalen Sozialistenbewerber in Sachsen werden binnen kurzem kein Drehorgan mehr haben, die sächsische Sozialdemokratie aber hat die wichtigste Waffe im politischen Kampfe wesentlich verstärkt und ihre eigene Position damit gefestigt. Daraus läßt sich erkennen, wie es in Wirklichkeit um die Sieger und die Niedergerittenen bestellt ist.

Vertreter von Südafrika. „The Cape Socialist“ (Kapstadt) teilt mit, daß die Genossen Barton Lucas und Israelstam die Sozialisten von Südafrika auf dem internationalen Kongress in Stuttgart vertreten werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die beleidigte Breslauer Justiz.

Stettin, 11. Juni

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Strafkammer zu Stettin verurteilte den Genossen Cuesell vom „Volksboten“ für Plagiat wegen Beleidigung der Breslauer Landeskammer zu 300 Mark Geldstrafe. Beantragt waren zwei Monate Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Hährenwerke.

Der Streik ist beendet, der Schluß wird mit aller Schärfe weiter geführt. — Das ist die Situation, welche durch den Beschluß einer gestern abgehaltenen Mitglieder-versammlung des Hährenwerkes geschaffen ist. — Die Lage des Kampfes, seine Ergebnisse und die Gründe, welche die Streikleitung veranlassen, die Aufhebung des Streiks zu empfehlen, wurden

vom Verbandsvorsitzenden **Altmann** Hamburg sowie vom Verbandsvorsitzenden **Schneider** folgen demnach dargestellt: Es haben bis jetzt 861 Bädermeister bewilligt. Dieselben unterhalten 678 Verkaufsstellen, welche im „Vorwärts“ besessen sind. In den Betrieben, die bewilligt haben, arbeiten jetzt 2118 Gesellen. Vor dem Streik beschäftigten dieselben nur 1485 Gesellen. Die Geschäfte derjenigen Bädermeister, welche bewilligten, haben sich also so gehoben, daß sie 633 Gesellen mehr beschäftigen, als vor dem Streik. Das ist eine unverkennbare Wirkung des **Bohlosts**, den die organisierte Arbeiterschaft mit aller Strenge durchgeführt hat. Gegenwärtig sind noch 510 Streikende vorhanden; abgereist sind nach Ausbruch des Streiks 928. Im ganzen waren 3378 am Streik beteiligt. An Streikunterstützung sind 6200 M. ausgezahlt worden.

Was durch den Streik erreicht werden konnte, ist erreicht worden. Mehr kann nach Lage der Verhältnisse zurzeit nicht erreicht werden. Die Erfolge des Streiks gehen übrigens noch weiter als die zahlenmäßigen Ergebnisse erkennen lassen. Selbst in solchen Städtchen, wo die Arbeiterbewegung nicht vorherrschend ist und der Boykott sich nicht sonderlich bemerkbar machte, sind den Gesellen von verschiedenen Meistern Konzessionen gemacht worden. Da die weitere Fortführung des Streiks keine erheblichen Erfolge mehr bringen kann, empfiehlt die Streikleitung den Abbruch des Streiks. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß der Kampf beendet werden soll. Jetzt gilt es, dafür einzutreten, daß das Errungene für die Dauer festgehalten wird. Durch Einzelgesellen soll jeder Versuch, die Verhältnisse wieder zu verschlechtern, zurückgewiesen werden. Der Kampf wird also, wenn auch in veränderter Form, fortgesetzt. Besonders aber gilt es, den Boykott nach wie vor mit aller Schärfe durchzuführen. In dieser Hinsicht rechnen die organisierten Bäder auf die energische Hilfe der gesamten Arbeiterschaft, die ihnen bisher in anerkannter Weise zuteil geworden ist. — Die Meister werden die Erfolge des Streiks schmerzlicher empfinden wie den von 1904. Die Streikleitung ist überzeugt, daß die Erfolge des Streiks befriedigend sind, daß zurzeit nicht mehr erreicht werden kann und der Streik deshalb abgebrochen werden muß.

In der Diskussion sprachen zunächst einige Redner, welche sich gegen den Vorschlag der Leitung erklärten und für Fortsetzung des Streiks eintraten. — Andere Redner dagegen stellten sich auf den Standpunkt der Verbandsleitung und machten sich deren Gründe zu eigen. — Seitens der Streikleitung wurde darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung des Streiks nur von denen gewünscht werden sollte, die bis zum Ausbruch des Streiks noch nicht organisiert waren. Diesen und den sonstigen indifferenten Kollegen sei es anzuschreiben, daß durch den Streik nicht noch mehr erreicht werden konnte. Die älteren Mitglieder sehen ein, daß es am klügsten sei, den Streik abzubrechen und den Kleinstrieg zu führen, auch in solchen Bezirken, wo bis jetzt noch nicht erreicht werden konnte. Jetzt könne in der Hauptsache nur noch der Boykott wirken. Derselbe habe an Druckereien usw. bereits 15 000 M. gekostet und werde wohl nochmal dieselbe Summe kosten.

Nach einem Schlusswort von **Altmann** nahm die Versammlung folgende Resolution gegen 2 oder 3 Stimmen an:
In Anbetracht des Umstandes, daß der Boykott so günstig gewirkt hat, daß die Bäderereien, welche die Forderungen bewilligt haben, über 500 Leute mehr einstellen konnten, als sie in ihren Bäderereien vor dem Streik beschäftigten und in der Folge dieses Umstandes und weiterer erfolgter Bewilligungen nur noch 510 Streikende vorhanden sind, also ungefähr soviel, als wie sich vor dem Streik Arbeitslose mit am Streik beteiligt haben, beschließt die Versammlung, den Streik mit dem heutigen Tage zu beenden.

Der fein ausgeklügelte brutale Überfall der Bäderinnungen im Bunde mit den Großkapitalisten des Hefe-Syndikates, welcher durch den Hefe-Boykott am Sonnabend, den 1. Juni, in der rücksichtslossten Weise einging, ist durch die energischen Maßnahmen der Streikleitung schon nach einigen Tagen vollständig wirkungslos gemacht worden. Auch die ganz ungewöhnliche, durch nichts zu rechtfertigende Parteinahme der Polizeibehörde zugunsten der Bäderinnungen, wo man die Meister, welche die Forderungen anerkannt haben, und ebenfalls die Milchhändler zwang, die Plakate aus ihren Läden zu entfernen, auf der sie ihrer Kundenchaft mitteilten, daß sie die Forderungen bewilligt haben resp. nur Brot aus bewilligten Bäderereien verkaufen, haben dem einmütigen Festhalten der Streikenden keinen Abbruch tun können, aber auch die organisierten Arbeiter und vor allen Dingen die Arbeiterfrauen in ihrer energischen Durchführung des Boykotts nicht beeinträchtigen können. Die Streikleitung wird beauftragt, an Stelle der Plakate einen anderen Ausweis für die Bädermeister, welche bewilligt haben, und für die Händler, welche nur aus geregelten Bäderereien Brot beziehen, anfertigen zu lassen, damit diese sich dem tausenden Publikum gegenüber legitimieren können.

Die Versammlung zollt der außerordentlich energischen Boykottführung der organisierten Arbeiterschaft Anerkennung und erwartet, daß dieselbe auch fernerhin nur die geregelten Geschäfte berücksichtigt, damit den Bädergesellen die durch den Streik und Boykott erzwungenen Vorteile erhalten bleiben und noch weitere Bädermeister zur Anerkennung der Forderungen veranlaßt werden.

Beendigung der Tarifbewegung der Dachbeder.

Der Zentralverband der Dachbeder hatte Dienstagabend eine Mitgliederversammlung nach Willems Lokal, Bünnensstraße, einberufen. Den Bericht der Lohnkommission über die letzten Unterhandlungen mit den Unternehmern erstattete **Höppner**. Auf Grund der erteilten Forderungen ist es gelungen, mit einer Reihe von Unternehmern Verträge abzuschließen. Die Firma **Horn u. Hummel** ist sofort bereit gewesen; dann haben 11 Firmen die Forderungen anerkannt, wenn auch mit kleinen Änderungen. Der Tarif soll auf 5 Jahre gelten, und man will vom 1. Juli an 80 Pf. bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit auf 1 Jahr bezahlen, für die nächsten zwei Jahre soll der Stundenlohn von 82 1/2 Pf. und von 1910 bis 1912 sollen 85 Pf. gezahlt werden. Diese 11 Firmen sind aus dem Unternehmerverbande ausgeschieden, aber nun treten plötzlich die Unternehmer, die so lange sich ablehnend verhalten hatten, durch die Arbeitgeberkommission mit Angeboten an die Arbeiter heran. Der Verband der Arbeitgeber bot sogar bessere Bedingungen (in Nebenfragen) an als jene 11 Firmen. Die Lohnsätze bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit sollten die gleichen sein, aber sofort in Kraft treten und nicht erst vom 1. Juli an; eine andere Vergünstigung bietet der Verband im Vergleich zu den 11 Firmen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde an den Sonnabenden und 1 1/2 Stunde vor Festtagen in Kraft treten soll. Auch in bezug auf die Gewährung von Fahrgehalt bietet der Verband mehr. Außerdem schließt der Verband etwa 20 Firmen ein.

Die Versammlung erklärte sich für das Angebot des Arbeitgeberverbandes und damit ist der Friede wieder hergestellt und die Arbeit wird heute, Mittwoch, wieder aufgenommen. Doch die 11 Firmen, welche ebenfalls der veränderten Sachlage anpassen werden, gilt als sicher. Von denjenigen Gesellen, die jetzt in den alten Bedingungen arbeiten, wird erwartet, daß sie sofort die neuen Bedingungen bei ihren Arbeitgebern stellen und im Weigerungsfalle die Arbeit niederlegen.

Die Dachbeder-Hülfsarbeiter erklärten sich gestern Abend in einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung ihrer

Sektion mit einem Angebot der **Zunng** auf Abschluß eines fünf-jährigen Tarifvertrages unter der Bedingung einverstanden, daß die Lohnsätze für die „schwarze Arbeit“ (Pappdächer und Asphaltdächer), für die keine Aufbesserung zugestanden ist, ebenso erhöht werden, wie die der übrigen Arbeiten. Das Angebot der Zunng besagt, daß die 8 1/2 stündige Arbeitszeit sofort eingeführt, der Lohn der Hülfsarbeiter auf 55 Pf. für das erste Jahr erhöht wird, im zweiten und dritten Jahre 57 1/2 Pf. und danach 60 Pf. betragen soll, während der Lohn der mit dem Tragen von Dachsteinen um. beschäftigten Arbeiter in derselben Zeit auf 75, 77 1/2 und 80 Pf. festgesetzt wird.

Die **Klempner** (Mitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes) berieten am Sonntag über die Einwirkung der Baubauernausperrung auf ihren Beruf und die zu ergreifenden Schritte. **Weißel** gab den Situationsbericht und legte am Schluß seiner eingehenden Ausführungen folgende Resolution vor: „Die heute, am 9. Juni, in den „Müllersteinen“ tagende Versammlung der Klempner nimmt Kenntnis vom Stand und der Ausdehnung der Bewegung im Baugewerbe.“

In Erwägung, daß durch dieselbe ein großer Teil unserer Kollegen arbeitslos ist und in nächster Zeit noch werden wird, verpflichten sich die Klempner, dahin zu wirken, daß diejenigen Kollegen, welche es irgend möglich machen können, abzureisen haben.“

Nach sehr eingehender Debatte stimmte die Versammlung dieser Resolution zu.

Der Bericht vom Verbandstage wurde von **Retzke** erstattet.

Mätung, Metallarbeiter! Die Kollegen der Spreewerft Stralau haben die Arbeit niedergelegt; desgleichen die Kollegen der Firma **Sauerbier, Forsterstraße**. Beide Betriebe sind gesperrt und erziehen wir, die Betriebe zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Feinr. Ferd. Eker. Die Arbeitsverhältnisse bei genannter Firma müssen als überaus traurig bezeichnet werden. Die Speichereiarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 37 Pf., in allen anderen Speichereibetrieben wird für weniger anstrengende Arbeit 50 und 55 Pf. gezahlt. Die Arbeitszeit dauert regelmäßig von früh 5 Uhr bis abends 8 Uhr und darüber hinaus; mit Sonntagsgarbei werden pro Woche 80 bis 90 Stunden gearbeitet. Ankleideraum und Waschkraum ist nicht vorhanden. An eine Aenderung ist natürlich nicht zu denken, solange die Arbeiter der Organisation fernbleiben. Sincin in den Verband der deutschen Mühlenarbeiter.

Mätung, Bauklempner! Der Bau **Eitner, Rixdorf, Weißstr. 13**, ist wegen mangelhafter Schutz- und Arbeiterleistung gesperrt. Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Deutsches Reich.

Sie verhandeln nicht!

Wie im Ruhrbergarbeiterstreik die Scharfmacher des Ruhrgebietes jede Verhandlung ablehnten — wir erinnern an die Worte **Rixdorf's**: „Wir verhandeln nicht“ —, so stellen sich auch die **Münnettemagnaten** auf den Standpunkt, sich in keine Verhandlungen mit den **Münnetearbeitern** einzulassen. Der christlichsoziale Abgeordnete **Wehrns** war eigens ins **Münnettegebiet** gereist. Er, der im Siegerlande mit vollen Baden das Lob des Unternehmertums, welches zu gütlichen Verhandlungen mit gemäßigten Leuten immer bereit sei, pfliff, mußte hier die Erfahrung machen, daß die so sehr „christlichen“ **Münnetteherren** auf die von ihm unterzeichnete Zuschrift, worin um die Zustimmung des Bergbauverein zu Einigungsverhandlungen ersucht wurde, eine so schroff ablehnende Antwort gaben, daß dem „christlich“-sozialen Führer doch die Erläuterung gekommen sein muß, daß hier mit „sanften Worten“ und „christlichen“ Gebarden nichts zu erreichen ist, sondern der **Klassenkampf** in der vollen Bedeutung in Erscheinung tritt. Die Antwort des Bergbauverein auf die Zuschrift **Wehrns** lautet folgendermaßen:
Wir besitzen Ihre Zuschrift vom 31. v. M. Die Verwaltungen der Gruben, deren Belegschaften in den Aufstand getreten sind, betrachten dies als eine nur sie allein und ihre Arbeiter angehende Angelegenheit und haben darum auch den unterzeichneten Vorstand nicht ermächtigt, sie bei den etwaigen Verhandlungen bei den Belegschaften zu vertreten.
Der Vorstand des Vereins für die bergbauischen Interessen.
J. B. v. **Stala**.

Als eine Angelegenheit, die nur die Verwaltung der Gruben allein und deren Arbeiter angeht, wird dieser Streik betrachtet. Die Organisationen der Arbeiter sind diesen Grubenmagnaten schuppe, nur ihre Bergbauvereine, ihre Syndikate und Trusts haben die Existenzberechtigung. Man meißt die gute internationale Verbindung der Grubenherren am besten daran, daß ihnen aus **Luzemburg** und **Frankreich** Erz geliefert wird. In **Luzemburg** gelang es dem **Katholischen Volksverein**, die Arbeiter gegen die Führer der freien Verbände so zu verfehlen, daß dieselben sich zur Streikbrecherarbeit, das heißt zur Erglieferung ins **Lothringische Streikgebiet** gebrauchen lassen. In **Frankreich** fanden am 8. Juni in den **Scanzorten Belegschaftsversammlungen** statt, wo **Genosse Wilmann** sowie **französische und italienische Referenten** sprachen und steht zu hoffen, daß dadurch die **französischen Grubenherren** auf das Gewagte ihres Beginns, Erz nach **Lothringen** zu liefern, aufmerksam werden und dies unterlassen. Die **französischen Vergarbeiter** lassen sich nicht so leicht durch **katholische Volksvereine** verfehlen und sind bereit, wenn es das **Unternehmertum** nicht anders will, ihre **Solidarität** in für die Herren vielleicht nicht besonders genehmer Weise zum Ausdruck zu bringen. Auch macht sich bei den **Grubenbaronen** der Arbeitermangel schon unangenehm bemerkbar. **Grubenagenten** weilen schon in **außwärtigen Vergarbeitern** und suchen durch **Verprechungen Vergarbeiter ins lothringische Streikgebiet** zu locken. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, den **Lockrufen** des Unternehmertums nicht Folge zu leisten. Lasse sich keiner zu **Streikbrecherdiensten** gebrauchen. Ein jeder, der sich jetzt bereit finden läßt, Arbeit im **Lothringischen Münnettegebiet** anzunehmen, ist mit **daron schuld**, wenn dieser Streik sich noch weiter in die Länge zieht, oder gar zuletzt erfolglos für die Arbeiter enden kann.

Die **Lohnbewegung** der **Maschinen** und **Heizer** auf den **Rheinschiffen** hat Aussicht, ohne größeren Kampf erfolgreich durchgeführt zu werden.

Vom Tage der Einreichung des Tarifes ab fanden an jedem Abend an allen Häfen und Anlegeplätzen des Rheines **Besprechungen** statt, die sämtlich sehr zahlreich besucht waren; selbst die bisher völlig indifferenten stellten sich ein.

Eine Anzahl Firmen hat in den letzten Tagen schon **Zulagen** bis zu 5 M. gewährt; vom **Allgemeinen Arbeitgeberverband** **Rannheim-Ludwigs-Hafen** sowie von der **Rieberheinischen Dampfschiffahrtsgesellschaft** wurde **geantwortet**, daß **Veratungen** über die Forderungen stattfinden und nächster Tage **weiterer Bescheid** erfolgen werde.

Der **Zentralverband der Maschinen** und **Heizer** versucht, an allen Orten **Verhandlungen** einzuleiten. Es liegt nun an den Unternehmern, ihre **vielerühmte Geneigtheit**, den **Frieden** zu erhalten, zu bekunden.

Die **Kollegen** sind von gutem Geiste besetzt und gewillt, **Mann für Mann** für ihre gerechte Sache einzustehen, um nicht länger unter den **bisherigen elenden Verhältnissen** fronden zu müssen. Das **Maschinen- und Kesselpersonal der Rheinschiffe** hat ja erst kürzlich bei der **Lohnbewegung der Salonschiffahrtsangestellten** gezeigt, daß es gewillt ist, seine **Forderungen** durchzusetzen.

Die Aussperrung der Hafnarbeiter in Königsberg ist beendet.

Vor dem Einigungsamt des Königsberger Gewerbegerichtes ist am Montagmorgen der Tarifvertrag von den Vertretern des Hafnarbeiterverbandes und den Vertretern der vereinigten Stauermeister unterschrieben worden. Der Vertrag ist unter Zustimmung der Stauermeister beschaffenden Firmen abgeschlossen worden; letztere übernehmen auch gleich der Organisation der Hafnarbeiter die **Verpflichtung**, daß der Tarif in allen seinen Teilen zur Durchführung gelangt. Für die **Entscheidung** von Streitigkeiten, die sich eventuell durch den abgeschlossenen Vertrag ergeben, ist ein **Schiedsgericht** vorgesehen, welches aus drei Hafnarbeitern, von denen mindestens zwei aktive Arbeiter sein müssen, sowie aus zwei Stauermeistern und einem Mitgliede der die Stauermeister beschaffenden Firmen und einem Vorsitzenden besteht. Um die **Übernahme** des Vorsitzes soll in erster Linie ein Mitglied des **Oberlandesgerichts** in Königsberg ersucht werden. Das **Schiedsgericht** wird sich sein eigenes Regulative geben. Bis zur definitiven Errichtung dieses Schiedsgerichts sind etwa vorkommende Streitigkeiten vom Königsberger Gewerbegericht zu entscheiden. Wie schon erwähnt, gilt der Vertrag bis 15. Juni 1911. Die **Aufnahme** der Arbeit erfolgt am Montag, den 17. d. M. Zu erledigen bleibt nun noch die **Angelegenheit** derjenigen **Streikdeträger**, die sich bei der Aussperrung der Hafnarbeiter mit diesen **solidarisch** erklärten und die Arbeit niederlegten. Die **Kaufleute** zeigen sich geneigt, auch für die **Sektion der Streikdeträger** den **Abschluß** eines **Tarifvertrages** vorzunehmen.

Massenabwanderung. Aus **Zwidau** wird gemeldet: Auf den **Brüdenberg-Schächten** des **Brüdenberg-Steinlohlenbaugebietes** haben gestern und heute gegen 600 Bergleute, das sind fast ein Drittel der gesamten Belegschaft, ihre **Entlassung** genommen, um nach dem **Ruhrrevier** auszuwandern. Man will hier keinen **Ausstand** beginnen, sondern durch **Abwanderung** der **Lohnbewegung** zum **Erfolge** verhelfen.

Ausland.

In **Nancy** sind 800 **Zimmerleute** und **Tischlergehilfen** in den **Ausstand** getreten. Sie verlangen **zehnstündige Arbeitszeit** und **Lohn**-**erhöhung**.

Der **Seemannsstreik** in **Rotterdam** ist am Sonnabend beendet worden, nachdem die **Keeper** sich schließlich verpflichtet haben, durch **gemeinsame** Verhandlung der **Organisationsvorstände** beider Parteien die **Löhne** sofort zu regeln, wobei das vor acht Tagen gemachte allzu niedrige Angebot von 2 Gulden **Lohn**erhöhung pro Monat nicht in Frage kommen soll. Ueber die **Arbeitszeit** und **Ueberzeitarbeit** soll, ebenfalls durch **gemeinsame** Verhandlungen, vor dem 1. August eine **Verordnung** getroffen werden.

Die **Maschinen** und **Heizer** der **holländischen Rhein-Schleppdampfer** haben im April Forderungen auf **Regelung** ihrer **Lohn**- und **Arbeitsverhältnisse** eingereicht. Es ist inzwischen mit den **Unternehmern** verhandelt worden, aber bisher ohne **Erfolg**. Ob es zur **Arbeits**einstellung kommen wird, ist **nach** nicht **dortaus** zusehen.

Eingegangene Druckschriften.

- „Die Neue Gesellschaft.“ Heft 11. Herausgeber Dr. J. Braun und Alj Braun. Verlag Berlin W. 15.
- „Blut.“ Heft 23. Herausgeber: G. Bernhard. Vierteljahr 4 M. Verlag: Charlottenburg, Soeflistraße 69.
- „Kolonia“, Monatschrift für **freiwirtschaftliche** Erziehung in **Haus** und **Schule**. Herausgegeben von einer **Vereinigung** **Österreichischer** Lehrer. Heft 6. Halbjährlich 2 M. Einzelheft 40 Pf. Verlag: A. Janßen, **Kornburg**.
- „Histoire de la Commune“ (Geschichte der **Kommune**) von **Georges Bourgin**. Paris, 1907, bei **Cornehil u. Cie.** Nr. 41-42 der „**Bibliothèque socialiste**“, 102 Seiten. 1 fr.
- „Die wird man **Mobinent**?“ Von **Josef** **Rahr-Roman**. 24 Seiten. Preis 10 Pf. In **Partien** **billiger**. Verlag: **Deutscher** **Arbeiter-****Mobinenten** **Bund**, **Koblenz** **Mohlfeld**, **Berlin** **S. 42**. **Anteil** **110**.
- „**Volkswirtschaftliche** **Blätter**“, **Zeitschrift**, herausgegeben von **Georg** **Edler** **Krüger**, **Berlin**. **Red** **Dequanns** **Verlag**, **Berlin** **W. 8**.
- Jahresbericht** des **Arbeitersekretariats** für das **Sauer-** und **Sieger** **land**. 1906. 144 Seiten. **Selbst** **verlag** in **Waldenfeld**, **Alten** **str. 8**.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Blitz erschlagen.

Neuzin, 11. Juni. (B. L. B.) In eine **Artilleriekolonnie**, die vom **Truppenübungsplatz** in **Münster** zurückkehrte, fuhr heute während eines **Gewitters** ein **Blitz**strahl. Ein **Artillerist** und ein **Pferd** wurden **getötet**, **sechs** **Soldaten** ziemlich **schwer** und **vier** **leicht** **verletzt**.

Grubenunglück.

Beuthen (O.-Schl.), 11. Juni. (B. S.) Auf der „**Preußen** **grube**“ wurden durch einfallende **Kohlenmassen** eine **Anzahl** **Berge** **leute** **verhaftet**. Ein **Bergmann** wurde **getötet**, **mehrere** **verletzt**.

Reben ist Silber...

Wien, 11. Juni. (B. S.) **Graf** **Sobhan** erklärte einem **Mit** **arbeiter** der **„Fr. Pr.“**, daß er **gegenwärtig** nicht in der **Lage** sei, in der **Angelegenheit** des **Härsen** **Eulenburg** das **Wort** zu **er** **greifen**, da sonst die **Verwirrung** der **Meinungen** **vermehr** und die **Klarstellung** der **Angelegenheit** **erschwert** werden würde. Er **be** **halte** sich aber vor, zu einem **späteren** Zeitpunkt zu den in der **Öffentlichkeit** verbreiteten **Aburbditäten** **Stellung** zu **nehmen**.

Billigeres Brot in — Frankreich.

Paris, 11. Juni. (B. S.) Der **Polen** **Schuh** nahm einstimmig den **Antrag** betreffend die **vorläufige** **Aufhebung** des **Einfuhrzoll**es auf **Getreide** und **Mehl** an.

Das Publikum gegen die Straßenbahn.

Neapel, 11. Juni. (B. L. B.) Als heute auf dem **Corso** **Garibaldi** durch einen **Straßenbahnwagen** eine **Frau** mit ihrem **Kinde** **überfahren** und **getötet** wurde, geriet das **Publikum** in die **größte** **Erregung** und beging **Alte** des **Vandalismus** gegen **Straßen** **bahnwagen** an **dieser** und **anderen** **Stellen** der **Stadt**. **Zwei** **Bagen** **wurden** **in** **Brand** **gesetzt**. **Polizeimannschaften** und **Soldaten** **übernahmen** den **Schutz** der **Straßenbahn** und **vertrieben** die **Menge**.

Der Terror.

Tomassow (**Gouvernement** **Lublin**), 11. Juni. (B. L. B. Von einem **Privat** **korrespondenten**.) Hier wurde ein **Gewerbetreibender** **getötet**, infolgedessen wurden in allen **Fabriken** **Unter** **suchungen** **statt**. **Viele** **Arbeiter** wurden **verhaftet**.

Mitau, 11. Juni. (B. L. B.) Hier wurde eine **Bande** von **18** **Terroristen** **verhaftet**. — In **Doudangen** an der **Küste** von **Russ** **land** ist ein **Lager** von **Phosphor**, **Dynamit** und **anderen** **Explosiv** **stoffen** sowie **mehrere** **Vomben** **entdeckt** worden.

Kislabad (**Kaukasus**), 11. Juni. (B. L. B.) Der **Chef** der **Dabulnie** von **Centralasien**, **General** **Ughanin**, wurde heute von einem **Unbekannten** in **Militär** **uniform** **ermordet**.

Professorenfabrikation.

Sofia, 11. Juni. (B. L. B.) Nachdem die **Verhandlungen** mit den im **Januar** dieses **Jahres** aus **Kalaf** einer bei der **Gründung** des **Nationaltheaters** **stattgefundenen** **sozialistischen** **Studenten** **union** **und** **ihrem** **Dienst** **entlassenen** **Professoren** und **Doktoren** **ergebnislos** **verlaufen** sind, ist der **Unterrichts** **minister** jetzt **bemüht**, die **Universitätsfrage** auf eine **andere** **Art** zu **lösen**, um die **Wieder** **öffnung** der **Universität** für das **kommende** **Studienjahr** **sicherzustellen**. **Weitern** ist ein **Wass** **unter** **zeichnet** **worden**, durch den **15** **Mittelschullehrer** zu **Universitäts** **professoren** **ernannt** **werden**.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Revolution im Unternehmerlager.

Wie vorausgesehen war, hat die neue Taktik der Arbeiter die Verwirrung im Lager der Unternehmer noch erhöht. Die Kopflosigkeit der Strategen Wahl und Genossen kommt recht drastisch zum Ausdruck in einem Zirkular, das heute an die Verbandsmitglieder verhandelt wird. Sie verlocken, mit leeren Luftschieden, die geschickten Florettstöße der Streikleitung zu parieren.

Das neue Rundschreiben befaßt sich mit der in Aussicht genommenen Einstellung von Arbeitswilligen. Das Schreiben weist darauf hin, daß es von Wichtigkeit sei, erst die Anzahl der Arbeitnehmer festzustellen, die zu den bekanntgegebenen Lohnsätzen bei neunstündiger Arbeitszeit zu arbeiten gewillt seien. „Solche Leute“, heißt es weiter, „können sich persönlich oder schriftlich in unserem Arbeitsnachweise, Deutstrasse 1, sowie bei ihren früheren Arbeitgebern melden. Wir stellen Ihnen anheim, das beiliegende Schreiben (Aufforderung an Arbeitswillige) umgehend an die Adresse derjenigen früher von Ihnen beschäftigten Arbeitnehmer zu senden, von denen Sie annehmen, daß sie arbeitswillig sind. Etwaige bei Ihnen eingehende Meldungen bitten wir, sofort an unser Geschäftsamt, Selgoländer Ufer 1 zu schicken, da unter keinen Umständen Arbeitswillige durch den Arbeitgeber direkt, sondern einzig und allein durch den Arbeitsnachweis unseres Verbandes eingestellt werden dürfen. Die Namen und Adressen der Arbeitnehmer, die sich bei Ihnen selbst melden, werden im Arbeitsnachweis registriert und wird den Betreffenden, sobald die Einstellung durch die Generalversammlung festgesetzt worden ist und der Termin der Einstellung herangekommen ist, eine Arbeitserlaubnisarte ausgegeben. Nachmals betonen wir schon jetzt, daß kein Baunternehmer einen Arbeitswilligen einstellen darf, der nicht im Besitz einer Arbeitserlaubnisarte vom Verbandsamt ist. Es wird anheim gestellt, die an die Arbeitswilligen zu richtenden Schreiben mit dem Firmenstempel zu versehen.“

Was die neueste Taktik der Streikenden anlangt, auch den Unorganisierten Streikunterstützung zu zahlen, um sie von den Bauten fernzuhalten, so nicht man in Unternehmertreuen diesem Beschlusse keine besondere Bedeutung bei. Man ist der Ansicht, daß Leute, die trotz jahrelanger Agitation nicht für die Organisation zu gewinnen waren, vorziehen werden, einen Tagelohn von 6 M. zu nehmen, anstatt eine tägliche Streikunterstützung von 1,50 M. Tatsächlich liegen denn auch schon Meldungen von Arbeitswilligen in großer Zahl vor.

Man gibt erst Anweisung, um einen Ueberblick über das Gangelein Arbeitswilliger zu gewinnen, verkündet aber schon gleichzeitig, die Zahl der Meldungen sei groß. Die „etwaigen bei Ihnen eingehenden Meldungen“ und die **Obdachlosen** sind wohl schon im Voraus — doppelt gezählt! Und für solche Schwindler findet man bei Organen, die gern mit dem arbeiterfreundlichen Mantel sich drapieren, bereitwillige Unterstützung.

Schredlich nervös muß man sein, sonst könnten die Herren sich nicht zu dem plumpen Schwindel bezüglich der Unterstützung verhalten lassen. Wir nehmen gern Verantwortung, hier mitzuteilen, daß der Zentralverband der Maurer eine Wochenunterstützung zahlt von **16 Mark Wismum**, und **18 Mark** für Mitglieder, die dem Verbandsamt länger als ein Jahr angehören.

Diese Sätze gelten für Unberheiratete, Familienväter erhalten Zuschläge nach Maßgabe der Kinderzahl.

Auch die Freude darüber, daß bei den Arbeitern nicht vollständige Einigkeit herrscht, eine Ansicht, die durch gefälschte Berichte der bürgerlichen Presse erweckt wurde, müssen wir zerstreuen. Die am Streik beteiligten Organisationen geben folgende Erklärung ab:

Die bürgerliche Presse kolportiert die Legende, unter den im Kampfe stehenden Organisationen der Bauarbeiter seien erste Differenzen in Bezug auf gegenseitige Solidarität ausgebrochen. Wir können jene Presse natürlich nicht hindern, ihre Leser zu täuschen.

Zwischen den Bauarbeiterorganisationen existieren keinerlei Differenzen, die den Feinden der Arbeiter Anlaß geben könnten, auf eine Uneinigkeit der Arbeiter zu spekulieren. Der Sachverhalt, auf welchen sich die bürgerliche Presse stützt, ist folgender:

Die sieben in Betracht kommenden Organisationsvorstände der Bauarbeiter haben sich in ihrer Sitzung am 5. Juni auf folgender Grundlage verständigt:

„Die Organisationen der Zimmerer erklären sich bereit, auf allen Bauten, auf denen die Forderung der Maurer und Bauhilfsarbeiter nicht bewilligt ist, für diese Forderung einzutreten.“

In derselben Weise verpflichten sich die Organisationen der Maurer und Bauhilfsarbeiter dort zu handeln, wo die Forderungen der Zimmerer nicht bewilligt sind.“

Jeder Organisation bleibt es natürlich überlassen, auf dieser Grundlage nach ihren besonderen Einrichtungen und Gebräuchen den im Auge gefaßten Zweck zu erfüllen.

Eine nochmalige Sitzung am 10. Juni hat ergeben, daß die beteiligten Organisationsvorstände nach wie vor auf der beschlossenen Grundlage stehen und gewillt sind, einmütig und solidarisch weiter zu kämpfen.

Die sieben Organisationsvorstände.

J. A. S. Silberschmidt.

Damit sind alle kleinen Hoffnungen der Unternehmer grausam zerstört, es hilft ihnen nichts, sich in Illusionen zu wiegen. Ein jeder ihrer Pläne ist durchkreuzt, ehe sie soweit kommen, mit der Durchführung zu beginnen.

Auf der Flucht.

Die Unternehmer werden fortgesetzt zu Kenderungen ihrer Taktik gezwungen. In dem am Dienstag früh herausgegebenen Zirkular heißt es noch, der Tag der Einstellung werde erst später festgesetzt; in der Abendausgabe bürgerlicher Blätter läßt man aber schon als den Tag der Sperreaufhebung den 17. Juni bekannt geben, während man zunächst den 1. Juli als Termin ins Auge gefaßt hatte. Durch die Taktik der Streikleitung sei man zu der Kenderung der kaum gefaßten Beschlüsse gezwungen. Also das unumwundene Eingeständnis, daß die Strategen der Unternehmer vollständig übertrumpft worden sind. Man muß nur staunen darüber, daß ein Teil der „Gesährten“ den glorreichen Feldzug der Wahl und Genossen überhaupt noch mitmacht. In wenigen Tagen werden den Leuten die Augen schon überlaufen. Die Macher im Arbeitgeberverband haben nämlich einfach diktiert, daß kein Unternehmer selbständig Leute einstellen darf; die Ueberweisung erfolgt von der Zentrale. Der Trick ist nicht übel.

Natürlich werden die Macher sich mit dem Ausschuh begnügen und den anderen die paar Mann, die zu gebrauchen sind, großmütig überlassen. Wer's glaubt, wird selig!

Der Zentralverband der Töpfer hielt am Montagabend eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause ab. Die Stellung der organisierten Töpfer zum Kampf im Baugewerbe wurde lebhaft erörtert. Segawe referierte darüber und erklärte es als heiligste Pflicht aller Mitglieder, die im Kampfe stehenden Bauernachweiser nach besten Kräften zu unterstützen. Keine Streitarbeit darf verrichtet werden, wie z. B. Herstellung von Maschinen- und Ofenfundamenten, Ausbohrungen, Verzügen von Mauerlöchern und so weiter. Auf die Streibreaker müsse moralisch eingewirkt werden, um sie zu befehlen. Die Arbeit sollte ruhen, wenn dies von den Streikleitungen verlangt wird oder bei provokatorischem Auftreten der Streibreaker, sobald die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sich einig sind und vorher ihre Organisationen in Kenntnis gesetzt haben.

Mit diesen Vorschlägen waren die Versammelten im allgemeinen einverstanden, wenn auch viele ein schärferes Vorgehen wünschten und verlangten, daß die Arbeit überall niedergelegt werde, wo gestreift wird. Drunzel, der Zentralvorsitzende, war in der Versammlung anwesend und erklärte, daß man die gemeinsamen Beschlüsse der Baugewerkschaften respektieren müsse. Diese Beschlüsse, die in Uebereinstimmung mit der Streikleitung gefaßt wurden, gehen zunächst dahin, die einzelnen Gruppen nicht direkt und ohne zwingende Notwendigkeit in den Kampf eintreten zu lassen. Er gab sodann noch die Ansicht des Zentralvorstandes des Töpferverbandes bezüglich eventueller Ansprüche an die Streikliste bekannt.

Bestimmte Beschlüsse hatte die Versammlung über diese Punkte nicht.

Der Zentralverband der Baugewerblichen Hilfsarbeiter ist nun auch zu dem Entschluß gekommen, seine Forderung, gleich den übrigen baugewerblichen Organisationen, zu reduzieren. Zwar haben am Sonntag noch 777 Mitglieder für die Aufrechterhaltung der Forderung von 60 Pf. gestimmt, während sich 687 dagegen erklärt haben. Die Resolution, welche die Reduzierung befürwortete, ist somit mit 60 Stimmen Majorität abgelehnt worden, aber das Stimmverhältnis ist nicht geeignet, die Forderung aufrechtzuerhalten. Nach § 10 des Streikreglements soll bei einem Streikbeschlusse sowie auch bei allen wichtigen Beschlüssen während eines Lohnkampfes eine Dreiviertelmajorität entscheiden. Diese ist aber nicht im geringsten erreicht und deshalb ist seitens des Vorstandes die Forderung entsprechend den Beschlüssen und Vereinbarungen der gesamten Vorstände der im Kampfe stehenden sieben Organisationen abgeändert. Dadurch ist die Einheitlichkeit im Kampfe wieder hergestellt.

So aber bereits 60 Pf. bewilligt sind, soll auch versucht werden, dieselben aufrecht zu erhalten. Arbeitsberechtigungslisten werden deshalb an alle diejenigen aufgestellt, welche auf Bauten arbeiten, auf denen als Mindestlohn 55 Pf. Stundenlohn bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit vertraglich zugesichert sind.

Geschäftsbericht der Brauerei- und Mälzereibergewerkschaft für 1906.

Nach dem im Geschäftsberichte aufgeführten Verzeichnisse der Bergewerkschaftsorgane gehören dem Hauptvorstande der Bergewerkschaft noch zwölf Kommerzienräte an. Das Kapital ist also „würdig“ vertreten. Verleitet waren im Berichtsjahre 2356 Betriebe, die 112 339 Personen beschäftigten. Die Zahl der Betriebe hat gegen das Vorjahr um 37 abgenommen. Am meisten die Brauereien, während die Mälzereien und Biernebenbetriebe etwas in der Zahl zugenommen sind. Der Bericht bemerkt hierzu: „Bemerkenswert ist der Rückgang der Zahl der verbleibenden Brauereien von 7308 im Jahre 1905 auf 7212. Es ist das freilich kein direktes Zeichen für den Rückgang des Braugewerbes überhaupt, sondern vor allem eine Folge der noch immer fortschreitenden Ausfassung der Kleinbetriebe durch die Großbrauereien sowie der nicht seltenen Fusionierung der letzteren zu einem Betriebe.“

Das ist doch wenigstens offen! Früher hätte die Bergewerkschaft dies abgelehnt und die Parteifreunde ihres Vorgehens werden doch fortwährend von dem „Schutze der Kleinbetriebe“ reden, die bekanntlich von der Sozialdemokratie vernichtet werden, aber „Gott sei Dank“, nach der Reichsstatistik über die Zahl der — Dienstmänner zu urteilen, an der Zahl von Jahr zu Jahr — zunehmen! Wie die Großbrauereien den Schutz des sog. „Mittelstandes“ fördern, gibt uns dieser Bericht ebenfalls dankenswerten Aufschluß. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den verbleibenden Brauereien ist von 108 528 auf 112 339 gestiegen. Der Bericht bemerkt aber hierzu: „Die oben erwähnte Zahl der Vollarbeiter kann man auch nicht etwa in dem Sinne deuten, daß dementsprechend die Produktion und damit die Prosperität des Braugewerbes zugenommen habe. Sie ist vielmehr damit zu erklären, daß jetzt fast alle Brauereien dazu übergegangen sind, den Flaschenbiervertrieb selbst in die Hand zu nehmen, in der Absicht, sich den daraus resultierenden Gewinn, den sie bisher anderen Unternehmern überließen, selbst zu sichern, weil sie ihn gerade infolge der so sehr verteuerten Produktion zur Erhaltung ihrer Rentabilität nötig haben! Die hohe Prostitution brachte also nicht allein eine Verteuierung des Bieres, der Flaschenbiervertrieb wird den Händlern aus der Hand genommen, nur um die „Rentabilität“, die hohe Dividende, zu erhalten!“

Der „Mittelstand“, zu dem sich bekanntlich auch fast alle Flaschenbierhändler mit „Stolz“ zählen, muß aber trotzdem — „erhalten“ bleiben!

Auch über die bevorstehende große Reform der gesamten Arbeiterversicherung gibt uns der Bericht die Ansicht der Bergewerkschaft kund. Es sei von den Plänen der Regierung bisher nur wenig an die Öffentlichkeit gelangt. „Soviel aber steht wohl fest, daß man von einer Verschmelzung der drei Versicherungsweige, der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung usw. absehen wird, daß man also keinen Neuaufbau oder Umbau, sondern nur einen Ausbau des großen Versicherungsgedankes vornehmen wird, wie dies übrigens nur den in den beteiligten Kreisen allgemein herrschenden Ansichten und Wünschen entspricht. Kamentlich wird an dem Bestand und in der Hauptsache an der Organisation und Selbstverwaltung der Bergewerkschaften, die sich nach dem allgemeinen Urteil ganz besonders bewährt haben, aller Voraussicht nach nichts geändert werden!“

Ja, „das allgemeine Urteil“ — der Unternehmer! Das bewährte Selbstverwaltungsgesetz der Krankenkassen muß dagegen nach den Wünschen der Augdau-Presse „gründlich revidiert“ werden — weil eben die Versicherenden etwas Einfluß erlangt haben! Die Rechte der Versicherten sind eben vogelfrei!

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist nach dem Bericht von 14 038 im Vorjahre auf 14 248 gestiegen. Trotz dieser Zunahme von 210 Fällen findet die Bergewerkschaft eine erfreuliche Abnahme der Fälle, weil sie nach allem Brauche unserer ganzen Reichsstatistik eben nur die entschädigten Fälle berücksichtigt. Die Zahl der entschädigten Unfälle ist von 1501 im Jahre 1905 auf 1516 zurückgegangen. „Zum erstenmale seit Bestehen der

Bergewerkschaft“ sei der Fall zu verzeichnen, daß der „Beitrag auf die Lohn- und Gefahreinheit ein geringerer geworden sei.“ Das ist die Hauptsache und wird die „Herren Leier“ des Verleites am allermeisten interessieren! Kein Wort davon, daß auf tausend Vollarbeiter durchschnittlich 124 Fälle kommen! Kein Wort der Aufklärung weshalb die Sektion VI (Berlin) gar 181 Fälle, die Sektion VII 144 und Sektion II 121 Fälle auf 1000 Versicherte zählen mußten.

Interessant ist auch die Tabelle des Verleites über „Vorbekämpfung“. Die Brauereibergewerkschaft widmet dieser Aufgabe, das Heilverfahren möglichst innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalles schon zu übernehmen, besondere Aufmerksamkeit. Es wurde die Nettosumme von 97 112,66 M. für die Vorbekämpfung ausgegeben und sieht diese Bergewerkschaft hierin an der Spitze aller Bergewerkschaften Deutschlands. In früheren Jahren war diese Ausgabe noch höher, denn nach dem Bericht der Jahre 1907, 1900 usw. wurden sogar 139 000 und 131 000 M. hierfür verausgabt! Es darf aber dabei nicht übersehen werden, daß diese große Ausgabe, die auch nicht immer im Interesse der Verletzten liegt, sich meist nur auf die Sektion VI Berlin beschränkt. Von den 1875 in Vorbekämpfung genommenen Fällen entfielen allein 1871 auf diese Sektion! Einige Sektionen haben von diesem Rechte gar keinen Gebrauch gemacht. Die Bergewerkschaft kann aber mit dem Resultat sehr zufrieden sein, da sich diese Ausgabe gut rentiert habe. Die Statistik des Verleites lehrt und, daß in den 1875 behandelten Unfällen allein 1791 in den ersten 13 Wochen „erledigt“ wurden!

Auch über unsere Rechtsprechung kann sich diese Bergewerkschaft wahrlich nicht beklagen. Es wurden 248 Verurteilungen zugunsten der Verletzten und 742 zugunsten der Bergewerkschaft entschieden. Den Vogel haben die Schiedsgerichte des schönen Sachlandes abgehoschen, denn sie haben gar nur 14 Proz. der Verurteilungen zugunsten der Verletzten und 86 Proz. zugunsten der Bergewerkschaft erledigt. Auch das Reichsversicherungsamt tat seine volle Schuldigkeit! Von 255 Rekursen der Verletzten wurden nur 33 zu ihren Gunsten entschieden, während die Bergewerkschaft in 222 Fällen siegte! Damit nicht genug! Sie hatte selbst 108 Rekurse erhoben und hatte auch da noch 55 günstige Entscheidungen erzielt!

Da nun ja das Vertrauen der Verletzten zu unserer Rechtsprechung tief wächst. Körper — die es nicht glauben wollen!

Die übrige Statistik der Bergewerkschaft erweist sich leider nur nach Schema 8 auf die entschädigten Unfälle. Wir erfahren, daß 134 Unfälle tödlichen Ausgang nahmen, in 30 Fällen völlige, in 66 Fällen teilweise, und in 691 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit registriert wurde. Die Zahl der schweren Unfälle ist gestiegen, da die Todesfälle von 126 des Vorjahres auf 134 gestiegen ist, während merkwürdigerweise die Zahl der Fälle mit völliger Erwerbsunfähigkeit von 35 auf 30 zurückgegangen ist. Ja, die Herren Vertrauensdarsteller!

Die neuen Unfallversicherungsregeln, die, wie bereits früher erwähnt, die Abfassung des Prekoderes nicht enthalten, brachten neue Anordnungen an Fahrstühlen und Aufzügen. Es werden Aufsatz- und Feststellvorrichtungen an Aufzügen verlangt. Die vielen und zum Teil schweren Unfälle, die leider jahres nach jahres noch immer an Aufzügen vorkommen, verlangen es, gerade diesem Punkte besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Die neue Nummer 147 fordert deshalb auch bei Aufzügen, die nur durch ein Stodwerk gehen, — also zum Teil Weraufzügen — die Aufsatz- oder Feststellvorrichtung neben der Gangvorrichtung, weil letztere besonders in der feuchten und kohlensäure gesättigten Luft der Bierkeller sehr leicht rostet und unbrauchbar wird, deshalb ein doppelter Schutz geboten erscheint.“ Hoffentlich bleibt die Vorschrift nicht auf dem Papier stehen. Aus dem Bericht ersehen wir nur, daß die sechs Aufsichtsbearbeiter im Jahre 1906 insgesamt 2185 Betriebe besichtigt haben, nicht aber die Zahl der gefundenen Mängel! Weshalb diese Vorsicht? Der Reservefonds der Bergewerkschaft beträgt jetzt über 13 Millionen Mark!

Interessant ist es auch, daß die Bergewerkschaft gegen einen Brauemeister eine Schadenersatzklage führt, der „der ausdrücklichen Bestimmung der Unfallversicherungsordnung zufolge Pächter pachten ließ, die im Innern noch feucht waren und obwohl er von einem Arbeiter darauf aufmerksam gemacht worden war.“ Der Beklagte habe keine Verurteilung bei der Bergewerkschaftsverammlung ergriffen, „weil er gegen das Gesetz bei einer Privatversicherungsgesellschaft versichert ist“; diese sich „möglichst im Hintergrunde halten“, damit dann der Gesetzliche milder behandelt werden würde.

Von der „vielseitigen Tätigkeit“ eines Brauereiarbeiters auf dem Lande gibt uns auch die Statistik der sich auf 43 vertheilende Bergewerkschaften ein verteiltes mitversichertes Nebenbetriebe Kenntnis. Wir finden da, daß 235 Brauereien, 887 landwirtschaftliche Betriebe, 48 Mälzereien, 28 Mühlen, 98 Sägebetriebe, 30 Fäbegerie, 113 Torfstichbetriebe da als „Nebenbetriebe der Brauereien“ mitversichert sind!

Soziales.

Wer ist Arbeiter im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes?

Zur besseren Würdigung der nachstehenden rechtlichen Erörterung, in der es sich um die Entscheidung der oben angebotenen Frage in einem Spezialfalle handelt, sei hervorgehoben, daß diejenigen Personen, die unter die Versicherung des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes zu rechnen sind, bei einem Betriebsunfall nur für den Fall Schadenersatzansprüche an den Betriebsunternehmer stellen können, wenn durch strafrechtliches Urteil festgestellt worden ist, daß der in Anspruch Genommene den Unfall vorzüglich herbeigeführt hat. Andernfalls erhalten sie nur die höchstens zweidrittel-Rente nach dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz oder, falls sie einen Anspruch nach diesem Gesetz nicht haben, trotzdem aber versicherungspflichtig sind, gar keine Rente. Dagegen sind alle anderen Personen, die einen Betriebsunfall erleiden, nach dem Reichs-Unfallversicherungsgesetz oder § 223 V. G. B. ff. voll zu entschädigen, so lange sie kein mitwirkendes Verschulden an dem Unfall trifft, oder die Unfallumstände nicht durch höhere Gewalt (unabwendbare Zufälle) ausgelöst worden sind.

In einem am 6. d. M. vom Reichsgericht entschiedenen Rechtsstreit klagte der Sohn eines Gastwirts B. in Köln gegen den Baunternehmer D. Letzterer hatte für den Vater des B. einen Bau ausgeführt und handelte es sich nur noch um Abbrechung des Bangerüstes. Da es nahe vor Ostern war und der Kläger das Gerüst bis Ostern gern besetzt sah, kam er mit dem Beklagten dahin überein, daß er bei der Abbrechung etwas mitbiete. Er behielt sich dabei freilich das Recht vor, die Wirtschaft mit zu bedienen und ging darauf ein, daß er vom Beklagten für seine Hülfe eine Vergütung erhalte.

Bei der Abbrechungarbeiten ist der Kläger abgestürzt und zwar nach Feststellung des Gerichts infolge unvorsichtiger Zustände des Bangerüstes.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Köln hatten den beklagten Baunternehmer gemäß den Anträgen des Klägers auf 2000 Mark Schadenersatz und monatliche Rentenzahlung von 60,50 Mark für die Folgen des Unfalles dem Grunde nach verurteilt. Diese Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln hatte der Beklagte nur noch allein mit der Einwendung beim Reichsgericht angefochten, daß der Kläger als angestellter Arbeiter seines Gewerbebetriebes

verhaftet werden. — C. S. 100. Uns nicht bekannt. — H. N. 75. Der Kronleuchter ist in Bremen kein allgemeines gesetzliches Feiertag. — S. 1. Seilstraße. 1. Georgenstraße. 2. Lohn und Entschädigung für Kost ist zu zahlen. Geordnete Antwort im Briefkasten zu geben, ist unmöglich. — S. 9. 1. Rein. 2. Wenn der Vertrag weder gerichtlich noch notariell geschlossen ist, so hat er, da es sich um einen Grundstückskauf handelt, keine Gültigkeit. — S. D. 86. Nach dem Gesetz sind Sie zur Zahlung verpflichtet. — R. D. 70. Der Witte braucht sich nicht damit einverstanden zu erklären, daß der Vertrag auf einen anderen übergeht. — H. N. 50. Ein Witte, welcher minderjährige Kinder hat, ist zur Auseinandersetzung vor der Wiederübertragung verpflichtet. Eine Auseinandersetzung mit den volljährigen Kindern oder gar eine Einmündung derselben ist für die zweite Heirat nicht vorgeschrieben. — S. S. 2. Rein. Es muß aber die Annahme des Gewerbes erfolgen. — F. Hb. Taubedrei. Eine Klage hätte schwerlich Aussicht auf Erfolg. — C. N. 100. Rein.

— H. N. 60. Wenden Sie sich an den Magistrat, Kalkhaus, Stiftungsdeputation. — W. N. 100. Zur Rücknahme ist der Verkäufer nicht verpflichtet, durch Nichtweilerauszahlung machen Sie sich nicht kaufbar, wohl kann aber auf Zahlung geklagt werden. — H. S. 72. 1. Nur wenn die Frau zur Pflegerin des Mannes bestellt ist, und auch dann könnte auf die Rechte Verzicht geleistet werden. 2. Um als Pflegerin bestellt zu werden, müßte die Frau sich an das Amtsgericht wenden. — S. W. 11. Wenden Sie sich direkt an die Baubehörde. — S. S. Die Forderungen des Geldes, nicht aber das Kapital dürfen Sie verwenden. — S. 98. Sie können die Strafenkasse zunächst bei der Gewerbe-Deputation verlangen. Den Beweis, daß die Krankheit lowest zurücktritt, würden Sie zu führen haben. Würde die Gewerbe-Deputation Ihren Antrag ablehnen, so können Sie gegen den Bescheid beim Amtsgericht Berufung einlegen. Die Klage lehnt hat aber leider wegen der Schwierigkeit des Nachweises sehr wenig Aussicht auf Erfolg. — Dunter 68. Sie müßten klagen. Der Ausfall der Klage ist ein

zweifelhafter, weil der Ihnen obliegende Beweis ein schwerer ist. — S. 23. Segen Sie sich mit der Buchhandlung direkt in Verbindung. — H. N. In Gumbinnen. — S. S. 50. Was Sie für das erhaltene Geld zu leisten haben, hängt von der ausdrücklichen Abmachung, die zwischen beiden getroffen ist, ab. Haben Sie den gesamten Unterhalt übernommen, so müßten Sie das von Ihnen Angefallene für den Betrag leisten. — S. S. Rixdorf. Dem Witte steht nach dem Gesetz ein Retentionsrecht an allen eingebrachten Sachen zu. Die unpfändbaren Sachen unterliegen dem Retentionsrecht nicht. Sind Sie im Streit darüber, welche Sachen unpfändbar sind, so müßten Sie den Streit durch eine Klage erledigen, in der Sie beantragen, den Witte zu verurteilen, Ihnen die Abnahme der näher zu bezeichnenden Sachen zu gestatten. — H. N. Ein Volljähriger kann selbständig klagen. Für den Rücktritt hat in der Regel der gesetzliche Vertreter zu klagen. Ob in Ihrem Falle ein selbständiges Klagerett vorliegt, ist mir zu entscheiden, wenn Sie den Sachverhalt vortragen.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Wittmoß, den 12. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Die Regimentskapelle. — Gen. Brautwerber.
Kgl. Schauspielhaus. Die Rabenherm.
Neues kgl. Opernhaus. Die Hedermaus.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Perrichons Reise.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Die Schmuggler.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Drei Paar Schuhe.
Deutsches. Der Kongleur.
Kleines. Frank Wedekind.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Neues. Die Gondottieri.
Weden. Die lustige Witwe.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schauspielhaus. Die Welt ohne Männer.
Thalia. Charles Lantz.
Luisen. Das Rätsel seiner Ehe.
Veruhard Rose. Der große Unbekannte.
Nachm. 4 1/2 Uhr: Die rote Rose.
Großes Reineckchen. Die Jäger.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Wintergarten. La Tortajada.
Apollon. Der lustige Wittwe. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Restaurant. — Paris.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Steintiner Säng.
Urania. Taubendrei 18/19.
Abends 8 Uhr: Die Welt der Hochgebirge und die Götter unserer Heimat.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/58.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Condottieri.
Donnerstag und Freitag:
Die Condottieri.
Sommerabend letzte Vorstellung vor den Ferien: **Die Condottieri.**
Sommerferien vom 16. Juni bis 15. August 1907.

Kleines Theater.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Gastspiel Frank Wedekind.
Morgen und folgende Tage:
Gastspiel Frank Wedekind.
Theater des Westens.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwan in 3 Akten v. H. Hennequin und B. Weber.

Lustspielhaus.

8 Uhr: Wiener Entenb. Gastspiel:
Die Welt ohne Männer.
Vorb. Götter als Götter.

Apollon Theater.

Abends 9 1/2 Uhr:
Ganz Berlin amüßert sich über
Hartstein
und seine Gurleste:
Der lustige Wittwe.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.
Vorb. 8 Uhr: Glänzende Spezialitäten.

Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr:
Die kleine Rakete
mit
Paulette van Roy.
14 großartige Spezialitäten.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

DOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Das Rätsel seiner Ehe
und folgende Tage.
Sonntag, den 16. Juni, nachm. 8 Uhr:
Gespenster.

WINTERGARTEN

La Tortajada.

Neues Programm.

DERNHARD ROSE THEATER

Str. Frankfurtstr. 132.
Wittmoß, den 12. Juni:
Anfang 4 1/2 Uhr.
Im Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorst.
Paul Corradini.
Sperisch 50 Pf., Entree 30 Pf.
Abends 8 1/2 Uhr im Theater:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Walhalla-Variete-Garten

Weinbergsweg 14/15, Potsdam, Tor.
Spezialitäten-Vorstellung.
Promenaden-Konzert.
Kof. 1. Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigen Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Kleine Sommerpreise.

Belle-Alliance-Garten

Herzlicher Sommergarten Berlins.
Weltberühmte Illumination.
Vollständig neue Anlagen.
Täglich:
Elite-Variete-Vorstellung
Anf. wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Koh. Dill. Sonnenstr. 10.
Berlin bei Nacht.
Lebensbild mit Gesang in 2 Bildern.
Dazu das neue Spezialitäten-Programm.
Anf. 7 Uhr. Kaffeeische n. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
In Vorbereitung: Berlin, wie es baut und frucht.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Flotte Weiber
Spezialitäten 1. Rang.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säng.
Anfang wochentags 8 1/2 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant.
Militär-Konzert.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Perrichons Reise.
Schwan in 4 Akten v. Eugene Labiche und Edouard Martin.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnhelm.
Freitag, abends 8 Uhr:
Letzte Schauspielvorst. v. d. Ferien:
Perrichons Reise.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Sommerpreise.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze. Rauchen überall gestattet.

Deutsche Armee-, Marine- u. Kolonial-Ausstellung

DAMUKA
Am Wannseebahnhof Friedenau
Heute Eintritt 50 Pf.
Geöffnet:
Ausstellungshallen bis 8 Uhr.
Vergnügungspark bis 12 Uhr.
Täglich: Große Konzerte.
Ausstellungsgeld 1 M. berechnigt zum Eintritt.

Sanssouci, Kaffeehaus

Str. 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Säng.
u. Tanzkränzen.
Stets neues aktuelles Programm.
Sonnt. Des. 5. modern. 8 U.
Für nächste Saison sind famil. Sonnab. bereits besetzt. Noch einige Wittmoß-Abende sind frei.

Landes-Ausstellungspark.

Neu erbaut: Festsäle, Café und Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an. 32/13*
Doppelkonzert. Illuminationsabende großen Stils.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Zugverbindung n. allen Stadtteile.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Im herrlichen Garten oder großen Saal:
Die größte Sensation der Gegenwart:
3 Röhre Todesfahrt im drehbaren Globus.
S. ans Röhre, der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schleife, nur 3 Meter Durchmesser, verfallt durchfährt. — Blackw. phänomenale Kunststabsfahrer-Truppe. — Alfred Mourdin, der unerschütterliche Ausbrecherhölz.
Tanz das neue und beste Programm Berlins.
Anf. 8 Uhr. Kaffeeische. Volksbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg.
Jennyreiter Nr. 8.
Heute Mittwoch:
Große Soiree
der
Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.
Jeden Sonntag: Künstler-Konzert und Spezialitäten.

Ben Schira

Cigaretten sind die besten.
Marko A. 2 Pfg. — Ultra 3 Pfg.
Käuflich in allen Cigarettenhändlern.

Polologlow - Zigaretten

Das Stück 3 bis 10 Pfennige
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt: Bornh. Ross.
10 Attraktionen ersten Ranges 10.
Der Geisterput im Gefängnis.
Pantomime der Makaschlytruppe.
Im Flug durch die Welt.
Ausstattungs-Vollständ in 6 Bildern.
Stoffenöffnung 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Im Saal: **Großer Ball.**
Billetverkauf von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

Volksgarten-Theater.

Bad-Bohmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Das Bild der Mutter
oder Berliner Zimmerleute.
Vollständ mit Gesang in 3 Akten.
Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volksbelustigungen. X **Großer Ball.**

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W.,
Goltzstraße 9.
Ob Regen, ob Sonnenschein
Das neue
großartige
Juni-Programm.
U. Hanny Saprice, jugendl. Berwand.
a. Greta Reame, Soubrrette.
Willy Schönborg, Humorist.
?? Grefenberger, Jongleur ??
und die anderen Spezialitäten.
Zum Schluss die urkomische Posse:
Die Kohlen in der Veräde oder:
Ein verunglücktes Stellheben.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdorslarerstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Nur noch bis Ende Juni geöffnet!

Volksmuseum
Friedrichstr. 112.
Nähe Kranienburger Tor.
Anatomie! Pathologie!
Samariterlehre! Mechanische Kolossalgruppen! Völkergalerie
Täglich wechselnde Lichtbilder-
vorträge über Visikarte des
Verbrechens! Vorausbestim-
mung des Geschlechts! Herma-
phroditismus Volks-Krank-
heiten etc.
Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf.,
Kinder 10 Pf. 10415*

Steyppdecken

billigt direkt in der
Fabrik
72, Wallstr. 72.
mo auch alte Steyppdecken ausgearbeitet
werden. Bernhard Steyppmandel,
Berlin S 14. Muster, Katalog gratis.

Teilzahlung

monatlich 10 M. Heitere Harmon-Gar-
doroba nach Rah (billigste Beile).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110,
2. Etage.
Nähe BelleAllianceplatz.
Kasse 10%, billiger.

Protokolle

der
Internationalen Arbeiter-Kongresse.

- Paris. 1889. Mit einem Vorwort von B. Diebiner. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der Arbeitstaxe; Pörsler. R. — 25
- Zürich. 1893. Stellung der Partei im Kriegesfall; Agrarfrage; Generalstreik. R. — 50
- London. 1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entfaltung. R. — 20
- Paris. 1900. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht; die Erhebung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. R. — 20

Zu beziehen durch alle Parteipeditionen, Parteibuchhandlungen und von allen Kolporturen, sowie durch die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden. 234/12

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 19. Telefon: Amt IV, Nr. 10 623.

Achtung! Tischmacher. Achtung!

Donnerstag, den 13. Juni, abds. 8^{1/2} Uhr, in Boekers Festsaal, Weberstr. 17 (kleiner Saal):

Vertrauensmänner-Versammlung der Tischbranche Berlins und Vororte.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Aufgaben nach der Aufsperrung.
2. Berufstangelegenheiten und Beschließenes.

Der Branchenleiter.

Branche der Stellmacher.

Donnerstag, den 13. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Jede Werkstatt muß vertreten sein; gleichfalls ist das Erscheinen der Kommissionsmitglieder notwendig.

Die Kommission.

Küchenmöbel-Branche.

Donnerstag, den 13. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung für die in der Branche beschäftigten Tischler, Maler und Maschinenarbeiter Berlins und Umgegend.

Kein Kollege darf fehlen.

Die Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Donnerstag, 13. Juni, abends 8^{1/2} Uhr:

Versammlung der Chirurgischen Branche im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstag. Referent: Kollege **Menz**. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschließenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, 13. Juni, abends 8^{1/2} Uhr:

Allgemeine Versammlung aller in der Schraubenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in „Graumanns Festsaal“, Hauptstr. 27.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstag in München. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Beschließenes. Zahlreicher Besuch erwartet 120/1 Die Ortsverwaltung.

Dampfschiffs-Reederei

Robert Tismer

Ahrt - Station: Berlin, Schillingsbrücke.

Telephon: Ober-Schöneweide No. 14.

Täglich (außer Sonnabends) nach Restaurant „Kythhäuser“.

Von ca. 2 Uhr nachmittags ab 1/2 stündlich, a Person 20 Pf.

Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Großes Militär-Konzert.

Im großen Saale: **BALL.**

Billigste Dampfer-Sonderfahrten mit Musik

| | | Vm. ca. Uhr | Nm. ca. Uhr | Pro Person hin und zurück Pfenig | |
|------------|-----------------------------|-------------|-------------|----------------------------------|---------------|
| Montag | Nach Woltersdorfer Schleuse | 9 | 2 | 50 | |
| | „ Kalkberge-Rüdersdorf | 10 | — | 30 | Rück-fahrt |
| Dienstag | „ Wernsdorfer Schleuse | — | 2 | 50 | |
| | Nach Woltersdorfer Schleuse | 9 | 2 | 50 | |
| Mittwoch | „ Neue Mühle | — | 2 | 50 | |
| | Nach Woltersdorfer Schleuse | 9 | 2 | 50 | |
| Donnerstag | „ Kalkberge-Rüdersdorf | 10 | — | 30 | Rück-fahrt |
| | „ Wernsdorfer Schleuse | — | 2 | 50 | |
| Freitag | Nach Woltersdorfer Schleuse | 9 | 2 | 50 | |
| | „ Wernsdorfer Schleuse | — | 2 | 50 | |
| Sonntag | Nach Kalkberge-Rüdersdorf | 10 | — | 30 | Rück-fahrt |
| | Nach Woltersdorfer Schleuse | 8 | — | 50 | Einfache Tour |

Vereinen, Gesellschaften, Schulen usw. empfehle Dampfer zu Ausflügen unter äußerst günstigen Bedingungen.

Restaurant „**Hungriger Wolf**“ Strausberg II.

Gerrlich an Wald und Wasser gelegen. — Tanzsaal, Regeltanz, Kaffeeliche.

Es laden die geachteten Ausflügler, Vereine und Radfahrer ergebenst ein Paul Carow.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer! Achtung!

Donnerstag, den 13. Juni, nachm. 5 Uhr, in Freyers Festsaal, Koppenstr. 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Situation in unserer Bewegung. 2. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Die örtliche Verwaltung. N. H.: E. Schulze.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. — Sektion der Fahrstuhlarbeiter.

Donnerstag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, bei **Soeker**, Weberstr. 17:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

„Unsere Lohnbewegung“.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Fahrstuhlarbeiter dringend notwendig.

Der Zweigvereinsvorstand.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Welfenstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Donnerstag, den 13. Juni 1907, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Beitragserhöhung. 2. Wahl eines Hauskassiers (Ersatzwahl). 3. Vereinsangelegenheiten.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.

Die statutenmäßige

General-Versammlung der Orts-Krankenkasse Reinickendorf

findet am Donnerstag, den 27. Juni 1907, abends 8 Uhr, im kirchlichen Restaurant, Reinickendorf, Marktstr. 2-3, statt.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes aus der Mitte der Arbeitnehmer. 3. Antrag betr. die Erhöhung der Gehälter der Kassendirektoren. 4. Verschiedenes. In der Generalversammlung sind nur die gehörigen bzw. ernannten Vertreter stimmberechtigt und werden mit dem Ersuchen um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen hierdurch eingeladen. Die Kassendirektoren haben zu ihrer Legitimation die Kassensbücher, so wie die besonders ergehenden Einladungen vorzulegen. Mitglieder, die nicht zur Kassendirektion gehören, kann der Zutritt nicht gestattet werden.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse. Schemmel, Vorsitzender.

Achtung, Vereine!

Für Sommer- und Kinderfeste empfehlen Stocklaternen, Fackeln, Schärpen, Kopfbedeckungen, Illuminat.-Laternen, Dekorations-Girlanden, Verlosungs-Artikel. Harken, Sensen, Keglerpreise, Jux- und Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen, Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.

Pohl & Weber Nachf., Berlin C.
Am Spittelmarkt 4/5, I Alexanderstr. 51/52
Inh.: Otto Oeser. Inh.: Ernst Herbst.
Kataloge gratis und franko. Versand nach außerhalb.

4301L*

Phänomenen-

Nach  **Zigaretten** mit Kopf hergestellt.

Egyptischer Ari hergestellt.

3, 4 u. 5 Pf. das Stück.

Zigarettenfabrik „NAMKORI“.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und die Kränzchen bei der Beerdigung unseres lieben Vaters **Karl Kretow** sagen wir allen Freunden, Bekannten und Kollegen, insbesondere auch den Damen der Firma D. S. Israel unseren herzlichsten Dank. 11958 Die trauernden Hinterbliebenen.

Zurückgekehrt. Dr. Chajes, Schönberg, Martin Lutherstraße 54.

Bekanntmachung.

Fünfte Abänderung zum Statut der Ortskrankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Artikel I. § 10. Absatz 4. Hinter den Worten: „Dabei ist an Stelle des Eintritts in die Beschäftigung der Zeitpunkt des Eintritts dieser Veränderung anzugeben“ wird hinzugefügt: „Die Umwidmung nach § 12 Absatz 4 muß innerhalb 7 Tagen erfolgen, nachdem die Veränderung des Tagelohnes eingetreten ist.“

§ 12. Absatz 4. Die Worte: „jedoch nur von Vierteljahr zu Vierteljahr“ werden gestrichen, so daß der Absatz 4 dieses Paragraphen lautet: „Verfügungen in eine höhere oder niedrigere Klasse finden bei verändertem Tagelohn statt.“

Artikel II. Diese Abänderung tritt mit dem Tage der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 23. November 1906.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.

G. Blant. R. Adler.

Genehmigt durch Beschluß vom 9. April 1907.

Der Bezirksausschuß zu Berlin. Abteilung II.

(L. S.) Siber.

Diejenigen Kassensmitglieder, welche der Klasse auf Grund des § 2 angehören, erhalten diese Abänderung durch ihren Arbeitgeber, die Mitglieder, welche gemäß § 5 Nummer 1 oder § 9 freiwillig der Klasse angehören, wollen diese Abänderung im Kassenslokal in Empfang nehmen.

Berlin, den 12. Juni 1907.

Der Vorstand.

Englischen Unterricht, einzeln und im Paket, erteilt 86372* Gertrud Swlenty, Schönberg, Sedanstraße 57, III.

Unserem Parteigenossen **H. Brodreck**, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 25, die besten Glückwünsche zum 25jährigen Jubiläum. 11958 Die Genossen vom 4A Bezirk.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, das anvertraute

Johanna im Alter von 7 Jahren am 9. d. M. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 5 Uhr vom Rixdorf-Krankenhaus aus nach dem neuen Rixdorf-Kirchhof, Rixdorf, statt.

Paul Krause u. Frau, Nord-Ufer 11.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, das meine liebe Frau und gute Mutter

Anna Müller geb. Köhler am 9. Juni verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 12. Juni cr., nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Um stilles Beileid bitte **Wilh. Müller** nebst Kindern, Baldenstraße 12.

Zentralverband der Dachdecker.

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, das der Kollege

Otto Posner am 10. Juni plötzlich an Gehirnschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Weissenhof, Köpenicker Weg, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 54/17 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, das mein lieber Mann, unser guter Vater

Richard Weiß am 9. d. Mts. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Rixdorf-Kirchhofes am Rixdorf-Kirchhof aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen **Witwe Meta Weiß** nebst Kindern.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Mitglied, der Bote

R. Weiß (17. Bezirk) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des neuen Rixdorf-Kirchhofes (Rixdorf-Kirchhof) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 235/2 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Nach langen Leiden verstarb am 9. d. M. unser treuer Mitarbeiter, der Zeitungsbote

Richard Weiß

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! 51832

Parteispedition Rixdorf.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für Tegel und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser langjähriges Mitglied

Genosse **Georg Klinkmüller** am Sonntag früh 4 Uhr verstorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 6 Uhr von der Leichenhalle in Tegel statt.

Zahlreicher Besuch erwartet 222/5 Der Vorstand.

Gesangverein „Immergrün“, Tegel

(M. d. U.-S.-B.)

Am Sonntag, den 9. d. M., verstarb unser Sangesbruder, der Kellner

Georg Klinkmüller.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes Tegel aus statt. 12068

Liste der boykottfreien Bäckereien

erscheint von jetzt ab nur noch jeden Sonntag. Alle übrigen Tage veröffentlichen wir nur Zu- und Abgänge.

Table with multiple columns listing bakeries and their addresses across various districts like Charlottenburg, Prenzlauer Berg, and others.

Ober-Schöneweide.

Edisonstr. 9, Peter.
49, Kndt.
Friedrichstr. 2, Peter.
Dohnstr. 7, Emma.
Rathenaust. 31, Peter.
Ladberstr. 2, Peter.
85, Seidelmann.

Pantow.

Brekmestr. 52, F. Gante.
Vingstr. 8, Denden.
Morast. 41, Schneider.
Mühlenstr. 32, Müller.
Wollantstr. 68, F. Gante.

Pichelsdorf.

Scharfe Dants 2, Krammer.

Pishensee.

Charlottenstr. 12, Thiele.

Reinickendorf.

Berlinerstr. 5, Schmidt.
104, Ras.
134, Gottschall.
Birkenstr. 59, Gronau.
Grüner Weg 51/52, Max Rodrom.
Narkstr. 12/13, Bollmer.
Provoststr. 51, Langert.
80, Schwarz.
129, Schneider.
Reibenzstr. 61, Witte.
105, Klech.
118, Brose.

Rixdorf.

Messstr. 3, Perle.
46, Reddt.
Bergstr. 12, Gante.
64, Egench.

Berlinerstr. 16/17, Schöllgill.

20, Voigtländer.
86, D. Gante.

Bodestr. 19, Beher.

31, Topf.

Elbestr. 1/2, D. Gante.

6, Kirchbier.

15/16, Kunzsch.

Emmerstr. 78, Röhm.

Erlangerstr. 8, Belglöder.

Falkstr. 1, Bäckerei-Genossenschaft "Berlin".

Falkstr. 25/26, Perle.

Friedrichstr. 3, Rarnaul.

Glasowstr. 32, Kunz.

Geibelbergstr. 76, D. Gante.

Herbststraße, Hilmner.

Hermannstr. 19, Bäckerei-Genossenschaft "Rixdorf".

Hermannstr. 23, Vertens.

Hermannstr. 150a, Dagen.

54, Hildebrand.

118, Barisch.

170, Thaler.

175, Kocjanca.

231, Karl.

Herrlichstr. 26, Brat.

34, D. Gante.

7, Bäckerei-Genossenschaft "Rixdorf".

Herrlichstr. 19, Schma.

Hobrechtstr. 71, Proda.

Hofgärtnerplatz 6, D. Gante.

11, Balzer.

Junkerstr. 20, Krause.

Karlstr. 7, Redt.

11, Bäckerei-Gen. "Berlin".

Köpenickerstr. 63, Jentsch.

Kranichstr. 7, Erien.

Neue Jandstr. 33, Puls.

Karlsgrabenstr. 19, Donnoch.

Kaiser Friedrichstr. 25, Barisch.

34, Schmidt.

245, D. Gante.

Knechtstr. 33, Galt.

38, Wolf.

41, Belgier.

68, Richter.

146, Dohowoll.

Kopstr. 88, Bäckerei-Genossenschaft "Rixdorf".

Kopstr. 48, Hoppe.

Kottbuser Damm 103, D. Gante.

Köpenickerstr. 117, Müller.

Köpenickerstr. 84, Perle.

Krahlowerstr. 6, Barisch.

Krahlowerstr. 15/16, Franert.

56, Döbler.

Mänchenerstr. 18, Böller.

25/26, Bäckerei-Genossenschaft "Rixdorf".

Mänchenerstr. 44, Weigel.

Rantenerstr. 33, Schul.

Riemerstr. 10, Bach.

Roggenstr. 32, Gesebat.

Sammierstr. 4, Riemer.

13, Freischütz.

20, Nummer.

27, Mascher.

34, Spura.

57, D. Gante.

Müllerstr. 70/71, Lufsenier.

Pring Handwerkerstr. 63, Barisch.

70, Schmidt.

Reuterstr. 33, Spielthaler.

76, Pöbel.

94, Lehmann.

Richterstr. 23, Threntraut.

68, Käßke.

Schadowstr. 9, Bäckerei-Genossenschaft "Rixdorf".

Schadowstr. 23/24, Grünhagen.

Stegfriedstr. 48, Winkel.

Steinmehstr. 34, D. Gante.

39, Senfleben.

46, Perle.

Steinmehstr. 121, Lohglt.

129, Bäckerei-Genossenschaft "Berlin".

Thomasstr. 37, Rehrig.

Thüringerstr. 7, Barisch.

18, Klein.

Barischstr. 9, Giesler.

15, Banenth.

Waldstr. 13, Dagemann.

31, Schwarz.

55, Freischütz.

60, Gassenberu.

Wellestr. 2, Bäckerei-Genossenschaft "Rixdorf".

Wellestr. 24, Bäckerei-Genossenschaft "Berlin".

Wellestr. 28, Winde.

73/74, Wolf.

Weserstr. 47, Kies.

166, Giech.

Wielandstr. 27, Reich.

Wilmannstr. 7, Troffer.

26, Richter.

Zietenstr. 20, Bäckerei-Genossenschaft "Rixdorf".

Zietenstr. 41, Beher.

Stadto.

Röpenickerstr. 84, Weigt.

Schöneberg.

Barbarossastr. 67, Weigel.

Belzigerstr. 61, Kernhan.

Eberstr. 43, Helm.

Eisenacherstr. 63, Kähler.

Erdmannstr. 5, Kullisch.

Frankenstr. 2, G. Gante.

Gustav Müllerstr. 55, Schmidt.

48, Bad.

Ryhsäckerstr. 2, Paul.

Mollenbust. 40, Gante.

Sedanstr. 15, Steud.

Teichow.

E. Schulze.

Spandau.

Köpenickerstr. 6, Bahl.

Steglitz.

Virkusstr. 84, Wisemann.

Stolpe.

Gutshon.

Tegel.

Brinowstr. 41, Kothert.

Spelstr. 39, Maher.

Schleperstr. 59, Schwanz.

67, König.

Schlostr. 27, Peterjohn.

Schulstr. 1, Einmij.

Treptow.

Beermannstr. 6, Pled.

Wesstr. 38, Geste.

Riesholstr. 33/34, Bester.

Stralau.

III-Stralau 49, Hartung.

Weihensee.

Berlinerstr. 57, Davenburg.

Charlottenburgerstr. 76, Hoffmann.

78, R. Bitt.

79, Schwinkel.

88, Emil Engel.

Kollendergerstr. 140, Frösch.

Friedrichstr. 164, Arien.

Friedrichstr. 1, Roth.

Friedrichstr. 23, Thiele.

Generallstr. 12, Müller.

Göblerstr. 60, Emil Engel.

Heinersdorferweg 24, Robert Engel.

45, Hoffmann.

48, Hektor.

56, Bah.

König-Chaussee 72, Hoffmann.

Langhansstr. 75, Rauber.

Leberstr. 1, Hoffmann.

119, Kint.

Lothringenstr. 35, Hoffmann.

Historische 8, Mallau.

Rödelstr. 127, Hoffmann.

Wilhelmstr. 33, Drems.

59, Schwarz.

Waldersdorf.

D. Sparr.

Wilhelmsruh.

Ebelwehstr. 11, Lude.

Wilmerdorf.

Brandenburgische 9/10, Lohrer.

Sigmaringenstr. 8, Frost.

Wittenau.

Lehrstr. 74, D. Richter.

Zehlendorf.

Berlinerstr. 6a, Gasner.

Der **Wroffabrikant Heinrich Wittler**, Müllerstr. 33/34, hat die Unterschrift der Bewilligung, die sein Bruder gegeben hatte, zurückgezogen, dann hat er ebenfalls versucht einzelne ältere Kollegen als Streikbrecher zu kaufen, um alle übrigen, teils lange Jahre bei ihm tätige Familienväter auf Straßenspaster zu werfen, was natürlich ebenfalls misslang. Die hierauf angebahnten friedlichen Verhandlungen, an denen außer den Arbeitern noch Werner vom Transportarbeiter-Verband und Heischold vom Bäcker-Verband teilnahmen, scheiterten, weil der reichgewordene Wittler kurz und schroff den Arbeitern mit folgenden Worten die Türe wies: „Wem nicht passt, der geht und mit den Verbänden überhaupt will ich in Zukunft nichts mehr zu tun haben!“ Wittler ist mit Obermeister Schmidt und Liebing-Reinickendorf in der Leitung der Großbetriebsvereinigung, daher die Scharfmacherstellung. — Die Verbandsmitglieder haben darauf einmütig die Arbeit niedergelegt.

Die **Blottnersche Großbäckerei** hat ihre Bewilligung in der hinterhältigsten Weise durchbrochen, sogar die Arbeiter noch verhöhnt. Die Verbandsmitglieder, denen die Firma sogar einen **Tudalohn von 20 Mark** für Streikbruch anzubieten wagte, haben hierauf einmütig die Arbeit niedergelegt, worauf Herr **Blottner** versuchte, Arbeitswillige durch die Innungen und seinen Freund, den bekannten Kommissionär **Knuth**, Kranichstr. 33, der den Gesellen 3—10 Mark und mehr für jede elende Arbeit abnimmt, einzustellen.

Durch den **Hefe-Terrorismus** der Bäcker-Innungen waren, nur um am Sonnabendabend Hefe zu erlangen, 25 Bäckmeister gezwungen worden, im Innungshaus, **Chausseest. 110**, die **Zurückziehung der Bewilligung** der Gesellenforderungen zu unterschreiben. Der größte Teil davon hat aber sofort in derselben Nacht oder am anderen Tage der Streikleitung erklärt, daß die Unterschrift bei der Innung nur eine unter den Umständen erzwungene und daher ungültige sei. Nach Recherche durch die Streikleitung haben folgende **Bäckerei-Inhaber** erklärt, daß sie die

Bewilligung zurückziehen:

- Ernst Barth**, Drontheimerstr. 18.
- Otto Mörbe**, Rostigstr. 49.
- Schön**, Mühlenstr. 51.
- F. Dähne**, Stralauer Allee 23.
- H. Sder**, Anklamstr. 57.
- J. Gößwein**, Allensteinerstr. 9.
- Ferd. Suslat**, Rixdorf, Falkstr. 21.
- F. Lorenz**, Rixdorf, Steinmehstr. 131.

Wir bitten das verehrliche Publikum, diese Namen in dem am Sonntag erscheinenden Flugblatt zu streichen. **Achtung, Kirchhofbesucher von Nordend!** Den Kirchhofbesuchern von Nordend teilen wir mit, daß die Bäckerei und Café von **Admus, Nordend**, gesperrt ist. Admus weigert sich hartnäckig, die Forderungen des Verbandes zu bewilligen. Ferner bitten wir zu beachten, daß die Inhaber der **Cafés Holland, Beuthstr. 19; Schild, Blumenstraße; Ritter, Roststr. 2**, Brot und Backwaren aus unbewilligten Bäckereien beziehen. **Weier**, Dresdenerstr. 128, bezieht schon seit 2. Juni aus bewilligten Bäckereien und bitten dies zu berücksichtigen. Dem Milchhändler **Münchhagen, Pappel-Allee 58**, ist das Plakat von uns entzogen. Die Milchgeschäfte von **Förster, Zwinglstr. 14**, und **Gantschel, Dichtenberg, Gürtelstraße 7**, haben Plakate, beziehen aber aus unbewilligten Bäckereien; unserer Kontrollleuten wurde die Tür gewiesen, als sie die Plakate abholen wollten. Die Bäckmeister suchen in vielen Fällen das laufende Publikum über unsere Forderungen zu täuschen. So hat im Norden ein Meister wehmütig zu einer Arbeiterfrau erklärt, wir wollten, daß vom Sonnabend zu Sonntag nicht gearbeitet würde, also der Betrieb ruhen müsse. Das ist Schwindel. Richtig ist, daß wir den Ruhetag nicht an einem bestimmten Tage fordern, sondern abwechselnd für die Gesellen an beliebigen Tagen, wie es der Betrieb verträgt.

Mitbürger! Arbeiter! Hausfrauen!

Unterstützt die um **Erkämpfung ihrer Menschenrechte** streifenden Bäckergesellen.

Die verehrliche Bevölkerung von Berlin und Umgegend fordern wir hierdurch auf, falls sie aus bewilligten Bäckereien Ware haben wollen, in denjenigen Stadtvierteln oder Straßenzügen, wo **keine bewilligt habende Bäckereien vorhanden** sind, an untenstehende

Kundensammelstellen

ihre Adresse gelangen zu lassen und zugleich mitzuteilen, wie viel Backware und Brot sie täglich brauchen und um welche Zeit die Ware geliefert werden soll.

Die Streikleitung wird dafür sorgen, daß den sich Melbenden auf dem schnellsten Wege die Ware ins Haus geliefert wird. Auf Wunsch der dortigen Bevölkerung haben wir vorläufig folgende Kundensammelstellen eingerichtet:

- C.**
Goehnow, Parochialstr. 36.
Arnold, Spittelmarkt 3.
G. Wallberg, Kaiser Wilhelmstr. 13a.
- W.**
R. Roth, Kirchbachstr. 16.
Schmidt, Schwerinstr. 12, Hof IV.
F. Behmann, Großgrößenstr. 27.
- SW.**
Günfel, Alte Jakobstr. 172, Hof I. L.
C. Mehnert, Feisnerstr. 15.
Hermann Michaelis, Runkwitzstr. 5, Hof III.
Leue, Wilhelmstr. 3, Quergebäude 4 Treppen, bei Hohmann.
Krummel, Jammersstr. 75 und Markthalle III (Stand 187).
R. Werner, Eysenstraße 2.
C. Müller, Rostigstr. 56, IV.
- NW.**
Gaedle, Calvinstr. 6, linker Seitenflügel 1 Tr.
Petermann, Birkenstr. 28, Ecke Stephanstraße.
Eduard Nothe, Flensburgerstr. 24.
- S.**
H. Bieph, Camphansenstr. 5.
- NO.**
Walter Kleber, Bippchenerstr. 24.
- O.**
C. Wolff, Kirchbachstr. 39, part.
Hermann Varentin, Tilsiterstr. 81.
- N.**
Segel, Ackerstr. 21, part.
Otto Schellenberg, Weihenburgerstr. 57
(erbetet sich, den Kunden kostlos reiches Brot in N., O. und C. ins Haus zu bringen).
P. Schweimer, Gainsstraße, Ecke Soefstraße.
- Knapp, Ober-Schöneweide, Edisonstr. 44.**
Emil Witte, Pantow, Florastr. 43.
Gronau, Reinickendorf-West, Waldstr. 65.
H. Schmidt, Berlinerstr. 5.
Otto Wedermann, Steglitz, Fichtestr. 71, v. I.
Winkelmann, Steglitz, Schloßstr. 104, Hof II.
Gülzow, Steglitz, Niederlage, Forsterstr. 23.
Heidschmidt, Steglitz, Niederlage, Marksteinstr. 1.
Klein, Steglitz, Niederlage, Herthastraße.
August Thiele, Weihensee, Straßburgstr. 27.
Wicklich, Wilmerdorf, Berlinerstr. 37.

Ferner die Verkaufsstellen des Berliner Consum-Vereins: **Michaelkirchplatz 4; Krautstr. 7; Zorndorferstr. 61; Liebigstr. 7; Ropernikusstr. 33; Rostockerstr. 35; Havelbergerstr. 6; Emdenerstr. 50; Erasmustr. 5; Rummelsburg, Türschmidtstr. 6; Dichtenberg, Friedeichsberg, Frankfurter Chaussee 108; Kronprinzenstr. 1; Stralauer Allee 30a.**

Bäckmeister, die gewillt sind, auch für weitere Touren Lieferungen zu übernehmen, bitten wir, ihre Adresse im Streikbureau niederzulegen. Falls bei der Lieferung im Anfang nicht alles nach Wunsch gehen sollte, bitten wir die verehrliche Bevölkerung um Nachsicht, aber bei der **Harthäckigkeit unserer Gegner um energische Ausdauer.**

Die Streikleitung.

Zentral-Streikbureau: Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18. — Telephonruf: Amt III Nr. 1248.

Bäckerlohnkampf!

Durch das unberechtigte Eingreifen der Polizei in den Lohnkampf der Bäckergehilfen sind die Plakate zum größten Teil aus den Schaufenstern verschwunden. Die Bäckerinnungen glauben, daß hierdurch der Sieg auf ihrer Seite wäre.

Die Arbeiterschaft ist in hochherzigster Weise in den letzten

Tagen eifriger noch für die Sache der unterdrückten Bäckergehilfen eingetreten, als bisher.

Um aber auch die Bäckermeister und Wiederverkäufer vor Polizeischikanen zu schützen, erklären wir vom heutigen Tage ab

die Plakate für ungültig.

An Stelle derselben tritt folgende rote Karte:

Meiner geehrten Kundschaft teile ich mit, daß ich nur

boykottfreies

Brot und Backware

verkaufe, die unter den vom Bäckerverband im Mai 1907 aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt sind.

Bestätigt:

(Verbandsstempel)

Unterschrift.

Diese Karte ist im Schaufenster an sichtbarer Stelle anzubringen.

Sie ist ein Hinweis auf Verkäufe, daher nach dem Preisgesetz völlig einwandfrei, obwohl dasselbe auch nach den letzten Gerichtsentscheidungen bei den Plakaten ebenso der Fall war.

Arbeiter! Freunde und Frauen des Volkes!

Der Boykott wirkt, dank der tatkräftigen Unterstützung weiter Volkskreise ganz gewaltig.

Bewilligthabende Bäckermeister, die bisher keinen Gehilfen beschäftigten, haben jetzt 4 und 5 Gehilfen.

Das gerade ist die Ursache der Bäckerinnungswut gegen die Plakate. Einzelboykottierungen haben besonders gute Erfolge gezeitigt.

Die Arbeiterschaft wird niemals in der Unterstützung unserer gerechten Sache erlahmen.

Hervorheben aber wollen wir, daß die „Vorwärts“-Liste der bewilligten Bäckermeister die zuverlässigste Quelle der boykottfreien Geschäfte ist.

Darum, hoch die Arbeitersolidarität!

Die Streikleitung.

Unser Bureau ist von jetzt ab:

Bäckerverbands-Bureau Auguststraße 36. T. N. III 1243.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit farbenreichen Mustern, niedrige Große Frankfurterstraße 9, partiers kein Laden. Wauerhoff. +1

Stehbetten billigst Fertig Große Frankfurterstraße 9, partiers +1

Cardinuhans Große Frankfurterstraße 9, partiers. Kein Laden. Wauerhoff. +1

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Behm, Gadeicher Markt 4, Bahnhofsstr. 255/2

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstr. 20, Stallpferdestr. 40. *

Stehbetten billigst Fertig Große Frankfurterstraße 9, 216738 *

Lauden-Baumaterialien, gebrauchte und neue, wie: Kaminholz, Bretter, Latzen, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl billigst. Lafendende 2 (am Hermannplatz). *

Geleichenkäufe: Paläste, Künste, Dolan, Koffer, Revolver, Leihung, Uhren, Goldschmuck, Kessel, spottbillig. Lude, Oranienstraße 131.

Reifenläser, Operngläser, Reizzeuge, Regulatoren, Pfeifschwinger, Harmonikas, Geigen, Gitarren, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lude, Oranienstraße 131. 11935 *

Herrenfahrrad, hochlegant 35,00, Mercedesstraße, Reichthorstraße 26.

Milchgeschäft zu verkaufen. Bleichenstraße 44, Rixdorf. +118 *

Handelshaus! Hermannplatz 133. Spottbilliger Bettenverkauf, Gländerverkauf, Nähmaschinen, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Teppichverkauf, Herrengarderobe, Ausbrennmaschine. *

Vitrauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Reparaturieren billig. Wilmersstraße 1-6, Wilmersstraße 67, Rixdorfstr. 111.

Monatsausgabe und Sommerausgabe von 5,00, Dolan von 1,50, Gedruckt von 12,00, Strich von 2,50, sowie für verschiedene Figuren. Neue Garderobe zu kleinsten billigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen kauft man am billigsten bei H. H. Müllerstraße 14. 12036 *

Sommerpaletts, Monatsausgabe, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 30 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hüttenzeller, nur Rosenfelderstraße 10, Fernsprecher Amt III 6117. 260/15 *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Rahmenstr. 36 b. 25133 *

Räumungsverkauf, Handwebhaus, Weidenweg neunzehn, extra-billig. 424 *

Abreißkalender, Metallbestellen, prachtvolle, Kleiderstrick, Taschenloose, Musikinstrumente, Chaiselongue, echte Bilder, gerahmt 105x130, wunderschöne Sprechmaschine, alles spottbillig, staunungserregende Beschäftigung Rixdorfstr. 112 II. 4336

Knabenwaschanzüge spottbillig abgegeben Kaiser Wilhelmstraße 21 II.

Herrenfahrrad verkauft Scherzer, Rottbuschstraße 17 IV. +108

Kinderswagen, gut erhalten, auf Gummi, Müller, Rixdorf, Weidenstraße 62. +118

Pianino, Garantiefirma, spottbillig, Reichthorstraße 28, Hausmarkt.

Aquarium zu verkaufen, Döring, Hagenstraße 67. +111

Krautstraße 50 Möbel, Spiegel, Porzellanwaren spottbillig, Bestellen mit Katalog 20,00. Kleiderstrick 26,00. Sootheds Möbelverkauf.

Milchgeschäft sofort billig veräußert, Charlottenburg, Anoldsdorferstraße 7. 12006

Partellotal, 50 Halbe Bapriß, 8 Weis, Riete 1800, Brauerstraße 1500, wegen zwei Geschäften zu verkaufen. Rixdorfstr. 11. +133

Partellotal zu verkaufen, Vereine, Versammlungen, Gaststätten, Rixdorfstr. 11, Restaurant.

Restoration, gutgehendes Geschäft, sofort veräußert. Rixdorfstr. 4, 9-1.

Verschiedenes.

Ehrenerkklärung. Die der Frau Wilmersstraße 5 zugewandte Ehrenerkklärung nehme ich hiermit zurück und erkläre die Frau Wilmersstraße für eine anständige Person. Rixdorfstr. 4, 9-1. +15

Ehrenerkklärung. Ich Entbinde, unterzeichnet erkläre hierdurch Frau Wilmersstraße 11, für eine ehrenhafte Frau und nehme die gegen diese gemachte Ehrenerkklärung zurück. Ebenso nehme ich auch die Herrn Wilmersstraße zugewandte Ehrenerkklärung zurück. August Lindow, Händlersplatz 9. 947

Die Beleidigung gegen Frau Richter und Tochter nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselben für ehrenhaft. R. Vortelmer, Frankfurter Chaussee 105. +130

Ehrenerkklärung. Die gegen Frau Dacke, Wollstraße 21, ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe als ehrliche Frau. Frau Kämmer, Grenzstraße 6. 12096

Verst. die Muttersprache beherrschend, erfolgreich, leicht fasslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gesällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Antiklopper von Frau Hofmann, Charlottenburg, Gorkestr. 84, I. +127 *

Vaterunwille Wessel, Wilmersstraße 94a. 927 *

Rixdorf, Durchkühlung „Zum Landmann“ (Edward Schmidt), jetzt Prinz Handwerkerstraße, Ecke Reisingerstraße. +116 *

Wandteich Markstraße 27. *

Wachanfall. Den Genossen empfehle meine Wache und Wächteranstalt. Wache wird sofort gemeldet, im Freien getrocknet. Abholung Sonnabends. Karl Koch, Köpenick, Oranienstraße 21. 25238 *

Wachanfall Anna Richter, Köpenick, Gartenstraße 18. Wache wird sauber ohne Chlor gemaschen, Freiengetrocknet, Latex, 4 Handtücher 10, Abholung Sonnabends. 25278 *

Vermietungen.

Wohnungen. Vorderwohnung / sofort oder Juli, 23,00. Hochstraße 48. 11865 *

Mietfrei einen Monat, herrliche Wohnungen, Soldinerstraße 32/34.

Zimmer. Möbliertes Zimmer für einen oder zwei Herren zu vermieten, Kolbenstraße 26, III. 11906 *

Schlafstellen. Anständiges Herrenlogis frei, Monat 7,00, Kasanienallee 109, Seitenflügel IV. +63

Schlafstelle, auch für älteren Herrn, Frau Lindner, Pennstraße 3. 260/16

Teilnehmer zur besser möblierten Schlafstelle gesucht bei Seydler, Wollstraße 78, Portal 2, IV. +108

Mietgesuche. Junger Mann sucht möbliertes Zimmer oder bessere Schlafstelle allein, Nähe Dresdener, Alte Jakobstraße, zum 15. Juni. Gefällige Offerten 25 M. J. an Postamt 14. 11946

Schlafstelle allein gesucht, Nähe Alexanderplatz. Näheres Wilmersstraße 27. +128

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Kinder Schuhmacher bittet um Arbeit. Köhle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Wälder, Wollstraße 27. 14688

Stellenangebote. Tüchtige Farbigmacher verlangt. Rauerstraße 21. +63

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Schiffbauerdamm 1 (Ecke Friedrichstraße).

Botenfrauen finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Schützenstraße 24/25. Louis Alexandrinstraße.

Stehbetten-Händlerin außer dem Hause, auch lernen. Boigt, Neue Promenade 3, vorn III. 11406 *

Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Spengler

für Arbeit in Fabrik werden gesucht. 203/3 *

L. Bachten & Gallay, Genf (Schweiz).

Für den Wahlkreis Hagen-Schwelm

wird sofort oder bis 1. Juli ein Parteisekretär

gesucht. (Gehalt 2000 M.) Bewerbungen bis spätestens zum 20. Juni an W. Vofmeyer, Hagen i/W., Buschstraße 24. 260/16 *

Arbeitsstube für Oberhemden nach Maß gesucht. 260/16

Baruch, Wäscheabrik, Neue Promenade 4.

Goldleistenarbeiter

gesucht. Tüchtiger Grundrieter, der selbständig arbeiten kann, und ein Versilberer werden gesucht. 43/13 *

Chr. Jeppesen, Studiestr. 32, Kopenhagen. Reisegeld wird vergütet.

Näherinnen

für leichte Arbeit auf W.W.-Maschinen gesucht, kann auch erlernt werden. Baruch, Wäscheabrik, Neue Promenade 4. 260/17

Lehrmädchen

mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung zum baldigen oder späteren Eintritt gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder 8-9 Uhr abends.

A. Jandorf & Co., Brunnenstr. 19/21.

Achtung! Einsetzer!

Der Bau Lohmann (Birma Silberbrandt, Posen) Weigand-Ofen, Rixdorf, ist für Einsetzer gesperrt! 87/20 *

Die Kommission.

Achtung! Töpfer!

Die Firma Kaufmann Wilhelm Meints, welche durch die Töpfermeister Karl Runge und Karl Gruschinski Bauten ausführen läßt, bleibt bis auf weiteres gesperrt. Anfragen richtet man an 200/1 Die Verbandsleitung.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum: Fritz Rintz, Wauerstr. 89. H. Gahnisch, Wollstr. 50.

Westen: G. Schmidt, Wollstr. 62.

Osten: W. Mann, Petersburgerplatz 4. H. Wengel, Rixdorfstr. 3. Gustav Vogel, Köpenickstr. 83.

Nordosten: E. Just, Reibstr. 42. J. Neul, Wilmersstr. 42.

Norden: G. Rasche, Rixdorfstr. 36. F. Trapp, Stettinerstr. 10. Karl Marx, Rixdorfstr. 123. Karl Weiche, Rixdorfstr. 49. E. Teichand, Rixdorfstr. 24. H. Vogel, Rixdorfstr. 37. H. Tich, Invalidenstr. 124.

Nordwesten: Karl Anders, Salzweberstr. 8. W. Schroll, Wollstr. 29.

Südwesten: G. Werner, Gneisenaustr. 72. G. Schröder, Wollstr. 27.

Süden: St. Feil, Wilmersstr. 31. F. Gutschmidt, Rixdorfstr. Damm 9.

Südosten: Paul Böhm, Rixdorfstr. 14/15. P. Horst, Engelstr. 15.

Charlottenburg: G. Schanzberg, Seifenmeisterstr. 1. Friedrichsberg: O. Seidel, Kronprinzstr. 50.

Rixdorf: W. Ortrich, Rixdorfstr. 7. Courad, Hermannstr. 50.

Rammelsburg: H. Rosenkranz, Alt-Borghagen 66. Schöneberg: W. G. Müller, Martin-Lutherstr. 61.

Weißensee: A. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Jul. Schiller, König-Charlottenstr. 39a.

Reinickendorf: P. Gursch, Wollstr. 103. Treptow: H. Gromann, Rixdorfstr. 412.

44/3

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Zur Berufszählung.

In unserem Artikel „Die Berufszählung“ in der Sonntagsausgabe machten wir schon an einem Beispiel bezüglich der Hausindustrie auf die äußerst mangelhafte Fragestellung in den Zählformularen aufmerksam. Das ist von jeher ein sehr wunder Punkt aller amtlichen Erhebungen in Deutschland gewesen. Die Fragen sind allgemein viel zu kompliziert, statistisch falsch und für die breiten Volksmassen zu wenig gemeinverständlich, die Anleitung zur Ausfüllung und die Erläuterungen so umfangreich, daß sie überhaupt nicht gelesen werden. Wenn man weiß, daß in sehr vielen Familien das älteste Schulkind aus naheliegenden Gründen die Zählpapiere ausfüllt, und dabei die Art und Weise der Fragestellung bedenkt, so muß man sich wundern, daß die Beantwortung nicht noch mangelhafter ausfällt. Die Rückfragen stellen sich denn auch immer in ungeheureren Massen ein und verzögern die Bearbeitung ganz außerordentlich.

Es ist ja leider kaum möglich, die Fragen klar und einfach genug zu stellen, so daß sie notwendigerweise kurz und bündig beantwortet werden müssen. Die Erläuterungen dürfen daher nicht ganz fortlassen, müssen aber auf das Mindestmaß eingeschränkt werden. Man müßte jedoch auch versuchen, in erster Linie der möglichst einfachen Fragestellung nachzukommen. Da diesmal keine Zählkarten ausgegeben werden, so war man ja in der Haushaltungsliste gezwungen, die Fragen vorzudrucken und in Spalten Platz für die Ausfüllung vorzusehen. Bei den „besonderen Fragen“ auf der vierten Seite des Bogens ist das nicht mehr geschehen; diese langen Fragen werden in vielen Fällen ungelesen und die irgendwo inmitten des Textes freigelassenen Stellen zur Ausfüllung unausgefüllt bleiben. Man hätte eben den Wust der vielen Worte unbedingt vermeiden müssen. Aber auch auf den Seiten 2 und 3 ist manches Verbesserungsbedürftig. Hätte man nicht in dem besonderen Bogen die Musterbeispiele, die auch oft nicht angesehen werden, so würde kein gewöhnlicher Mensch, was er sich unter „Verwandtschaft zum Haushaltungsvorstand oder sonstige Stellung in der Haushaltung“ vorstellen sollte. Die Verknüpfung der beiden Fragen in der vierten Spalte „Sind Sie vorübergehend anwesend? Wenn ja, ständiger Wohnort?“ müßte vermieden werden. Dazu sind zwei Spalten nötig. Unnötig dagegen sind zwei Spalten bei der fünften Frage nach dem Geschlecht. Die schmalen Spalten werden sicher oft verwechselt werden, so daß nicht selten Witwen männlichen und Söhne weiblichen Geschlechts verzeichnet werden sein. Der einfache Mensch streubt sich zudem gegen Eintragungen von Zahlen, wo kurze Wörter genügen. Würde man einfach nach dem Geschlecht fragen, so würde jeder richtig eintragen „männlich“ oder „weiblich“. Oder wollte man durch die Einrichtung nur zweier Spalten vermeiden, daß jemand sein (das) Kind als „säklich“ bezeichnet? — Die Fragen nach Haupt- und Nebenberuf liegen sich ja nicht gut fassen, in dem Fragebogen der 1898er Berufszählung waren sie zu kurz gestellt, so daß namentlich die Erhebung der nebenberuflichen Tätigkeit ganz vorbeigeraten ist. Zu den anderen Fragen wollen wir keine Ausstellungen machen; sie werden zum ersten Male gestellt und sind einigermaßen klar ausgedrückt.

Man sollte meinen, daß im Laufe der vielen Erhebungen die Bureaokratie nun bald gelernt haben sollte, die ersten Bedingungen für das Gelingen großer Zählungen mehr zu würdigen und der Fragestellung und dem Fragebogen überhaupt mehr Sorgfalt zuzuwenden. Denn ist die Erhebung selbst mißglückt, so ist nicht mehr zu retten, während die Bearbeitung sich immer noch korrigieren läßt. Bei der Feststellung der Frageform sollte man ein wenig weiter vom bürokratischen Piktoral herabsteigen und die Erfahrungen derjenigen Leute benutzen, die solche zu machen Gelegenheit haben und während der Zählungen gemacht haben, nämlich der — Zähler! Dann würde man auch zu einem ungezwungeneren und klareren Deutsch in den Zählpapieren gelangen und nicht mehr „die Ausfüllung der Zählpapiere bewirken“, sondern sie einfach „ausfüllen“!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Am 15., 16. und 17. d. M. findet in Französisch-Buchholz ein Gaudiumfest der „Deutschen Turner“ statt, zu welchem seitens der beteiligten Kreise eine lebhaft propagandistische Werbung wird. Indem wir es als selbstverständlich erachten, daß auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Arbeiter derartigen, von Behörden usw. protegierten Veranstaltungen fernbleiben, weisen wir noch darauf hin, daß obiges Turnfest ausschließlich in gekleideten Lokalen gefeiert wird; man wisse daher alle von den Beteiligten etwa angebotenen Willkür entschieden zurück. Zur Verfügung steht uns dort nur das Lokal von Schöne, Berlinerstraße 89, alle übrigen Lokale sind streng zu meiden.

Von der Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ ist an alle größeren Vereine der Fahrplan der Gesellschaft pro 1907 verfaßt worden. Wir erlauben, bei Veranstaltungen von Dampferpartien sich genau nach der Lokalliste zu richten, da in dem betreffenden Fahrplan außer freien Lokalen auch solche in ziemlicher Anzahl aufgeführt werden, welche der Arbeiterpartei nicht zur Verfügung stehen. Speziell sind von diesen seitens der Parteigenossen streng zu meiden: Restaurant „Woltersdorfer Mühle“; „Reptunshain“; „Gesellschaftshaus Grünau“; „Reuthen-See“ (Rasthof); „Schloß Baunsee“ (Geelthof); „Kaiser-Pavillon“ (Wannsee); „Schwedischer Pavillon“ (Wannsee); „Jagdlosh Schwarzhorn“ (Scharmülfsee); „Schloß Wieslow“ (Scharmülfsee). Wir erlauben nochmals, dies beachten zu wollen.

Im II. Kreise steht uns das Lokal „Gappold's Brauerei“, Hafenseide 32-38, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Trecklin. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wolf die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Vortrag des Genossen Emil Dittmer. 4. Verschiedenes.

Schmargendorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute Mittwoch, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Wirtshaus Schmargendorf“, Warnemünderstr. 6, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag des Genossen Stern, Schmargendorf. Gäste willkommen.

Wilmersdorf. Die Genossen des dritten Bezirks werden ersucht, sich heute bei Köster, Lauenburgische Str. 21, einzufinden, und der erste Bezirk in der Pfalzburger, Pfalzburgerstr. 66.

Berliner Nachrichten.

Mit der Anlegung des Schillerhains im Norden von Berlin konnte bisher nicht begonnen werden, weil einige Grundstücksbesitzer für den Erwerb von Grundstücken unannehmbare Forderungen und Bedingungen stellten. Aus diesem Grunde konnte auch der

Bebauungsplan noch nicht endgültig festgesetzt werden. Wegen der unannehmbaren Forderungen der Eigentümer mehrerer Flächen kann der Hain leider nicht bis zu der gewünschten Linie abgeräumt werden. Es ist nun vielmehr die Auffstellung eines neuen Entwurfs zum Bebauungsplan erforderlich, um mit den Arbeiten beginnen zu können. Die Kosten für die Anlegung des Schillerhains werden sich nach den neuen Erwerbungen voraussichtlich auf 2 1/2 Millionen Mark stellen, wovon rund 1 750 000 M. für den Erwerb von Grundstücken verausgabt worden sind. Wegen der gärtnerischen Ausführung des Parkprojektes sowie der Abänderung des jetzigen Bebauungsplanes wird der Stadtverordnetenversammlung in nächster Zeit eine Vorlage zugehen.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 13. Juni d. J., nachmittags 5 Uhr. Pünkt Naturalisationsgesuche. — Vorlage betreffend: die Teilung der Bezirke der 57A. und 57B. und 73. Armenkommission, den Verkauf einer Parzelle des Grundstücks Zwinglstr. 24/Alt-Neubau 39 von etwa 640 Quadratmeter Größe, — den Ankauf des Grundstücks Lindenstr. 40, — den Erwerb von zwei Grundstücken für den Schillerpark, — die Mietung von Räumllichkeiten für das neue Standesamt VIII, — die Erhöhung einer einmaligen Abfindungssumme an die Schulgemeinde zu Dierbachsdorf, — und die Abänderung der Satzungen für die städtische Schwesternschaft. — Neun Rechnungen. — Pensionierungs-, Anstellungs- und Unterstützungssachen. — Außerdem findet am Beginn der Sitzung die Einführung und Verpfichtung des zum Stadtverordneten gewählten Herrn Golland statt.

Gegen die Spielautomaten, die neuerdings in den einfacheren Berliner Vierteln mehr und mehr zur Aufstellung kommen, geht die Polizei jetzt in scharfer Weise vor, sofern es sich um Apparate handelt, deren Benutzung unter dem Begriff des Glücksspiels fällt. Western früh ist Wirtin, die in ihren Lokalen Spielautomaten haben, mitgeteilt worden, daß sie sogenannte Prämienmarken nicht mehr verausgaben dürfen. Es handelt sich hierbei um Automaten, die sonst bei Treffern nach einem Einwurf von 5 Pf. 10 Pf. Marken verleiern, die man, wenn er zufällig die fünfundsingzigste Marke trifft. Hierin erblickt die Polizei den Begriff des Glücksspiels, weil dabei nicht die Geschicklichkeit des Spielers, sondern der Zufall für den größeren Gewinn ausschlaggebend ist.

Was die Polizei noch alles herauszufindet!

Ueber den vor einiger Zeit erfolgten Selbstmord des Regierungsrats Dr. jur. Fleischhammer aus Berlin teilt der Monatsbericht des wissenschaftlich-humanitären Komitees“ folgendes mit: Der Verstorbene, ein 35jähriger Mann, hatte vor einiger Zeit nach einer Kniee in Lüneburg einen Studenten der Theologie mit nach Hause genommen und soll in angetrunkenem Zustande den Studenten unarmt und gefesselt haben. Wenige Tage später forderte dieser Herr Dr. F. auf, aus einer muslimischen Vereinigung, der beide angehörten, auszutreten, widrigenfalls er den Vorgesetzten des Regierungsrats Mitteilung über dessen angebliche Verfehlung machen würde. Dr. F. reagierte darauf nicht und wurde bald zu dem Regierungspräsidenten beschieden, der ihn wegen der Angelegenheit zur Rede stellte. Nun kam der Regierungsrat um seine Entlassung aus dem Staatsdienst unter freiwilliger Verzichtleistung auf die Pension ein. Damit wäre die Angelegenheit erledigt gewesen, wenn nicht Dr. Fleischhammer vor einigen Jahren als Regierungsratssekretär in Expressenhande geraten wäre und, nachdem er gegen die Expressen Anzeige erstattet hatte, die Frage, ob er homosexuell veranlagt sei, verneint hätte. Der Regierungsrat fürchtete nun, daß gegen ihn ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet werden könnte und nahm sich aus diesem Grunde im deutschen Diakonissenhaus in Florenz durch Erhängen das Leben.

Arbeiterriß. Beim Pferdefüttern schwer verunglückt ist der 22 Jahre alte Kutscher Hans Peterfen aus der Stallreiberstr. 46. R. hatte den Pferde Heu auf die Kaufen schütten wollen und war zu diesem Zweck auf eine Leiter gestiegen. Oben angelangt stürzte er plötzlich rücklings ab und zog sich einen schweren Oberschenkelbruch zu. Der Verunglückte fand im Krankenhaus am Urban Aufnahme. — In der Fehrbellinerstraße wurde der Kutscher Rudolf Schmiedgen, Biondlichstr. 8, von seinem eigenen Wagen überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Sch. war im Begriff gewesen, vom Hof herunterzusteigen, als die Pferde plötzlich wieder anzogen. Dadurch stürzte Sch. hinab, geriet unter das Gefährt und die Räder gingen ihm über den Brustkasten hinweg. Dem Bedauernswerten wurden mehrere Rippen gebrochen und die Lunge zerrissen. — Durch einen herabstürzenden Träger hat der Eisenarbeiter Karl Dittmann aus Schöneberg den Tod gefunden. D. war erst vor wenigen Tagen bei der Eisenkonstruktionsfirma A. Wredenmüller u. Co. in Arbeit getreten. Als er nachmittags unter einem Lastentahn vorüberging, stürzte plötzlich ein mächtiger eiserner Träger ab und traf unglücklichweise den Arbeiter. Der Schädel wurde ihm gebrochen und der Brustkasten eingedrückt. Kurz nach seiner Einlieferung in das Schöneberger Krankenhaus starb D. an den Folgen der erlittenen schweren Verletzungen. — Infolge des Geräusches eines vorbeifahrenden Straßenbahnwagens schreuten vorgestern morgen in der Weihenburgerstraße zwischen Franzosi- und Danzigerstraße die vor einem Bierwagen der Schultheiß-Brauerei gespannten Pferde und gingen durch. Sie bogten in die Danzigerstraße ein, wo vor dem Hause Nr. 25 der 33 Jahre alte Kutscher Ferdinand Deutrich und der 38 Jahre alte Mitfahrer Konrad Krämer auf das Straßenpflaster geschleudert wurden. Die Tiere rasten dann über die Mittelpromenade weg nach der nördlichen Seite der Straße, kehrten dann um und kreuzten abermals die Mittelpromenade. An der Ecke der Danziger- und Weihenburgerstraße fiel Deutrich, der den Pferden nachgeißelt war, ihnen in die Fügel und brachte sie schließlich zum Stehen. Krämer hat infolge des Sturzes einen Bruch des rechten Fußes erlitten. — Das Opfer eines tödlichen Baunfall'es ist der 43jährige Maurer August Walter aus der Kantuffelstr. 21 geworden. Er war auf dem Neubau am Weigandufer 9 beschäftigt und während der Arbeit hatte er das Unglück, von der zweiten Etage abzustürzen. Er zog sich einen komplizierten Schädelbruch zu, an dessen Folgen er bald nach der Einlieferung im Krankenhaus starb.

Schwerer Unfall ist durch ein durchgegangenes Gespann in der Wollankstraße hervorgerufen worden. Der Kaufmann Berg aus der Schulstraße hatte mit seinen beiden Söhnen in einem Eispänner eine Ausfahrt unternommen und auf der Rückfahrt schaute das Tier vor einem heranbrausenden Zug der Nordbahn. Es ging durch, sprang vor dem Grundstück Wollankstr. 105 auf den Bürgersteig und raste mit solcher Gewalt gegen einen dort aufgestellten Bretterzaun, daß dieser in Trümmer ging und die Insassen aus dem Wagen herausgeschleudert wurden. Sie zogen sich äußere Verletzungen zu. Unglücklicherweise kam in diesem Augenblick der achtjährige Sohn des Fuhrherrn Pieke, Wollankstr. 105, aus dem Hause heraus. Er geriet unter das Gefährt, brach den rechten Arm

und erlitt außerdem schwere Verletzungen im Gesicht und am Kopf. Der Besitzer des Fuhrwerks hatte auch noch einen Fußtritt vor das Rinn erhalten.

Vom Hitzschlag getroffen. Ein Dienstmädchen mit Namen Frieda Stange fiel gestern nachmittags in der Kommandantenstraße plötzlich bewußtlos zu Boden und wurde nach der Unfallstation in der Alexandrinenstraße geschafft, wo der Arzt Hitzschlag konstatierte und ihre Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus in der Gütshenerstraße veranlaßte.

Lyndjuhtig. Schrecklich zugerichtet wurde gestern ein Taschendieb, der auf frischer Tat überführt worden war. In dem Restaurant von Petrowski am Bückerplatz hatten zwei elegant gekleidete Herren beobachtet, daß der Omnibusfahrer Heinrich, als er zahlte, ein wohlgefülltes Portemonnaie bei sich führte. Während sich nun H. zu einer kurzen Rast niedersetzte, machte sich einer der beiden an ihn heran und stahl ihm die Geldbörse aus der Tasche. Von einem Kollegen war aber der Vorgang beobachtet worden, und in dem Augenblick, als der dritte Taschendieb mit seinem Komplizen, der „Schmiere“ gefangen hatte, aus dem Lokal heraustrat, fielen mehrere Omnibusfahrer über ihn her und richteten ihn dermaßen zu, daß er blutüberströmt nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht werden mußte. Nach Anlegung von Verbanden wurde der Geschnitte als Polizeigefangener einem Krankenhaus zugeführt. Dem Komplizen war es gelungen, zu entweichen.

Großfeuer in Französisch-Buchholz. Ein verheerendes Feuer hat in der vorletzten Nacht in Französisch-Buchholz gewütet. Auf dem 1000 Quadratmeter großen Holzplatz der Firma Hansweit und der Patentholzwarenfabrik „Pfeil“ war in einem Holzschuppen Feuer ausgebrochen, das sich in kurzer Zeit auf das ganze Holzlager ausbreitete. Die Freiwillige Ortswehr von Französisch-Buchholz griff mit vier Schlauchleitungen das Feuer sofort an. Durch den Wind wurde auch ein langer Schuppen in Brand gesetzt, von dem aus das Feuer auf das Maschinenhaus übergrang. Die zu Hilfe gerufenen Wehren der Nachbarkreise unterstützten durch eigene Schlauchleitungen die Ortswehr. Inzwischen hatte sich das Feuer immer weiter ausgedehnt und auch die Werkstatt der Gesellschaft „Pfeil“, in der sich Maschinen und fertige Waren befanden, ergriffen. Vom Dachstuhl des Gebäudes, der zuerst in Flammen stand, sprang das Feuer nach unten; in wenigen Minuten stand das ganze Gebäude in Flammen. Unter knisterndem Funkensprühen stürzte die Mauer des Schuppens ein. Um 1/2 Uhr stürzte auch der obere Teil der Giebelwand vom Werkstattgebäude herab. Durch die enorme Hitze im Gebäude senkten sich die gewölbten, durch eiserne Träger gehaltenen Decken nach unten. Nach einigen Minuten sausten die schweren Träger, fast halbkreisförmig gebogen, herab. Krachend stürzten auch die noch stehen gebliebenen Mauern ein.

Der Schaden, den das Feuer an Gebäuden, Maschinen, Holz- und fertigen Material angerichtet hat, ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Durch den Brand sind 100 Arbeiter brotlos geworden. In den rechts und links der Brandstätte belegenen Gärtnerereien wurden ungefähr 150 bis 200 Obstbäume durch die starke Hitze versengt.

Eine blutige Schlägerei zwischen Militär und Zivilisten, die vor einiger Zeit in Tempelhofer großes Aufsehen erregt hatte, stand gestern vor dem Obergerichtsgericht als Verurteilungsurteil zur Verhandlung. Einige Trainofiziere, die nicht ermittelt werden konnten, hatten eines Sonntag abends in dem genannten Vorort auf der Straße zwei junge Mädchen belästigt, die sich in Begleitung dreier junger Leute befanden. Der hinzukommende Trainofizier Trieb kam mit den Zivilisten in ein Wortgefecht und im weiteren Verlaufe verletzte Trieb, der sich durch das angesammelte Publikum bedrängt fühlte, einem Beteiligten namens Meier einen Hieb über die Stirn. Wegen dieser Affäre war Trieb vom Kriegsgericht zu einer Gefängnisstrafe von sieben Wochen verurteilt worden. Das Obergerichtsgericht sprach ihn frei, indem es sich die Auffassung des Verteidigers zu eigen machte, der Angeklagte sei der Gefahr ausgelegt gewesen, von der Menge niedergeschlagen zu werden.

Die gekohlene Gemeindefasse. Eindrehen haben in der vorbergangenen Nacht dem Gemeindefureau von Kieder-Schönhäusen einen Besuch abgestattet und die Gemeindefasse gekohlet. Gestern morgen um 8 Uhr beim Dienstantritt wurde der Einbruch entdeckt. Wie viel die Verbrecher erbeuteten, steht noch nicht fest. Die Amts- und die Berliner Kriminalpolizei sind mit der Aufklärung des Einbruchs beschäftigt. Von anderer Seite werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Das Gemeindefureau liegt in der Straßentransfront am Kaiser Wilhelm-Platz, die Hinterfenster gehen nach dem Park und dem freien Felde hinaus. Im Erdgeschoß hat der Gastwirt Ludwig seine Schank- und Wohnräume, im Obergeschoß liegt das Gemeindefureau, auf dem Boden hat Ludwig allerhand Sachen untergebracht. Den Eindrehern, ohne Zweifel gewerbsmäßigen Geldschmündern, kam in der vorbergangenen Nacht der große Brand der Schneidemühle in Französisch-Buchholz doppelt zustatten. Er brachte ihnen mit seinem hellen Feuerschein Licht und lenkte die Aufmerksamkeit der Einwohnerchaft und auch des Gemeindefürsers ab, der außer Ludwig noch im Gemeindefureau wohnt. Nachdem sich die Eindrehen mit Nachschlüsseln Zutritt zum Hause verschafft hatten, räumten sie auf dem Boden Ludwigs dessen Sachen so weit weg, daß der Fußboden auf dem Kassenraum der Gemeinde mit dem Geldspind freilag. Sie bohrten nun die Dede an, schnitten ein Stück heraus und stiegen in die Gemeindefäume hinauf. Das Geldspind ist nicht besonders gut. Es zu öffnen, erforderte nicht gerade schwere Arbeit und allerbeste Werkzeuge. Die Eindrehen fanden in dem Spinde Wertpapiere und 18 000 M. bares Geld. Nur das bare Geld nahmen sie mit, die Wertpapiere, die anfangs noch vernimmt wurden, fanden sich später wieder. Die Gemeinde ist gegen Einbruchsdiebstahl versichert.

Das Provinzial-Sängerfest des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgegend wurde am Sonntag, den 9. Juni, vom prächtigsten Wetter begünstigt, in Brandenburger a. H. gefeiert. Schon am Abend vorher führte ein vollbesetzter Extrazug mehr denn 600 Berliner Sänger nach dem Festort, welchen sich am Sonntagvormittag noch einige 100 Nachzügler anschlossen. Ein zwangloser Kommerz vereinigte am Sonnabendabend die Festteilnehmer im „Volksgarten“. Am anderen Morgen fand zunächst ein gemeinschaftlicher Spaziergang durch die städtischen Anlagen statt, dem sich ein Frühglocken und sodann die Generalsprobe im „Volksgarten“ anschlossen. Als vollständig gelungen und Zeugnis ablegend von der Leistungsfähigkeit der Bundesvereine ist das Vokal- und Instrumentalfest zu bezeichnen, welches Sonntagmittags im „Sportpark“ unter zahlreicher Beteiligung der Arbeiterchaft stattfand. Im Festzuge, welcher durch Verfügung der Behörden leider eine bedeutende Einschränkung erfuhr, zogen die Vereine geschlossen nach dem „Sportpark“, welcher bald nach Eintreffen der Sänger das Signum „Ausverkauf“ trug. Das Begrüßungslied „Weibe des Gesanges“ wurde von den Brandenburger Vereinen mit Orchesterbegleitung in bester Ausführung zu Gehör gebracht, dem sich bald darauf die Kassendire unter Leitung des Bundesdirigenten, Herrn Blobel, anschlossen. Nach jedem Liede wurde den

Sängern sowohl wie dem Dirigenten der lebhafteste Beifall gesendet, und das mit Recht; war doch die Ausführung der Gesänge eine musterhafte. Erwähnen wollen wir noch die Heisterbecker Landvolkschule; er ermahnte eindringlich, mehr und mehr die Freiheitslieder zu pflegen, die Arbeiter-Gesangsvereine zu unterstützen; nur dann sei es dem Sängerbunde möglich, seiner Aufgabe gerecht zu werden, d. h. der Arbeiterschaft die herrlichen Schätze der Musik zugänglich zu machen und somit gleichsam Kulturförderer zu wirken. Seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worte endeten mit einem Hoch auf das Freiheitslied, in welches die Hörer begeistert einstimmen.

Auch dieses Fest wird zur Weiterentwicklung und Vergrößerung des Arbeiter-Sängerbundes mit beitragen, und darin liegt wohl der beste agitatorische Wert des Festes sowie der Beweis der Notwendigkeit des Arbeiter-Sängerbundes.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Warnung: In hiesigen Zeitungen wird von der Firma „The Giant Oxie Co.“, 8 Boulevard St. London E. O. eine Gratisproben von Drogen gegen Herzkrankheiten angeboten und nach Ueberlieferung der aus Weizen Villen und -öten Tabletten bestehende Probe eine dreimonatliche Behandlung mit den Drogen-Medikamenten für 25 Mk. angeboten. Die Tabletten bestehen aus Rohr- und Milchküder, Maisstärke, Saffrastein, Wintergrün und einem Bitterstoff, die Villen im wesentlichen aus einer mit Pfeffermühlöl versetzten Mischung von Bitteren Extrakten mit Jalapenharz und Capsaicin, die mit einer Masse von Zucker und Reismehl überzogen ist. Vor dem Anlauf der Mittel kann nur dringend gewarnt werden, da bei Herzkrankheiten große Vorsicht geboten ist und ohne Schaden nur Arzneien genommen werden können, die nach statischer ärztlicher Untersuchung des Kranken der Natur seines Herzleidens angepaßt sind.

„Wärme-Schutzmäntel“ — es klingt bei der gegenwärtigen Hitze etwas paradox — tragen versuchsweise viele Lokomotiven der preussischen Staatsbahnen. Sie sollen nicht gegen Kälte, sondern gegen Wärme schützen, und zwar das Lokomotivpersonal, das im Sommer ganz besonders unter den Ausstrahlungen des glühend heißen Kessels zu leiden hat. Die in das Führerhaus hineintragenden Flächen des Kessels sind zu dem Behufe mit Asbestmatten ausgekleidet und dadurch wird eine merkliche Ermäßigung der hier zeitweise herrschenden Hitze herbeigeführt. Die neue Einrichtung ist von den Lokomotivmannschaften angenehm empfunden worden und hat ihnen schon im vorigen Sommer, besonders auf den Lenderlokomotiven, den Dienst wesentlich erleichtert. Auch mit dem zum Schutze gegen Abkühlung an den Dampfzylindern und Schieberkasten angebrachten Wärme-Schutzmänteln wurden günstige Erfahrungen gewonnen; hier gilt es, die Hitze beisammen zu halten zugunsten der Lokomotive, die dann weniger Heizmaterial verbraucht. Im Hinblick auf diese günstigen Betriebsergebnisse hat Minister Breitenbach angeordnet, daß die neu zu beschaffenden Lokomotiven allgemein mit Wärme-Schutzmänteln versehen und die Beobachtungsergebnisse ihm nach zwei Jahren mitgeteilt werden.

Zu unserer Notiz über einen Unfall bei der Firma Schulz u. Schmelzmann, bei welchem ein Arbeiter bei Bedienung der Abriechmaschine vier Finger abgerissen wurden, ersuchen wir die Inhaber der Firma mitzuteilen, daß an der Maschine eine Schutzvorrichtung schon vor dem Unfall vorhanden war.

Eine dem Arbeiterstande angehörende Familie verließ am Sonntag nachmittag an einer bestimmten Stelle einen Wagen der elektrischen Straßenbahn. Kaum war sie ausgestiegen, bemerkte eine Dame auf dem Platz, den die Familie eingenommen, mehrere größere Geldstücke und handigte sie dem Schaffner ein, der versprach, dieselben an das Bureau der Großen Berliner, Leipzigerhalb abzuliefern. Die Dame hatte gesehen, wie das Kind des Vaters öfter in die Taschen fuhr und bei dieser Gelegenheit hat es unbemert Geld aus der Tasche genommen und daneben hingelegt. Da die Familie durch diesen Verlust jedenfalls hart betroffen ist, so glaubt die Einsenderin durch diesen Hinweis den Leuten zu ihrem Gelde wieder verhelfen zu können.

Der französische Schrittmacher Begut, der am Sonntag bei dem Spandauer Rennen verunglückte, ist vorgestern nachmittag 3/4 Uhr im Spandauer Krankenhaus gestorben.

Für die Ferien-Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen von Berlin nach den Ostseebädern werden die amtlichen Uebersichten nun ebenfalls von heute an bei den Fahrkartenausgabestellen der größten Stationen zu haben sein. Wie schon gemeldet, werden am 8. und 15. Juli sowie am 15. August insgesamt 25 Sonderzüge vom hiesigen Stettiner Bahnhof zu den bereits mitgeteilten Zeiten abgefahren werden. Die Fahrkarten gelten zwei Monate (bis 7. bezw. 14. September bezw. 14. Oktober), sie sind am Stettiner Bahnhofe und beim Verband deutscher Ostseebäder (L. d. Linden 76a) vom 29. Juni bis 6. Juli bezw. 6. bis 13. Juli bezw. 6. bis 13. August, abends 6 Uhr, zu haben. Von den Preisen der Rückfahrkarten III. (II.) Klasse heben wir die folgenden hervor: von Berlin nach Klibed, Heringsdorf usw. 11,1 (15,0) M., nach Swinemünde-Bad 9,9 (14,0) M., nach Diebenow 12,5 (17,4) M., nach den Rügenbädern — Gühren bis Sahnis (die betreffenden Sonderzüge haben in Stettin bezw. Swinemünde Anschluß an die Salon-Dampfer der Gesellschaft Dränisch) 16,5 (22,1) M., nach Kolberg (zurück nur über Wolnow-Stettin) 12,5 (18,9) M., nach Warnemünde 11,1 (16,8) M.

Die Arbeiterarbeit ist leider nur in den seltensten Fällen in der Lage, den abgerackerten Körper durch eine Ferienreise stärken zu können. Die Erzeuger aller Werte können allenfalls einmal Sonntag einen Ausflug ins Grüne machen, und selbst dies Vergnügen ist den mit einer starken Familie gesegneten Arbeitern oftmals wegen der hohen Kosten verweigert.

Reizen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am 14. Mai, morgens 7 1/2 Uhr, in der Schönhauser-Allee, Ecke Lottumstraße eine Frau von einem Viehwagen überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse Schönhauser-Allee 29, vorn 4 Tr. bei Witasch abzugeben.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in sozialer Gesehbung findet am Sonntag, den 16. Juni, im Brunnewald statt. Treffpunkt 1/10 Uhr Bahnhof Brunnewald (Waldseite).

Orgelkonzert. Mittwoch, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernh. Wegmann in der St. Marien-Kirche, Neue Markt, das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fräulein Lili Wenck (Sopran), Frau Anna Reicher-Reiten (Alt), Herrn Hans Gernot (Bass) und Herrn Walter Krah (Violine). Es kommt unter anderem die Passacaglia und Finales über Bach für Orgel von Georg Schumann, Direktor der Berliner Singakademie, zum Vortrag. Der Eintritt ist frei!

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 3 Uhr geriet auf dem Grundstück Holzmarktstr. 4 das Dach eines Holzschuppens in Brand, der auf das Dach beschränkt werden konnte. Lumpen brannten in der Kranienstr. 124 und Schwefel in der Alten Falohstr. 48a. Der 7. Zug hatte auf dem Ostbahnhof in der Bronnbergerstraße zu tun, wo Pfeiflösen brannten. Mit einer Schlauchleitung konnten die Flammen gelöscht werden. Ferner wurde die Wehr nach der Reichhofsstraße 28, Potsdamerstr. 47 u. a. Stellen alarmiert.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.
Stadtverordnetenversammlung.
 Der in der vorhergehenden Woche in nichtöffentlicher Sitzung beschlossene Entwurf für Anlegung des Stadtparkes wurde einem Ausschuss von 18 Mitgliedern überwiesen.
 Zur Kenntnisnahme unterbreitete der Magistrat die halbjährliche Uebersicht über die Frequenz der Volksschulen vom

April dieses Jahres. Nach dieser Uebersicht ist die Durchschnittsbefüllung der einzelnen Klassen (ohne Hilfsschulen) gegen Oktober vorigen Jahres von 47,4 auf 46,4 herabgegangen. Insgesamt waren 12 481 Kinder in 272 Klassen vorhanden. Die Durchschnittsbefüllung beträgt in der 1. Klasse 40,8, 2. Klasse 40,7, 3. Klasse 42,9, 4. Klasse 47,5, 5. Klasse 48,5, 6. Klasse 51,3 und in der 7. Klasse 50,3. Die Zahl der fliegenden Klassen hat sich von 14 auf 28 vermehrt. Die Stadtw. Oesterich (Vib.) und Hoffmann (Soz.) beurteilen, daß die unteren Klassen immer noch eine viel zu hohe Schülerzahl aufweisen. Der Zustand mit den fliegenden Klassen habe sich noch verschlechtert, trotzdem der Magistrat eine Verringerung zugesichert hatte. Die beiden Redner verlangten, daß der Magistrat hier Wandel schaffen müsse. Der Bau der Schulen müsse schneller vor sich gehen. Bürgermeister Blankenstein entschuldigt die späte Fertigstellung der Schulbauten damit, daß die städtische Bauverwaltung bei ihren Bauten fast regelmäßig mit irgendeinem Streit zu rechnen hätte, wodurch dieselbe in die Lage versetzt werde, die Bauten nicht zu dem festgesetzten Termin fertigstellen zu können.
 Ein Vermächtnis von 5000 Mark für aus dem Krankenhaus Entlassene wird debattelos angenommen.
 Zur Veranstaltung einer Einweihungsfeier anlässlich der Eröffnung von drei höheren Schulen verlangt der Magistrat die Bewilligung von 2000 Mark zur Darbietung eines Frühstücks an die Festteilnehmer. Stadtw. Dr. Fohberg (Vib.) beantragt die Abtandnahme von dem geplanten Frühstück und Ueberweisung der Summe an hilfsbedürftige Schüler der betreffenden höheren Schulen. Bürgermeister Blankenstein tritt für Verbeibaltung der geplanten Feier ein. Wegen des Antrags des Magistrats sprechen noch die Stadtw. Schüler (Hansbesitzerfraktion) und Rüter (Soz.). Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages, eine Einweihungsfeier zu veranstalten. Dafür stimmten nur der Vorkocher und die Stadtw. Warts und Kunze. Es folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrages:

„Der Magistrat wird ersucht, die Interessen der Stadt überall wahrzunehmen, auch da, wo laut Beschluß der Ausschüsse vom 10. Mai die Aussperrung der Mauerer, Zimmerer und Bauarbeiter am 18. Mai auf den städtischen Bauten statigefunden hat.“

Die Unternehmer sind aufzufordern, soweit sie sich den Aussperrungsbeschluß in eigene gemacht haben, die ihnen laut Verträge auferlegten Pflichten sofort zu erfüllen. Geschicht das nicht, so ist der Magistrat verpflichtet, die Arbeiten auf Kosten der Unternehmer selbst auszuführen.“

Stadtw. Däumig (Soz.) führt in seiner Begründung aus: Der Kampf, der sich gegenwärtig im Baugewerbe abspielt, wird Ihnen nicht unbekannt sein. Unsere Stadt ist dabei ebenfalls in Mitleidenhaft gezogen. Schon in der heutigen Tagesordnung hat sich gezeigt, daß die Zahl der fliegenden Klassen bis auf 28 gestiegen ist und es muß damit gerechnet werden, daß sich diese Zahl noch weiter erhöhen wird. Auch auf den städtischen Bauten in Schöneberg sind die Arbeiter am 18. Mai auf das Straßenpflaster geworfen worden. Die Unternehmer stützen sich dabei auf die Streik-Klausel, die in ihren Verträgen mit der Stadt vorgegeben ist. Hier handelt es sich aber um keinen Streit, sondern es liegt eine Aussperrung vor. Durch ein längeres Andauern der Aussperrung können der Stadt noch ganz erhebliche Kosten entstehen. In der Schule am Barbarossaplatz sucht man die Kinder jetzt schon unterzubringen, trotzdem das Dach und der Puz fehlt. Die Deputation muß veranlaßt werden, Wandel zu schaffen. Entweder verpflichten sich die Unternehmer, die ihnen übertragenen Arbeiten auszuführen oder man entbinde sie von ihren Verträgen und gehe mit Ausführung der Arbeiten in eigener Regie vor. Die städtischen Interessen fordern ein derartiges Vorgehen.

Stadtw. v. G. Lafenapp (Hansbesitzerfraktion): Ich bitte den Antrag abzulehnen. Es ist sonderbar, die Sozialdemokratie, die sich sonst gegen jedes Eingreifen der staatlichen Behörden in einen Streit wendet, verlangt hier eine Unterstützung der Arbeitnehmer durch die Stadt. Wenn man betont, daß es sich nicht um einen Streit, sondern um eine Aussperrung handelt, so liegt darin doch wohl kein großer Unterschied. Jedenfalls könne man nicht ableugnen, daß die Puzer streiken. Man kann unmöglich die Arbeitgeber zwingen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Ich empfehle, dieselbe Stellung einzunehmen, die die Sozialdemokratie sonst verlangt, das heißt, fernab zu stehen von dem Streit im Baugewerbe.

Stadtw. Rüter (Soz.): Wenn man den neutralen Standpunkt hervorheben will, hätte man Veranlassung gehabt, das früher zu tun, als es sich darum handelte, die Streikklausel in die städtischen Verträge aufzunehmen. Durch die Aufnahme der Streikklausel hat man sich aber von vornherein auf Seiten der Unternehmer gestellt. Die Interessen der Stadt sind durch die Aussperrung gefährdet. Die Einschulung der Kinder wird sehr darunter zu leiden haben, ebenso auch der Gesundheitszustand der Kinder. Die Arbeiter haben in dem Kampfe schon Entgegenkommen bewiesen, indem sie auf die 8 1/2 stündige Arbeitszeit zurückgegangen sind. In verschiedenen Gemeinden sei ja schon der achtstündige Arbeitstag eingeführt, man kann also nicht davon reden, daß die Bauarbeiter mit dieser Forderung einem Phantom nachjagen. Es handelt sich hier lediglich darum, die Unternehmer an ihre Pflichten zu erinnern, ihr Recht werden sich die Arbeiter in diesem Kampfe schon selbst, ohne Unterstützung der Stadt, erlangen.

Stadtw. Lincus (Hansbesitzerfraktion): Pflicht der Stadt ist es, den neutralen Standpunkt einzunehmen. Die Sozialdemokraten machen es sich äußerst leicht, mit Schlagworten nur so herumzuwerfen. Der Spruch des Einigungsamtes ist von den Arbeitern nicht anerkannt worden. Die Aussperrung ist mit dem Streit beantwortet worden. Eine einzelne Partei dürfe keineswegs unterstützen werden.

Stadtw. D. Ost (Soz.): Von den Freunden des Vorkochers sei man eigentlich gewohnt, daß sie sonst immer den umgekehrten Standpunkt einnehmen, wenn es sich um die Unternehmer handelt. Durch die Streikklausel unterstützt man die Arbeitgeber. Die Stadt ist in den Fällen machtlos, auch wenn ein Streit noch so lange dauert. Im Magistrat scheint man in dieser Frage in allen Zweigen auch nicht einig zu sein. Jedenfalls hat die Bauverwaltung es abgelehnt, sich durch die Streikklausel die Hände binden zu lassen. Wir verlangen in diesem Fall gar nicht die Unterstützung der Arbeitnehmer, sondern nur, daß die Arbeiten im Interesse der Stadt zur Zeit fertiggestellt werden. Als der Magistrat im vorigen Jahre gelegentlich der zu späten Fertigstellung eines Schulbaues 10 000 Mark zur Ausrottung desselben verlangte, haben sich sogar in der Stadtverordnetenversammlung einige Herren gefunden, die dafür eintraten. Wenn diese Gelder dazu verwendet würden, den Arbeitern den Achtstundentag zu gewähren, tue man besser.

(Schluß folgt.)

Wilmerdorf.

Feuerwehrenteile als Arbeitswillinge.
 In der Pfalzburgerstr. 21 in Wilmerdorf wird ein Gemeindeschulbau aufgeführt. Die Bauunternehmer Hoffmann u. Wästenhagen gehören zu denjenigen Unternehmern, die die Mauerer ausgeschperrt haben, weil diese sich nicht ohne weiteres dem Nachgebot der Bauunternehmer fügten. Der Schulbau soll aber bald fertig werden und so haben sich die Inhaber der Baufirma an das Kommando der städtischen Feuerwehr gewandt, mit dem Ersuchen, ihnen doch Feuerwehrenteile als Arbeitswillinge zu überlassen. Diesem Ersuchen glaubte das Kommando entsprechen zu sollen. Da sich aber freiwillig niemand zu diesen Arbeitswillingendiensten gefunden zu haben scheint, machte man kurzen Prozeß: Man kommandierte einfach eine Anzahl Feuerwehrenteile zu dieser Tätigkeit. Damit es aber nicht heißen sollte, Wilmerdorf habe zu viel Feuerwehrenteile,

daß man ohne weiteres solche entbehren könnte, wurden die Leute an ihren dienstreien Tagen nach dem Bau geschickt. Ob die Leute wollen oder nicht, sie müssen einsack. Wer nicht gehen würde, weich, was ihm blüht.

Nun meinen wir allerdings, daß die Feuerwehr andere Aufgaben hat, als den freien Arbeitern Konkurrenz zu machen. Die Feuerwehr wird aus Mitteln der städtischen Steuerzahler erhalten und es muß ganz entschieden Protest eingelegt werden gegen eine derartige mißbräuchliche Verwendung. Dazu kommt, daß die Leute ihre dienstfreien Tage bekommen, um sich auszuruhen und sich zu ihrem neuen Dienst zu rüsten. Dieser Zweck wird vereitelt durch die Maßnahme des Kommandos. Die Folge davon, daß die Feuerwehrleute während ihrer dienstfreien Zeit zu Mauerarbeiten herangezogen werden, kann nur sein, daß sie müde und abgesperrten ihren Dienst wieder antreten. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dann die Arbeitsfrische erheblich beeinträchtigt wird und damit auch die Arbeitsfähigkeit bei einem eventuell ausbrechenden Brande.

Wollen denn die vorgehenden Behörden der Feuerwehr in Wilmerdorf diese Verantwortung tragen? Es ist dringend notwendig, die mißbräuchliche Verwendung der Feuerwehrleute als Arbeitswillinge schnellstens ein Ende zu machen.

Rigdorf.

Ein Witz des Glucks. Auf der Straße wurde vorgestern der 40 Jahre alte stellung- und wohnungslose Väter Johannes Schmidt vom Tode überrascht. Er war seit längerer Zeit ohne Beschäftigung und besaß keine Geldmittel. Verzweifelt irrte der Unglückliche, der außerdem noch mit einer schweren Krankheit behaftet war, in den Straßen umher. In der Steinmehstraße in Rigdorf brach er plötzlich vor dem Hause Nr. 112 zusammen und ein Schuhmann brachte ihn in leblosem Zustande nach der nahen Unfallsstation. Bei seiner Ankunft dort war er aber bereits tot. Seine Leiche wurde in das Schauhaus eingeliefert.

Zu diesem Vorfall wird uns von anderer Seite berichtet, daß ein Freund des auf der Straße zusammengebrochenen Schmidt sofort nach der Unfallsstation geeilt sei, um einen Arzt herbeizuholen. Der sich in Unterhosen befindliche Arzt soll geantwortet haben: „Der wird wohl schon tot sein, was soll ich denn da?“ Der dann gerufene Schuhmann nahm sich sofort des armen Teufels an und sechs mitleidige Straßenpassanten trugen Er. nach der Unfallsstation. Einer der Träger, der mit dem Verunglückten in nähere Berührung gekommen war, hat darum, sich mit desinfiziertem Wasser die Hände reinigen zu dürfen. Diese Bitte soll mit den Worten abgelehnt worden sein: „Waschen Sie sich gefälligst Ihre Hände zu Hause. Sie können alle gehen.“ Ein besonders höfliches Benehmen des Arztes gegen die Samariter ist das gerade nicht.

Weihensee.

Eine Vereinigung von Arbeitern und höherer Schule zu konstruieren — zwei grundverschiedene Einrichtungen — ist unserm Nachbarorte vorbehalten geblieben. Im Hause Könighausstr. 19 befindet sich die Realschule unter Leitung des schon vielenkantigen Herrn Professor Dr. Kemfies, im gleichen Hause und in den gleichen Räumen hat auch der Arbeiternachweis des vaterländischen Arbeitervereins sein Domizil aufgeschlagen. Die Arbeitsvermittlung besorgt Herr Oberlehrer Dr. Merkowsli, der Vorsitzende des Vereines. Die Bauarbeiteraussperrung ist diesem patriotischen Vereine eine willkommene Sache, denn durch Inseerat im hiesigen Ortsblatt will kein Arbeiternachweis Mauerer vermitteln und auf eine Anfrage ergab sich, daß es sich um die Vermittlung von Mauerern an die Firma Karl Köfer handelt, die an der Aussperrung beteiligt ist. Das im geliebten preussischen Vaterlande die Säule bis in die Häuslichkeiten des Einzelnen bestimmend einwirken will, ist zwar schon des öfteren vorgekommen, daß aber die Schule sich im Dienste des aussperrungs-kämpfenden Unternehmertums betätigt, kann nur da geschehen, wo das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden nicht vorhanden ist. Es wird bei den privilegierten Schulen ganz besonders darauf geachtet, daß sie nicht an Stellen errichtet werden, wo von außen einwirkende Gerüche den Unterricht stören können. Was doch jüngst erst auf Betreiben des Direktors Dr. Kemfies und auf diesem Grunde der Bau der höheren Schule an einer bestimmten Stelle verhindert worden, jetzt wird mit Genehmigung desselben Direktors und Leiters der Anstalt ein Arbeiternachweis in den Schulräumen etabliert. Vielleicht befürchtet man keine Störung des Unterrichts, weil man der Zuversicht ist, daß sich arbeitswillinge Elemente nicht einfinden werden.

Unsere Genossen werden bei der nächsten Gelegenheit die Sache zur Sprache bringen, wenn nicht inzwischen die Aufsichtsbehörde selbst einschreiten sollte.

Die von Herrn Dr. Bape eingeleitete Vernunft an die Oberstaatsanwaltschaft ist verworfen. Bekanntlich sollte sich der Krausenassen-vorstand der Untere schuldig gemacht haben. In der Ausübung seiner Vorstandspflichten wurde der Vorstand durch Herrn Bape gehindert, bis die ordentlichen Gerichte gesprochen haben. Herr Dr. Bape denunzierte den gesamten Vorstand bei der Staatsanwaltschaft und nach peinlicher Untersuchung wurde das Verfahren eingestellt. Nunmehr sollte der Oberstaatsanwalt entscheiden, allerdings wurde jetzt nur noch gegen drei Personen die Anklage erhoben: den Vorsitzenden, Mandanten und den Buchdrucker. Auch in dieser Sache ist der Entscheid am 7. Mai gefallen, und zwar zu ungunsten des Herrn Dr. Bape.

In der Begründung heißt es: „Nach den unabweisbaren, auch der Anklage zugrunde gelegten und im wesentlichen übereinstimmenden Angaben der Angeklagten Brandt und Zeller (Walt 18 a, 19, 33, 38, 108 f der Akten) haben diese beiden bei der nicht für die Dreikantelasse, sondern für die sogenannte Privatklasse erfolgten Bestellung der 2000 Formulare vereinbart, daß der Preis der vorher für die Krankeklasse bestellten 3200 Formulare um 1/4, d. h. ein Viertel für das Stück ermäßigt werden sollte, daß aber der hieraus sich ergebende Vermögensvorteil von 16 Mark nicht der Krankeklasse, sondern der Privatklasse, die die neue, zu der Ermäßigung Anlaß gebende große Bestellung gemacht hatte, zuzuführen sollte. Aus dieser Vereinbarung kann die Krankeklasse keinerlei Rechte auf die 16 Mark herleiten. Daraus, daß der der Privatklasse zugewendete Vorteil in die Form eines Preisnachlasses auf die früher von der Krankeklasse gemachte Bestellung gekleidet worden ist, kann zugunsten der Angeklagten nichts gefolgert werden, weil gleichzeitig unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen ist, daß materiell der Vorteil nicht der Krankeklasse zuzuführen sollte. Aus dem Ergebnis der Ermittlungen ergibt sich daher mit Sicherheit, daß eine Feststellung dahin, daß die Angeklagten Brandt und Zeller hierzu wesentlich Galt geleistet hat, sich in der Hauptverhandlung nicht wird treffen lassen können.“

Damit hat der Konflikt aber noch lange nicht sein Ende erreicht, denn gegen Dr. Bape schweben noch Anklagen wegen öffentlicher Verleumdung einzelner Vorstandsmitglieder.

Ortner.

Einen grausigen Fischzug machte am Montag, dem Tage der Eröffnung der Fischerei, der Besitzer des bekannten Ausflugslokals „Fischschloß Jochenbinde“. Als das Reg angeworfen, gelang es nur mit Aufbietung aller Kräfte, dasselbe aus Land zu ziehen. Nach vielem Bemühen schickte man die Leiche eines etwa 18-jährigen jungen Menschen auf, der durch eine Radfahrerlarve als der Sohn des Gastwirts Meironat aus Ruzig festgehalten wurde. Der Tote hatte Sonntagabend gegen 11 Uhr die väterliche Behausung verlassen und anschließend in einem Kalle von Schwermut sich ertränkt. Nach anderer Darstellung soll gekränktes Ehrgefühl das Motiv zu per unseligen Tat gewesen sein.